

«Heidi»: Maurus Federspiel über Johanna Spyris Jahrhundertwerk

Nummer 22 – 28. Mai 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Bauern:
Warum die
Schweiz sie braucht

DIE WELTWOCH



Was ist bloss mit Roger de Weck los?

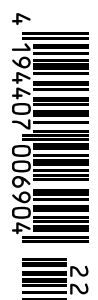
Wie sich der SRG-Generaldirektor im politischen Bodenkrieg abhanden kam.
Von Rico Bandle und Florian Schwab

Asyl für einen Mörder

Der unglaubliche Fall eines türkischen IV-Rentners. *Von Alex Baur*

Die Würde der Eltern

Vom Nutzen der Präimplantations-Diagnostik. Eine Familie erzählt.
Von Alex Reichmuth





«Freund Doktor»: Reporter Gut (M.), Kommandant Luzak (r.).

Er ist erst seit eineinhalb Jahren auf der politischen Landkarte der Ukraine, aber er bastelt am Schicksal des Landes massgeblich mit: der geheimnisumwitterte Rechte Sektor, der an den gewaltsamen Protesten gegen das Regime von Präsident Wiktor Janukowitsch beteiligt war. Heute kämpfen nach eigenen Angaben rund 8000 Freiwillige der militärisch-politischen Bewegung gegen die Separatisten in der Ostukraine. In westlichen wie auch russischen Medien werden deren Mitglieder oft pauschal als «Faschisten» oder «Nazis» betitelt. Kaum ein Berichterstatter aber hat je selber mit ihnen gesprochen. *Weltwoche*-Reporter Philipp Gut traf in Lemberg, ukrainisch Lwiw, den Kommandanten Artjom Luzak, Spitzname «Freund Doktor». Der studierte Mediziner und Vater zweier Kinder hat sein Leben freiwillig dem Krieg gewidmet und gibt einen exklusiven Einblick in Denkweise und Ziele des Rechten Sektors sowie in den Alltag an der Front. **Seite 46**

Bei der Abstimmung um das revidierte Radio- und Fernsehgesetz gehe es einzig um ein neues System des Gebühreninkassos, nicht um den Service public, beteuert Medienministerin Doris Leuthard unentwegt. Wie die Gebühren eingetrieben werden, sollte der SRG eigentlich egal sein, würde man meinen. Doch SRG-Generaldirektor Roger de Weck begibt sich für den Abstimmungskampf in die Schützengräben, als stehe seine Existenz auf dem Spiel. Weshalb tut er das? Geht es ihm wirklich um den Zusammenhalt des Landes, wie er immer sagt? Redaktor Rico Bandle, der den staatsnahen Medienkonzern seit Jahren kritisch beobachtet, ist den wahren Motiven nachgegangen. **Seite 14**

Das «Heidiland» als Raststätte ist allen Touristen wohl bekannt, die auf der Autobahn in die Bündner Berge reisen. Fast ebenso häufig begegnet es einem aber mittlerweile als Schlagwort in politischen Debatten – und zwar mit polemischer, ja abfälliger Färbung: Wer nicht einem schrankenlosen Internationalismus das Wort redet, muss sich bald vorwerfen lassen, eine kitschige Heidiland-Vision der Schweiz zu vertreten. Unser Autor Maurus Federspiel hat im legendären Jugendbuch «Heidis Lehr- und Wanderjahre» von Johanna Spyri nachgelesen und darin eine Welt vorgefunden, die alles andere als idyllisch und sentimental ist. **Seite 56**

Ihre Weltwoche



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,
Urs Gehrig, Wolfgang Koydl,
Hubert Mooser, Alex Reichmuth,
Markus Schär, Florian Schwab,
Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,
Peter Keller, Wolfram Knorr,
Tom Kummer, Christoph Landolt,
Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,
Franziska K. Müller, Daniele Musciconio,
Daniela Niederberger, Kurt Pelda,
Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*),
David Schnapp, Hildegard Schwaninger,
Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*),
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*),
Simon Keller, Fabian Gimmi (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und
Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,
Sandra Noser, Gregor Szyndler,
Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),
Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Aextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Die Misere heisst Sommaruga

Illegale Migration übers Mittelmeer: Eine Standortbestimmung aus schweizerischer Sicht.

Von Roger Köppel

Die Schweiz marschiert asylpolitisch in die falsche Richtung. Die Attraktivität für illegale Migration wird laufend ausgebaut. Bundesrat und Justizdepartement weigern sich, das Asylrecht anzuwenden. Im Vollzug herrschen Missstände. Die Anerkennungsquoten sind so hoch wie nie. Die Rückführung abgewiesener Asylbewerber bleibt aus. Nicht das Elend der Welt, politische Unfähigkeit in Bern treibt die Asylzahlen in die Höhe.

«Alle [...] sollen bleiben»

Obschon die Schweiz bereits heute hinter Schweden Platz zwei unter den attraktivsten Asylländern Europas einnimmt, unternehmen die Behörden nichts gegen die illegalen Migranten. Der oberste Flüchtlingsbeauftragte des Bundes, Mario Gattiker, erklärte auf Radio SRF letzte Woche, eine seiner wichtigsten Prioritäten sei die Verbesserung der Infrastruktur zur Integration von Somaliern. Die Zeichen stehen auf Öffnung. Man ist bestrebt, die Aufnahmefähigkeit der Schweiz für Armutsmigranten aus Afrika nach Kräften zu verbessern.

Sinnbild der politisch gewollten Misere ist Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. Die Justizministerin lässt jeden Willen vermessen, den Realitäten ins Auge zu sehen. In mehreren Interviews mit ihr wohlgesinnten Fernseh-Journalistinnen steht sie offen zu ihrer Haltung, die vom Souverän in zwei Gesetzesrevisionen seit 2006 geforderte Verschärfung des Asylrechts zu missachten.

Grenzen der Aufnahmefähigkeit sieht sie nicht. Über Missbräuche will sie nicht reden. Es sei viel wichtiger, so Sommaruga gegenüber der «Rundschau», dass die Schweiz «offen» und «solidarisch» bleibe. Es brauche jetzt vor allem «sichere Wege übers Mittelmeer», beteuerte sie in der Romandie. Italiens Ministerpräsident Renzi versprach sie bereits, auch die Schweiz werde sich an den «internationalen Flüchtlingskontingenten» beteiligen. Das auf Kosten der Steuerzahler grosszügige Fazit der Bundespräsidentin: «Alle, die unseren Schutz brauchen, sollen in der Schweiz bleiben können.»

Ist es Unwissenheit? Ist es Vorsatz? Sommarugas Aussagen laufen auf einen Aufruf zum grossräumigen Rechtsbruch hinaus. Tatsache ist: Das schweizerische Asylrecht wurde im Gefolge der Völkermorde des letzten Jahrhunderts geschaffen für Leute, die aus politischen Gründen direkt an Leib und Leben bedroht sind. Bloss Kriegersflüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge oder Leute, die einer aussichtslosen sozialen und wirtschaftlichen Situation entflie-

hen wollen, gelten nicht als asylberechtigt. Man kann das ungerecht finden, aber so will es das Gesetz – sowohl in der Schweiz wie auch in der Europäischen Union.

Bundespräsidentin Sommaruga behauptet im Fernsehen, 50 Prozent der aus Nordafrika aufbrechenden illegalen Migranten seien asylberechtigte Flüchtlinge nach Genfer Konvention. Ihr oberster Flüchtlingsdiplomate, Mario Gattiker, bestätigte diese Zahl auch gegenüber dieser Zeitung. Es ist eine dreiste Lüge.

Die Realität ist: In Nordafrika steigen illegale Wirtschaftsmigranten an Bord. Es sind Leute, oft junge Männer, welche die Krisenregionen längst hinter sich gelassen haben. Diese illegalen Auswanderer sind, wenn sie es denn je waren, nicht mehr an Leib und Leben bedroht. Ihr Motiv ist ein besseres Leben. Das ist verständlich, aber eben nicht legal. Laut Uno sind weltweit 230 Millionen Migranten unterwegs. Nur 16 bis 20 Millionen davon, nicht einmal 10 Prozent, seien echte Flüchtlinge. Wer in Nordafrika ein Boot besteigt, ist definitionsgemäss nicht mehr asylberechtigt.

98 Prozent landen erfolgreich in Europa

Nicht die Ärmsten und Verfolgten drängen auf die Kähne. Es sind die Bessergestellten und relativ Wohlhabenden, die Tausende von Franken bezahlen, um die Schlepperdienste in Anspruch zu nehmen. Gewiss: Es ist tragisch und aufwühlend, dass für rund 2 Prozent die Überfahrt tödlich endet. Entscheidend aber ist die Tatsache, dass der überwiegende Anteil von

98 Prozent der Reisenden erfolgreich auf dem europäischen Kontinent anlanden. Indem die EU jetzt die Seerettung verbessert und damit die Erfolgsquote der illegalen Migration auf 100 Prozent anhebt, wird der Migrationskanal Mittelmeer an Attraktivität gewinnen.

Jäger und Sammler

Die Festung Europa gibt es nicht. In Afrika lebt über eine Milliarde Menschen. Wie viel von ihnen aus der Armut in den reichen Norden ziehen, wird sich weisen. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* mutmasst, dass sich in diesem Jahr die Zahl der Asylgesuche in Deutschland von 200 000 auf 500 000 verdoppelt.

Interessanterweise verzichtet die Mehrheit der angeblich politisch Verfolgten auf Direktasyl in den Anrainerstaaten Spanien, Italien oder Griechenland. Sie ziehen es vor, unregistriert in wohlhabendere Gegenden wie die Schweiz, Deutschland oder Schweden zu fahren. Viele der sogenannten Flüchtlinge kommen aus dem sicheren Drittstaat Türkei.

Niemand freilich sollte den migrationswilligen Afrikanern und Arabern einen Vorwurf machen, wenn sie das Angebot der sperrangelweit offenen europäischen Südgrenze benützen. Der Mensch ist Jäger und Sammler. Er nimmt alles, was man ihm hinstellt. Heute ist es eben leichter, die beschwerliche Reise in die freigebigen Sozialstaaten Europas zu unternehmen, als unter korrupten afrikanischen oder arabischen Regierungen am Aufbau der Heimatländer mitzuwirken. Wer Asyl ruft, darf in die EU kommen. Indem die europäischen Regierungen ihre Asylgesetze nicht mehr ernst nehmen, sind sie schuld an ihrem Missbrauch.

Vibrierende Ergriffenheit

Bei ihren Auftritten am Fernsehen verkörpert Bundespräsidentin Sommaruga vibrierende Ergriffenheit. Sie erzählt vom Elend syrischer Bürgerkriegsopfer und von den schlimmen Zuständen in jenen Armutsgenden, denen die Schweiz – offenbar wirkungslos – seit Jahrzehnten Milliarden an Entwicklungshilfe zahlt. Das Flüchtlingsdrama auf dem Mittelmeer ist auch der handgreiflichste Beweis dafür, dass die in Bern gepriesene «Entwicklungszusammenarbeit» keine greifbaren Resultate liefert. Die investierten öffentlichen Gelder versickern. Wäre es anders, würden nicht jährlich Hunderttausende aus Afrika nach Europa auswandern. Dem Missbrauch des Asylrechts geht ein milliardenschwerer Betrug am Steuerzahler voraus.





Es brauche «sichere Wege übers Mittelmeer»: Bundespräsidentin Sommaruga als fremdfinanzierte Weltretterin.

Sommaruga pflegt die Klaviatur der grossen Gefühle. In der Tat spielen sich in Syrien und im Nahen Osten menschliche Dramen ab. Es ist richtig, dass sich die Schweiz an finanzieller Direkthilfe in den Krisenregionen beteiligt. Man soll im Umland der Kriegsgebiete Lager und Infrastrukturen bauen helfen, in denen die unmittelbar Verfolgten Schutz und Zuflucht finden. Nur so entzieht man dem illegalen Schleppergeschäft die Grundlage. Die syrische Tragödie freilich hat wenig mit den asylpolitischen Realitäten in der Schweiz zu tun. Hierzulande bilden die Eritreer die grösste Gruppe der Asylsuchenden, noch vor Sri Lanka, wo gar kein Krieg mehr herrscht. Die am schnellsten wachsende Gruppe sind die Kosovaren, in deren Heimat Schweizer Truppen angeblich für Ordnung sorgen.

Die von Sommaruga hervorgehobenen Syrer liegen erst an dritter Stelle. Ihre Asylgesuche erzielten im ersten Quartal 2015 eine Anerkennungsquote von lediglich 26,3 Prozent, während 48,2 Prozent aller Asylgesuche aus Sri Lanka angenommen wurden. Wie ist es möglich, dass Flüchtlinge aus einem realen Kriegsgebiet weit tiefere Anerkennungsraten erreichen als Asylgesuche aus einem von Schweizern gutbesuchten Ferienland? Hausgemachte Gesetze und Eigenheiten der Asylpraxis beeinflussen die Flüchtlingsbewegungen eben stärker

als das von Politikern wie Sommaruga bewirtschaftete angeblich objektive Elend der Welt.

Im Jahr 2006 verschärfte die Schweiz nach einem Volksentscheid ihr Asylrecht. Umgehend sank die Zahl der Gesuche. Seit 2011 steigt sie wieder. Es kommt entscheidend darauf an, ob die politische Führung den Mut aufbringt, die Asylgesetze anzuwenden. Der politische Wille lässt nach. Noch nie gab es so viel «vorläufig Aufgenommene». Das sind Personen, deren Gesuch abgewiesen wurde, die man aber trotzdem im Land bleiben lässt. 66 Prozent aller Personen im Asylprozess haben diesen Status, insgesamt sind es über 30 000. So viel gab es nicht mal während des Jugoslawienkriegs.

6800 Franken steuerfrei

Dass das Asylwesen im Argen liegt, belegen auch die Kriminalitätsraten. Obschon die Asylsuchenden nur 0,6 Prozent der wohnberechtigten Bevölkerung ausmachen, begingen sie zwischen 2011 bis 2014 ganze 9 Prozent aller Straftaten. Wer dermassen gegen die Gastfreundschaft seines Asyllandes verstösst, kann kein richtiger Flüchtling sein.

Natürlich: Die Schweiz könnte die Zahl der Asylgesuche drastisch senken. Wenn sie denn wollte. Unter CVP-Justizministerin Ruth Metzler schwankten die Gesuchszahlen von 2001 bis 2003 zwischen 27 000 und knapp 22 000. Metz-

ler-Nachfolger Christoph Blocher (SVP) halbierte die Zahl auf unter 11 000. Bereits im Jahr eins nach Blochers Abwahl stiegen die Asylzahlen unter Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wieder auf 16 000. Nachfolgerin Sommaruga (SP) produziert noch beunruhigendere Zahlen: Von 22 500 (2011) steuern wir jetzt auf rund 30 000 Gesuche zu. Staatssekretär Gattiker schwärmt von den «im EU-Vergleich hervorragenden» Werten. Unter Blinden ist der Einäugige König.

Die Kosten explodieren. Wie die SVP letzte Woche in einem von den Medien totgeschwiegenen Bericht aufzeigte, gibt es keine transparente Rechnung in Bern. Die Volkspartei kalkuliert mit einer Milliarde Franken allein auf Bundesebene sowie mit weiteren zwei Milliarden bei Kantonen und Gemeinden. Hinzu kommen die Kosten der Strafverfolgung sowie die Ausgaben für die Entwicklungshilfe. Die SVP geht von sechs Milliarden Franken jährlich aus.

Eine arbeitslose vierköpfige Flüchtlingsfamilie kann im Kanton Zürich mit einem steuerfreien Einkommen von rund 6800 Franken monatlich rechnen, eine «sozialpädagogische Familienbegleitung» im Wert von 2400 Franken pro Monat inbegriffen. Wer illegal in ein Haus einbricht, wird bestraft. Wer illegal in ein Land einbricht, wird mit Sozialhilfe belohnt. Wann bringt Bern die Kraft auf, diesen Wahnsinn zu beenden?



Action-Queen: Charlize Theron. Seite 44



Gefräßige Negativzinsen: Seite 34



Familienglück dank Diagnose: Seite 26



Das wahre «Heidiland»: Seite 56

Kommentare & Analysen

- 4 **Editorial**
- 9 **Kommentar Schweiz, angeschwärzt**
- 9 **Im Auge** Jon Favreau, Redenschreiber
- 10 **Schweiz** Einwanderung nimmt zu
- 11 **Föderalismus** Familienpolitik sabotieren
- 11 **Jean-Claude Juncker** «Hallo Diktator»
- 12 **Personenkontrolle** Gibor, Rocchi, Thiel, Boll, Tunaboynu, Afshar, Maizar, Cœuré, Moser, Hildebrand, Schwarz etc.
- 13 **Nachruf 1** John Forbes Nash (1928–2015)
- 13 **Nachruf 2** Hisham Maizar (1942–2015)
- 14 **Was ist bloss mit Roger de Weck los?**
Was sucht der SRG-Generaldirektor im Schützengraben?
- 16 **Leutschenbachs Jubelchor**
Finanzielle Verstrickungen der Medienwissenschaftler
- 18 **Die Deutschen** Die Schmach
- 18 **Wirtschaft** Wohlstands-Schizophrenie
- 19 **Ausland** Grosse Mauer auf dem Meer
- 20 **Mörgeli** Die Doppelstrategie aus Reinach
- 20 **Bodenmann** Steuerhinterziehergeheimnis futsch
- 21 **Medien** «Wie unsere Recherchen zeigen»
- 21 **Gesellschaft** Mist messen
- 22 **Darf man das? / Leserbrief**

Hintergrund

- 24 **Neue Horizonte**
Die Chancen der Präimplantationsdiagnostik
- 26 **Die Würde der Eltern**
Wie ein Basler Ehepaar endlich einen gesunden Sohn bekam
- 28 **Der Staatskünstler**
Der Bund nimmt den Bürgern immer mehr Geld weg
- 30 **Asyl für einen Mörder**
Anwälte tricksen den Rechtsstaat aus
- 31 **Türkei** Flucht am Badestrand
- 32 **Terrorismus** Sicherheitslücken im Mittelmeer
- 33 **Banken** Hauen und Stechen auf dem Platz Zürich
- 34 **Negativzinsen** Die Kostenwelle rollt an
- 36 **Feindbild Bauer**
Der unsinnige Hass auf die Schweizer Landwirtschaft
- 38 **Energiewende** Schweizer Stauseen sind keine Lösung
- 41 **Psychologie** Schweizer ohne Selbstvertrauen
- 42 **Krieg unter den Füßen**
Afghanistans Teppiche als Spiegel der Geschichte
- 44 **«Mad Max» – der Frauenfilm**
Charlize Theron, die wahre Heldin des Filmsommers
- 46 **«Der Krieg öffnet den Menschen»**
Der Kampf der Nationalisten in der Ostukraine
- 48 **Russland** Eine Grossmacht schafft sich ab



«Ein kleiner Rest von Menschlichkeit»: Schneider Greenfield. Seite 50

Interview

50 «Unser kleiner Triumph»

Der Jude Martin Greenfield gilt als der beste Schneider der Welt. Seit mehr als sechzig Jahren kleidet er Amerikas Stars und Präsidenten ein

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Suchbild Afrika

56 Bestseller

56 Kampfzone Heidiland

Entspricht das heutige Idyll der wahren Welt zu Zeiten Johanna Spyris?

59 Humor Valentin Landmann über das Standardwerk «Der jüdische Witz»

60 Top 10

60 Kino «Das ewige Leben»

61 Jazz Yilian Cañizares

62 Namen Konkurrenz von der Cousine

63 Hochzeit Katrin und Gavin Bentley-Widmer (Teil 2)

63 Thiel Erbschaftssteuer

64 Wein Luigi Oddero & Figli: Barbaresco 2011

64 Zu Tisch «Brenners Park-Restaurant», Baden-Baden

65 Auto Rolls-Royce Wraith

66 MvH trifft Dechen Shak-Dagsay, Mantra-Sängerin

Autoren in dieser Ausgabe

Mathias Binswanger



Der Professor für Volkswirtschaftslehre zählt zu den führenden Ökonomen des Landes. Er schreibt über den verbissenen Feldzug, den die Liberalen derzeit gegen die Schweizer Bauern führen. Der Erhalt der produzierenden Landwirtschaft sei sinnvoll und entspreche dem Willen des Volkes. Seite 36

Valentin Landmann



Der schillernde Anwalt ist auch der Sohn der Schriftstellerin Salcia Landmann, die 1960 das Standardwerk «Der jüdische Witz» herausgab.

Aus Anlass des internationalen Kabarettfestivals Spektakuli («Alle meschugge!») in Zürich würdigt er das bedeutende Werk seiner Mutter. Seite 59

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



DIE WELTWOCH

Schweiz, angeschwärzt

Von Markus Schär — Ganz Europa glaubt, in der Schweiz greife die Fremdenfeindlichkeit um sich. Schliesslich sagen es Schweizer ganz Europa vor.



«Miserable Noten»: Demo gegen Ausschaffungen, Basel, 2010.

Die Schweizer schotten sich ab und schliessen alle Fremden aus: Spätestens seit dem 9. Februar 2014, als das Volk die Masseneinwanderungsinitiative annahm, glaubt es das offizielle Europa. So auch das Centre for European Policy Studies, das in der Studie «No Move without Free Movement» darüber nachdenkt, wie sich der Widerstand der Schweizer gegen die unbeschränkte Personenfreizügigkeit brechen liesse. Sie müssten nochmals über diese Frage abstimmen, meinen die Autoren des Think-Tanks, den die EU aushält; allerdings gebe es Zweifel, ob wirtschaftliche Argumente allein zu einem anderen, besseren Ergebnis führen würden: «In einer neuen Abstimmung wären auch Rassismus und Xenophobie zu bekämpfen.»

Die Schweizer, eine Nation von Fremdenfeinden? Dieses Urteil scheint auch der Bericht von anderen Think-Tanks der EU zu untermauern, den die *Sonntagszeitung* veröffentlichte. «Eine von der EU finanzierte Studie prangert an, dass die Schweiz ihren Zuwanderern zu grosse Steine in den Weg lege», trompetet das Blatt. «Miserable Noten» bekomme unser Land in der – natürlich noch nicht veröffentlichten, also nicht überprüfbar – Studie, in der das Barcelona Center for International Affairs und die Migration Policy Group die Integrationspolitik von 38 Ländern vergleichen. Wegen fehlender

Bestimmungen gegen Diskriminierung und harter Vorschriften bei Familiennachzug oder Einbürgerung liegt die friedliche Multikultischweiz auf dem 21. Platz – hinter Frankreich, wo Muslime kaum Jobs finden und Juden um ihr Leben fürchten. (Nur in seinem Kommentar mäkelte der Chefredaktor, der sein Blatt mit solchen Schlagzeilen verkauft, dieses «unseriöse Machwerk» trage nichts zu einer sachlichen Diskussion bei.)

Sehen uns einfach die anderen falsch, gerade weil sie die Schweizer um das vergleichsweise friedliche und gedeihliche Zusammenleben von acht Millionen Menschen beneiden, von denen fast ein Drittel ausländische Wurzeln hat? Nein, es sind zumeist Schweizer, die das Zerrbild der fremdenfeindlichen Schweiz im Ausland verbreiten. So stützt sich die Vergleichsstudie zur Integrationspolitik auf Institute vor Ort, in der Schweiz auf das Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien der Uni Neuenburg. Die Zuständige, Denise Efonyimäder, hofft auf «eine sachliche Diskussion darüber, wie Diskriminierungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt effektiv begegnet werden kann». (Solche Diskriminierung kennt das Vorbild Schweden tatsächlich nicht: Dort gibt es für Migranten Gettos und Sozialgeld.)

»» Fortsetzung auf Seite 10

Die Clintons lachten



Jon Favreau, Redenschreiber.

Bill, Ex-Hausherr im Weissen Haus, und Hillary Clinton, die vielleicht als erste US-Präsidentin dorthin zurückkehrt, haben seit Anfang 2014 für das Schwingen von Reden 30 Millionen Dollar kassiert. Kompliment. Sicher sind auch diejenigen, die diese Speeches geschrieben haben, ein bisschen stolz auf diesen Cashflow. In aller Stille, denn ihre Autorenschaft bleibt anonym, bis sie vielleicht eigene Memoiren schreiben wie Ted Sorensen, der das Urheberrecht an Kennedys Bekenntnis «Ich bin ein Beerliiner» beanspruchte. Als Richard von Weizsäcker starb, wurde in den Nachrufen ergriffen seiner Rede zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation gedacht. Kaum jemand wusste, dass Michael Engelhard sie verfasst hatte, ein Universalgelehrter und Goethe-Kenner. Mit Jon Favreau lief es ein bisschen anders. Er fiel als 23-jähriger Schnösel dem damaligen Senator Barack Obama ins Wort, der gerade laut eine Rede probte (eigentlich gehörte Favreau noch zur Berater-Riege John Kerrys), und das war der Beginn einer wunderbaren Zusammenarbeit. Das Polit-Wunderkind Favreau, das ursprünglich Pianist werden wollte, erfand die unwiderstehliche «Yes, we can»-Kampagne. Für die Antrittsrede im Januar 2009 setzte er sich fünf Mal zu ausführlichen Gesprächen mit Obama zusammen, recherchierte wochenlang den Puls der Nation, und am Schluss setzte er sich in ein «Starbucks» und tippte die Visionen des Präsidenten in den Computer. Nach acht Jahren, 2013, war Schluss, weshalb genau, beantworteten weder er noch Mister President (übrigens: Das Jahresgehalt des Chef-Redenschreibers betrug 172 200 Dollar). Jon Favreau hatte mit 32 seine Midlife-Crisis. Er weiss, dass er den Geruch der Macht nie mehr so nah atmen wird. Bei Hillary ist die Türe ohnehin verschlossen. In einem Anfall von bierseligem Leichtsinn hatte Favreau vor Jahren einer Hillary-Kartonfigur an den Busen gegrabscht und das peinliche Selfie ins Internet gestellt. Die Clintons lachten drüber, aber das Foto wird nicht mehr aus der Welt verschwinden. Favreau kokettiert jetzt mit der Idee, eine Fernsehserie über das Weisse Haus zu schreiben.

Peter Hartmann

Wenn sie nicht gerade die Schweiz anschwärzt, forscht die Soziologin fast ausschliesslich zu Sans-Papiers, mit Vorliebe zur Frage, wie Menschen, die illegal im Land leben, also auch keine Steuern zahlen, dennoch zu Gesundheitsversorgung und Schulbildung kommen. Und in einer Studie für die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen schimpfte sie gegen den Sozialhilfestopp, der Illegale zur Ausreise drängen soll: «Der teils jahrelange Langzeitbezug von Nothilfe zeigt, dass im Umgang mit abgewiesenen Asylsuchenden besonderer Handlungsbedarf besteht.»

Angst vor dem Fremden

In dieser Kommission sitzen die besten Fachleute für Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz. Vizepräsidentin Fiammetta Jahreiss (SP), die es als Migrantin in Zürich zur Gemeinderatspräsidentin brachte und ein Gewerkschaftsbildungsinstitut leitet, das die öffentliche Hand mit neunzehn Millionen trägt, jammerte bei der Präsentation des Jahresberichts: Der Volksentscheid vom 9. Februar 2014 bedeute eine Zäsur; er verrate die Ablehnung aller Fremden, die sich in der Schweiz wieder breitmache. Im Heft *Terra Cognita* klagt der Historiker Georg Kreis einmal mehr, «dass die Kultivierung negativer Fremdbilder eine traurige Tradition hat», und sieht der Soziologe Olivier Moeschler die Angst vor dem Fremden auch darin, dass sich nur fünfzehn Prozent einen EU-Beitritt bis in zehn Jahren vorstellen können. Und bei einer Sitzung im Tessin – um die Stimmung vor Ort zu erfahren – empfand die Kommission als Hauptproblem «die Schwächung der grossen Parteien», die sich nicht gegen «xenophob geprägte Haltungen» der neuen politischen Bewegungen durchgesetzt hätten. (Der im Mendrisiotto aufgewachsene Schweizer Botschafter bei der EU, Roberto Balzaretto, sagt derweil: «Ich verstehe, dass die Leute genug haben.»)

Beiläufig nur geht die Kommission im Jahresbericht auf die Studie ein, die das Institut Sotomo zur Masseneinwanderungsinitiative (MEI) für Bundesrätin Sommaruga schrieb. Diese stellt fest: «Die Haltung gegenüber Fremden hat die Zustimmung zur MEI entscheidend beeinflusst. Daraus abzuleiten, das knappe Ja zur MEI sei Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit, greift jedoch zu kurz.» Denn es gebe – eigentlich eine Binsenwahrheit! – nicht entweder Fremdenfreundlichkeit oder Fremdenfeindlichkeit: «Kaum ein Mensch ist feindselig gegen alles Fremde eingestellt, und kaum ein Mensch kann mit beliebig viel Fremdheit umgehen.»

Fazit: Warum soll ein Schweizer die Fremden schlechtmachen, solange er die Schweizer schlechtmachen kann?

Schweiz

Einwanderung nimmt zu

Von Beat Gygi — Die neusten Zahlen des Bundes sind brisant: Von Januar bis März sind gut 14 Prozent mehr Personen eingewandert als in derselben Periode des Vorjahres.

Neuigkeiten aus dem Staatssekretariat für Migration müssten angesichts der zähen Debatte über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative in der Öffentlichkeit eigentlich einschlagen wie ein Blitz, vor allem, wenn es sich um neueste Einwanderungszahlen handelt. Die Ende vergangener Woche publizierte Statistik zur Zuwanderung von Ausländern in die Schweiz im ersten Quartal 2015 wurde aber in grossen Zeitungen nur in kleinen, versteckten Meldungen gebracht. Im *Tages-Anzeiger* waren drei und in der *NZZ* fünf Sätze dazu zu lesen.

Dabei ist die Botschaft brisant: Von Januar bis März sind laut Statistik netto 22 942 Personen in die Schweiz eingewandert, das sind gut 14 Prozent mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres. Die Attraktivität der Schweiz als Arbeits- und Aufenthaltsort scheint also unverändert hoch zu sein; und wenn der Trend nicht gebrochen wird, kann das laufende Jahr durchaus eine höhere Einwanderungswelle bringen als 2013 und 2014, als die ständige ausländische Wohnbevölkerung jeweils je um etwa 80 000 Personen zugenommen hatte.

Solche Signale sind natürlich all jenen nicht willkommen, die bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative den damals geäusserten Volkswillen eigentlich nicht umsetzen, sondern an der unbegrenzten Perso-

nenfreizügigkeit festhalten und der EU gefallen wollen. Bisher haben sie mehrere Gelegenheiten ergriffen, um eine eigenständige Regelung der Einwanderung hinauszuzögern. Im Frühling 2014 wurde zunächst betont, dass die Schweiz nach dem Abstimmungstag vom 9. Februar so ablehnend auf die Umgebung wirke, dass sich praktisch von selber eine Verringerung des Zuwanderungsstroms ergeben werde. Dann wurden wirtschaftliche Abschwächungen als «Spannungslöser» angepriesen. Ende 2014 war aber klar, dass die Einwanderung auf dem genau gleich steilen Wachstumspfad geblieben war wie vorher.

Nach der Aufhebung der Euro-Franken-Untergrenze sahen die Gegner der Initiative eine weitere Gelegenheit, deren Umsetzung in den Hintergrund zu schieben. Die Aufwertung des Frankens werde die Wirtschaft derart unter Kosten- und Margendruck setzen und bremsen, dass die Arbeitsmärkte in der Schweiz ohnehin nicht mehr sehr aufnahmefähig seien für ausländische Mitarbeiter. Bis jetzt zeichnet sich aber nicht ab, dass die Firmen weniger im Ausland rekrutieren als vorher.

Was sich allerdings zunehmend deutlicher zeigt, ist, dass die Migration tatsächlich eine Massenzuwanderung ist – nämlich in dem Sinn, dass im Arbeitsmarkt sozusagen die Massensegmente am meisten Zuzug erhalten. Die grössten Gruppen, die in die Schweiz kommen, sind Personen aus Portugal, Italien und Frankreich, erst an vierter Stelle kommt Deutschland, das oft wegen seiner Fachkräfte gelobt wird. Diese Proportionen gelten für das Jahr 2014 wie auch für das erste Quartal 2015, das heisst, dass es grossenteils ganz normale Arbeitsplätze sind, die an ausländische Bewerber vergeben werden, also nicht primär Posten für Hochqualifizierte.

Dies spiegelt sich auch in den Arbeitslosenzahlen, die Ausländer scheinen sogar besonders gefährdet zu sein, die Stelle zu verlieren. In den Jahren 2013 und 2014 lag die Arbeitslosenquote für Schweizer bei 2,2 Prozent, jene für Ausländer bei 6 Prozent. In jüngster Zeit hat sich die Lage mit Werten von 2,3 beziehungsweise rund 6,5 Prozent noch verschärft. Ein ungebremseter Zuzug aus dem Ausland und eine höhere Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe kann eigentlich nur heissen, dass letztlich mehr Ausländer in die sozialen Auffangrichtungen der Schweiz gelangen. Dies macht klar: Freizügigkeitsfanatiker und Verfechter des umfassenden Sozialstaats arbeiten letztlich am gleichen Projekt.



Massensegmente erhalten am meisten Zuzug.



Eine Art Grossoffensive: Bundesrat Berset.

Föderalismus

Familienpolitik sabotieren

Die familienpolitische Linie des Bundesrats zielt auf eine Schwächung der Verantwortlichkeiten der Kantone und Gemeinden ab.

Vor einer Woche haben Bundesrat Alain Berset und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf die familienpolitische Linie der Regierung vorgestellt und die Betonung auf familienexterne Kinderbetreuung gelegt. Der Bundesrat will einen Verpflichtungskredit von hundert Millionen Franken über acht Jahre einsetzen, um die «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» zu verbessern. Ein früher lanciertes, noch laufendes Bundesprogramm gilt der Schaffung von fast 50 000 familienexternen Betreuungsplätzen. Auf der «neuen Schiene» will man nun die Qualität dieser Angebote erhöhen, diese besser auf die Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern ausrichten und weniger teuer machen.

Direkt ins Geschehen eingreifen will der Bund allerdings nicht, das darf er auch nicht. In der Volksabstimmung im Frühling 2013 ist der sogenannte Familienartikel am Ständemehr gescheitert. Dieser Artikel zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hätte dem Bund weitreichende Kompetenzen in der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Familien gegeben. Das Nein der Kantone hat den Bund aber in die Schranken gewiesen. So gesehen erscheint es konsequent, wenn Berset nun plant, die Bundesgelder an die Kantone fliessen zu lassen, um diese bei der Verbesserung ihrer Angebote einfach finanziell ein wenig zu unterstützen.

Fast könnte man meinen, der Bundesrat respektiere die föderalistische Aufgabenteilung

zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund sowie die durch die Abstimmung über den Familienartikel vorgegebene Beschränkung seines Spielraums. So ist es aber nicht. Betsers und Widmer-Schlumpfs Ansatz mit dem Hundert-Millionen-Kredit mag zwar von der Summe her zurückhaltend aussehen, aber das ändert nichts daran, dass sich Verwaltungsleute des Bundes in neue Geschäfte der Kantone und Gemeinden einmischen wollen. Sie bringen ja Geld mit, also wollen sie auch mitreden bei der Vergabe.

Ähnliche Formen der Kooperation von Bundes- und Kantonspolitikern kennt man bereits bei vielen anderen Gebieten. Zahlreich und intensiv sind diese Verquickungen, wenn es um Gesundheit, Regulierung der Arbeit und soziale Absicherung geht, und in der Bildungspolitik steht eine Art Grossoffensive im Zusammenführen von Kantons- und Bundespolitik bevor. Die meisten dieser Verflechtungen laufen auf ein Vermischen der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten hinaus. Bei kollektiven Entscheiden ist niemand wirklich verantwortlich dafür, bei vergemeinschafteten Einnahmen und Ausgaben sind Kosten und Nutzen oft unklar. Das ist quasi die Geschäftsgrundlage für Zentralisierung und steigende Umverteilung. Berset weiss, dass man mit hundert Millionen Franken die Familienpolitik so weit aus den Fugen bringen kann, dass dann die Zentralisierung fast zwangsläufig weiterläuft.

Beat Gygi

Jean-Claude Juncker

«Hallo Diktator»

Von Wolfgang Koydl — Arroganz und schlechte Manieren sind die Markenzeichen des EU-Chefs.

Jeder kennt so einen Verwandten: Meist ist es ein älterer Onkel, der gern trinkt, schlüpfrige Witze erzählt und der Damenwelt an die Wäsche geht. Er tritt nicht in Fettnäpfe, er läuft in ihnen durchs Leben.

Auch die europäische Familie hat so einen verhaltensauffälligen Onkel: EU-Chef Jean-Claude Juncker. Meist agiert er hinter verschlossenen Türen, was wohl als Segen betrachtet werden muss, wenn man mit ansieht, wie er sich schon in der Öffentlichkeit benimmt.

Besonders gefürchtet unter Staats- und Regierungschefs sind seine Begrüssungen. Den Griechen-Premier Tsipras zog er an der



Neue Höhen der Peinlichkeit: EU-Chef Juncker.

Hand mit sich fort wie einen kleinen Buben. Bundespräsidentin Sommaruga wird wohl noch heute mit der Besessenheit einer Lady Macbeth ihre linke Wange abscheuern, auf die Jean-Claude einen feuchten Kuss gedrückt hat. Beim ukrainischen Premier Jazenjuk saugten sich die Lippen des EU-Chefs auf dem Kahlkopf fest.

Spielerische Ohrfeige

Zu neuen Höhen der Peinlichkeit schwang sich Jean-Claude Juncker auf dem jüngsten EU-Gipfel in Riga auf, als er Ungarns Regierungschef Viktor Orbán leutselig mit «Hallo Diktator» begrüßte, die rechte Hand lässig zu einem angedeuteten Hitlergruss erhoben. Als der Ungar diese Art der Begrüssung nicht erwiderte, verabreichte ihm der Gastgeber spielerisch eine Ohrfeige. «Na, du alter Spitzbube», sollte das heissen, «die hast du dir verdient.»

Junckers Stab rechtfertigt die Eskapaden des Chefs mit dessen Bonhomie. Doch jovial ist daran gar nichts. Abgesehen von schlechten Manieren, zeigt Juncker damit nur, was er von seinen Gästen hält: nichts.

Personenkontrolle

Gibor, Rocchi, Thiel, Boll, Tunaboylu, Afshar, Maizar, Cœuré, Moser, Hildebrand, Schwarz, Marendaz, Forster, Juncker, Popowski, Blocher, Najy, Levrat, Müller, Wyss, Wagner, Auer, Beglinger, Schawinski, Fischer

Vor zwei Wochen veröffentlichte die *Weltwoche* ein Porträt von Rechtsanwalt **David Gibor**, dessen Spezialität es ist, jeden zu verklagen, der sich vermeintlich diskriminierend äussert. So hat er bereits den Komiker **Massimo Rocchi** oder die SVP für ihr «Schlitzer»-Inserat angezeigt. Was Gibor unserem Reporter damals verschwiegen hatte: Auch gegen den Satiriker **Andreas Thiel** hat er eine Strafanzeige eingereicht. Thiel habe mit seinem kritischen Artikel über den Koran in der *Weltwoche* «eine mehrfache Rassendiskriminierung» begangen, heisst es in der Strafanzeige, die beim Zürcher Staatsanwalt **Jürg Boll** liegt. Gibor hat die Anzeige im Auftrag von **Kahraman Tunaboylu**, Präsident der Türkischen Gemeinschaft Schweiz, **Farhad Afshar**, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz, und des mittlerweile verstorbenen Präsidenten der Föderation Islamischer Organisationen Schweiz, **Hisham Maizar** (siehe Nachruf), eingereicht. Die Kläger finden offensichtlich, das Zitieren jener Koranstellen, auf die sich Islamisten bei ihren barbarischen Terrorakten berufen, sei unter Strafe zu stellen. (rb)

Ein Herz für Banker bewies vor zehn Tagen EZB-Spitzenmann **Benoît Cœuré** an einer Konferenz in London. Er plauderte am Abendessen vor Finanzprofis die nächsten geldpolitischen Schritte aus: Die Notenbank würde am nächsten Tag ihre Politik zur Euro-Schwächung forcieren. Diesen Insiderwissensvorsprung vergoldete sich die Dinner-Gemeinde in der Zwischenzeit, wie heftige Kurszuckungen belegen. Mehrere tausend Prozent Rendite konnte man mit richtig gehebelten Finanzprodukten nach dem Dessert erzielen. Die EZB gab sich ob der «Panne» zerknirscht, während ein anderer Akteur fast unbemerkt vom Platz schlich: Die Schweizerische Nationalbank (SNB) gehörte zu den Organisatoren der fraglichen Konferenz mit 150 Teilnehmern. Der erste Redner des Tages war SNB-Vizedirektor **Thomas Moser**. Nicht anwesend war entgegen ersten Vermutungen Ex-SNB-Präsident **Philipp Hildebrand**. Auf Anfrage wirkt die SNB zudem der Darstellung in der Finanzpresse entgegen, wonach ein Hedge-Fund die Konferenz mitgesponsert oder mitorganisiert



Strafanzeige gegen Thiel: David Gibor.

haben soll («falsch»). Sie stellt zudem klar, der Beitrag der Nationalbank sei rein organisatorischer Natur gewesen. Die Kommunikationspanne der EZB habe «nichts mit der SNB oder der Veranstaltung zu tun». Einen positiven Aspekt vergisst die SNB allerdings zu erwähnen: Die sieben aus Zürich angereisten Nationalbank-Vertreter konnten aus direkter Anschauung erfahren, wie man als Notenbank besser nicht kommuniziert. (fsc)

Viele Staatsdiener dienen nicht dem Staat, sondern ihrer eigenen Mission: Das zeigte die *Weltwoche* in der letzten Ausgabe, vor allem am Beispiel des Bundesamtes für Umwelt (Bafu). Eine verbissene Kämpferin für ihre eigenen Interessen, Bafu-Vizedirektorin **Franziska Schwarz**, lieferte eine Bestätigung nach. Der Bundesrat liess sich 2012 von der Verwaltung dazu drängen, die Strategie Biodiversität Schweiz durchzuwinken. Den Aktionsplan zur Umsetzung schickte er aber im Februar nochmals den Kantonen zum Zerzausen: Die Massnahmen würden den Bund die Kleinigkeit von jährlich 79 Millionen Franken bis 2020 und gar von jährlich 210 Millionen bis 2040 kosten, die Kantone ebenso viel. Danach liess sich die zuständige Abteilungsleiterin **Evelyne Marendaz** mit 61 Frühpensionieren. Franziska Schwarz aber kämpft weiter gegen die Politiker, denen sie dienen soll. «Natürlich erfordert die Umsetzung des Aktionsplans Geld und das Engagement der ganzen Gesellschaft», trotz sie in einem grossen NZZ-Kommentar der Politik. «Im Vergleich zu den Kosten, die bei Nichtstun anfallen, sind diese Investitionen allerdings sehr gut angelegt.» Die Messlatte liegt bei einer halben Milliarde pro Jahr. (sär)

Eine «Hitparade der 50 wichtigsten Köpfe im Verhältnis Schweiz-EU» kündete **Nicola Forster** an: Sein aussenpolitischer Think-Tank Foraus macht jetzt mit Boulevardmethoden auf sich aufmerksam. Das fragwürdige Ran-



Rendite nach dem Dessert: Benoît Cœuré.



Kosten bei Nichtstun: Franziska Schwarz.

king zeigt EU-Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** auf dem ersten und seinen Schweiz-Zuständigen **Maciej Popowski** auf dem dritten Platz, **Christoph Blocher** (als einzigen Vertreter der Volksmehrheit!) aber erst auf dem siebten. Allerdings weckt der Genfer Doktorand **Cenni Najy** als Autor Zweifel, dass er sich überhaupt in Bern auskennt. Auf dem fünften Rang liegen bei ihm die versammelten Parteipräsidenten von «Mitte-rechts» bis «Mitte-links». Mit «Mitte-links» meint Najy die SPS, die linkste sozialdemokratische Partei Europas, und die mit ihr deckungsgleichen Grünen. Der Grund für die Spitzenplatzierung von **Christian Levrat, Philipp Müller** und Co.: «Diese Schweizer Schwergewichte waren bisher kaum in die europäische Problematik einbezogen.» Laut dem Foraus-Analytiker ist noch nicht abzusehen, wie sie sich auf eine gemeinsame Lösung verständigen könnten. (sär)

Unter den Wichtigsten zwischen Bern und Brüssel im Foraus-Ranking finden sich auch die schwerreichen Unternehmer **Hansjörg Wyss** und **Jobst Wagner**, «die grossen Financiers des Komitees <Vorteil Schweiz>, das als Koalition der Vernunft das Erfolgsmodell



«Bis zu den Wahlen läuft nichts»: Hansjörg Wyss.

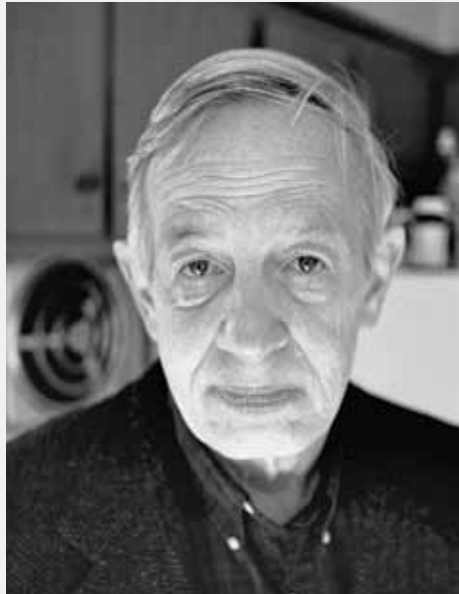


«Joschka, sag doch mal»: Roger Schawinski.

Schweiz verteidigen will». Diese «Kampftruppe gegen Blocher» (*Sonntagszeitung*) machte vor zwei Monaten Schlagzeilen; sie kündete an, im Juni einen Aktionsplan vorzulegen, mit dem sie die enge Bindung der Schweiz an Europa retten wollte. Inzwischen zeigt sich: Zumindest bis zu den Wahlen läuft gar nichts – weil «Vorteil Schweiz» gerade keine «Kampftruppe gegen Blocher» sein will. Und ebenso kleinlaut geben sich die Urheber der Rasa-Initiative, die das Volksverdikt vom 9. Februar 2014 wieder umstossen wollen. Sie schafften es dank viel warmer Luft zwar im Foraus-Ranking auf die Plätze 27 (Professor **Andreas Auer**) und 45 (Swisscleantech-Chef **Nick Beglinger**). Aber Foraus plaudert auch aus: «Für die Initiative sollen noch 70 000 Unterschriften fehlen.» (*sär*)

Lieb, nett, **Schawinski**: Wenn er jemandem schmeicheln oder gefallen will, umschnürt der weitherum gefürchtete Interviewer seinen Gast wie ein putziges Kätzchen. Letzten Sonntag hatte er in seinem «Doppelpunkt» auf Radio 1 den grünen deutschen Ex-Aussenminister **Joschka Fischer** zu Gast. Schawinski stellte ihn als einen der grössten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts vor und suhlte sich geradezu darin, den grossen Mann duzen zu dürfen: «Joschka, sag doch mal», «Joschka, was glaubst du?» Dumm nur, dass Herrn Fischer die doch eher plumpe Anbiederung offenkundig peinlich war. Er blieb beim «Sie» und bei «Herrn Schawinski». (*ky*)

Nachruf



Eigene Wissenschaft: Mathematiker Nash.

John Forbes Nash (1928–2015) — «Poker ist die offensichtlichste Anwendung», schrieb der Mathematiker, der sich 1950 in Princeton um den Doktor der Philosophie bemühte: mit einer dünnen Dissertation, die 27 Seiten mit der Maschine getippt, die Formeln von Hand eingefügt, die beiden Schematahingekritzelt. «Nichtkooperative Spiele» lautete der Titel, und der Student schuf damit seine eigene Wissenschaft. Ob Politiker, Ökonomen oder Mathematiker: Niemand mehr kam danach ohne die Spieltheorie von John Nash aus. Das Genie sank allerdings 1959 in die Schizophrenie ab und tauchte erst 1994 wieder auf, als ihm das Nobelpreiskomitee die höchste wissenschaftliche Auszeichnung verlieh. Der Spielfilm «A Beautiful Mind» von 2001, der seine Lebens- und Leidensgeschichte erzählte, machte John Nash in aller Welt berühmt. Deshalb rührte so viele die Nachricht, dass der 87-jährige Wissenschaftler zusammen mit seiner Ehefrau am letzten Samstag bei einem Taxiunfall starb.

«Dein Werk zu lesen, war inspirierend», twitterte der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis nach der Todesmeldung. «Dich zu treffen und Zeit mit dir zu verbringen, war ein unverdienter Bonus.» Der umstrittene Politiker wandte die Theorie von John Nash in den letzten Monaten im Ringen mit der EU an. Aber die Erkenntnisse der Dissertation von 1950 dienten auch in noch wichtigeren Pokerpartien, so 1962 in der Kubakrise zwischen Kennedy und Chruschtschow. Dass es die Welt noch gibt, ist auch das Verdienst von John Nash.

Markus Schär



Fürsprecher der Mässigung: Hisham Maizar.

Hisham Maizar (1942–2015) — Mit Hisham Maizar ist ein wichtiger Fürsprecher der Mässigung unter den Schweizer Muslimen verstummt. Der in Jerusalem geborene Palästinenser, der in Europa Medizin studiert und in der Ost- und Südostschweiz als Arzt praktiziert hatte, starb im Alter von 73 Jahren. Er war Präsident der Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) und leitete den Schweizerischen Rat der Religionen. Einst verheiratet mit einer Christin, die schon Jahre vor ihm aus dem Leben geschieden war, sprach Maizar nicht von Ungläubigen, sondern von Andersgläubigen, wenn es um Nichtmuslime ging. Er sah sich aber nicht nur als Mittler zwischen den Religionen, sondern auch als Bindeglied zwischen den in der Schweiz lebenden Muslimen, die zum Teil aus den verschiedensten Ländern und Kulturen stammen und deren kleinster gemeinsamer Nenner der Islam ist. Maizar war ein moderater Muslim, ein Vertreter der grossen und leider meist schweigenden Mehrheit der Muslime, die für Respekt vor Andersgläubigen ist und gegen Gewalt zur Durchsetzung politisch-religiöser Ziele. Er kritisierte die Salafisten, Muslime, die glauben so leben zu müssen, wie es der Prophet vor 1400 Jahren vorgemacht hatte. Dem Islamischen Zentralrat Schweiz (IZRS), dem Organ der Salafisten und radikalen Konvertiten, warf er unverhohlen eine extremistische Gesinnung vor und forderte ihn auf, dem Terrorismus abzuschwören. Der Islamrat hat zwar nie offen zu Gewalt aufgerufen, schürt aber mit seiner Hetze gegen angeblich islamophobe Tendenzen genau jene Ideologie, die zu Terror und Blutvergiessen führt.

Kurt Pelda

Service public in eigener Sache

Von Rico Bandle — SRG-Generaldirektor Roger de Weck steigt für ein neues Gebührenmodell in die Schützengräben. Warum eigentlich? Seine Mission dient angeblich dem Zusammenhalt des Landes. Recherchen freilich legen nahe, dass hier einer vor allem an seinem eigenen Denkmal werkelt.

Roger de Weck im Kampfmodus, das gab es schon einmal: 2002 hatte er während einer Autofahrt erfahren, dass der Direktor des Zürcher Schauspielhauses, Christoph Marthaler, entlassen worden sei. Kurze Zeit später rief ihn der aufgebrachte Schriftsteller Adolf Muschg an, da müsse man sich doch wehren, er habe bereits ein Manifest geschrieben. De Weck war sofort dabei, organisierte eine Protestveranstaltung. Anstatt wie erwartet 100 oder 200 Personen erschienen 2000, die sich, ausgestattet mit «Marthaler bleibt»-Anstecknadeln, dem Protestzug anschlossen. Der Aufschrei fand Gehör, die Stadt nahm die Entlassung Marthalers zurück, Roger de Weck konnte sich als heldenhafter Retter des Theaters feiern lassen.

Trotz des Triumphs, die Rolle des Protestführers mit Megafon passte nicht so recht zu dem Mann, der sich sonst elegant auf dem Parkett der Mächtigen bewegt, der sich am liebsten mit grossen Ideen wie dem Friedensprojekt Europa beschäftigt. Unvergessen bleibt die von ihm moderierte Ausgabe der SRF-Sendung «Sternstunde Philosophie», aufgenommen 2008 im prächtigen Saal der Universität Zürich, wo Churchill seine berühmte Europa-Rede gehalten hatte. Zu Gast war der heutige EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker, der in geschichtsträchtiger Atmosphäre erklärte, die Schweiz habe die «Gewinnmaximierung» zur «Staatsideologie» erhoben, das Land befinde sich auf einem «Irrweg». Roger de Weck lauschte gebannt, kein Widerspruch, kein Nachfragen. Selten kam sein religiös anmutender Hang zum Internationalismus und zu Europa so eindrücklich und bildstark zum Ausdruck wie hier.

Seit Roger de Weck zum Generaldirektor der SRG gewählt wurde, hat sich der eloquente Denker verändert. Im Gegensatz zu früher trifft man ihn fast nie mehr an einer Theaterpremiere an. Anstatt lange Abhandlungen über die Rettung des Kapitalismus oder über das Verhältnis zwischen Deutschen und Schweizern zu schreiben, hat er sich in den Bodenkrieg des Lobbyismus begeben, seit einigen Wochen gar in einen verbissenen geführten Abstimmungskampf. Der feinsinnige Intellektuelle mit dem Hang, die Schweiz und die Welt vor politischem Unheil zu bewahren, zieht plötzlich als Stimmenfänger für das revidierte Radio- und Fernsehgesetz (RTVG) durchs Land.

Man traut seinen Ohren nicht, wenn man Roger de Weck auf einmal in der Rolle des medialen Staubsaugerverkäufers erlebt: «Für die allermeisten Haushalte sinkt die Gebühr von 450 auf 400 Franken. Wer im Altersheim, Pflegeheim oder Studentenhaus wohnt, zahlt nichts mehr. Inhaber von Zweitwohnungen zahlen nicht mehr doppelt. Firmen mit weniger als 500 000 Franken Umsatz zahlen nichts», schreibt er im *St. Galler Tagblatt*. Plötzlich wird für den Kulturfreund de Weck sogar ein Fussballspiel ohne Schweizer Beteiligung zu einem existenziellen Bestandteil des hiesigen Service public. «Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler verlangt von den 670 000 Zuschauern, die Barcelona gegen Bayern sahen, sie sollten die Spiele der Champions League künftig für teures Geld im Bezahlfernsehen verfolgen», schreibt er in der *Sonntagszeitung*.

Auf dem falschen Fuss erwischt

Und ständig wiederholt er einen Satz, den er wohl dem früheren US-Präsidenten George Bush senior abgeschaut hat. Dessen erfolgreicher Wahlspruch: «Read my lips: no new taxes», lautet in der de-weckschen Ausprägung: «Ich habe kategorisch ausgeschlossen, in meiner Amtszeit eine Gebührenerhöhung zu beantragen.» Womit er unterschwellig zugibt, dass unter dem Regime künftiger Direktoren und Bundesräte die Abgabenschraube beliebig nach oben gedreht werden kann.

Selbst Leute, die ihn schon lange kennen, reiben sich die Augen. In der Pose des populistischen Abstimmungskämpfers wirkt der aus einer noblen Bankiersfamilie stammende de Weck dermassen ungläubwürdig, dass jeder Auftritt, jedes Interview seinen Gegnern in die Hände spielt. Mit seinen Voten erweckt er den Eindruck, eine Mehrheit für die SRG sei nur dann zu holen, wenn man allen Seiten Geldversprechen gibt – nicht gerade ein gutes Zeichen für den Service-public-Sender.

Die atemlose Kampagne de Wecks und seiner Mitstreiter mobilisiert massive Gegenkräfte.

Weshalb tut sich de Weck dieses unwürdige Spiel an? Er hätte einfach sagen können: «Ich setze mich für eine qualitativ hochwertige SRG ein. Nach welchem System die Gebühr eingetrieben wird, geht mich nichts an, das ist

Sache der Politik.» Vielleicht wäre die Vorlage dann sogar problemlos durchgekommen. Dass er aber kämpft, als ginge es um seine Existenz, erhärtet erst recht den Verdacht, dass es bei der Abstimmung doch um mehr geht als bloss um die Einführung einer «einfachen



Als ginge es um seine Existenz: SRG-Direktor

chen, kostengünstigeren Haushaltsgebühr» (de Weck): nämlich darum, die Gebühreneinnahmen festzunageln, bevor überhaupt klar ist, welche die Rolle einer SRG in der sich rasant wandelnden Medienwelt eigentlich sein soll.

De Weck, so scheint es, hat sich völlig überschätzt. Er witterte die Chance, noch einmal wie bei Marthaler als Held aus der Abstimmung hervorzugehen. Sich in falscher Sicherheit wiegend, wagte er sich aus der Deckung, sah die grosse Stunde gekommen, für sich, für seine Mission. Diesmal würde er nicht nur als Retter des Schauspielhauses dastehen, sondern der gesamten Schweiz. Deshalb die stän-

dige Betonung, wie existenziell wichtig die SRG für den Zusammenhalt des Landes sei, deshalb sein Bestreben, die Schweizer Medienhäuser müssten alle unter seiner Führung zusammenstehen, um gegen den ausländischen Feind Google und Facebook bestehen zu können. De Weck möchte an der Spitze stehen von etwas ganz Grosse, nämlich von jener Institution, die die Schweiz vor dem Auseinanderdriften bewahrt. Womöglich hat ihn auch ein wohlwollender Beitrag in der *Weltwoche* vor einem Jahr beflügelt, wo Sätze zu lesen waren wie: «Das Volk wird der SRG mit dem Stimmzettel zujubeln. Roger de Weck steht vor einem Triumphzug.» Jeden-

falls hat er den Artikel mehrmals stolz erwähnt, unter anderem in der SRF-Diskussionssendung «Club».

Dass der Widerstand nun plötzlich von links bis rechts erstaunlich gross ist, dass die SRG heftig angegriffen wird, zum Teil auch auf geschmacklose Weise, und dass die Umfragen trotz allen finanziellen Versprechen de Wecks ein knappes Resultat voraussagen, das alles trifft den Generaldirektor völlig unvorbereitet. Beim Marthaler-Protest war er noch von lauter Gleichgesinnten umstellt, da lief er zu Höchstform auf. Jetzt, wo ihm ein überraschend kalter Wind entgegenbläst, wirkt er überfordert; von seinem Charme, seiner intellektuellen Brillanz ist nichts mehr übrig, an gewissen Veranstaltungen war er nahe dran, die Contenance zu verlieren.

Tages-Anzeiger schwenkte um

Dabei war alles perfekt aufgegleist worden. Das Lobbying der SRG erreichte in den letzten Jahren ein beispielloses Ausmass. Am Anfang der Legislatur hatten sich gleich vier SRG-Funktionäre einen der heute so umstrittenen Zutrittsbadges ins Bundeshaus ergattert, darunter Roger de Weck und SRG-Präsident Raymond Loretan. Zum Teil haben sie ihre Passierscheine mittlerweile freiwillig zurückgegeben, auch Roger de Weck, der die Parlamentarier ohnehin lieber diskret in einem guten Restaurant umgarnt als in der offenen Wandelhalle. Loretan war besonders aktiv in den Wochen, bevor das RTVG im Parlament behandelt wurde, er lud Parlamentarier reihenweise zum Frühstück ins Berner Nobelhotel «Bellevue» ein. Dass die SRG zu den stärksten Lobbyisten in Bern gehört, bleibt auf den SRG-Kanälen unerwähnt, auch in den vielen kritischen Beiträgen über den Lobbyismus in Bern.

Dass der SRG-Generaldirektor das Gespräch mit Parlamentariern sucht, mit ihnen essen geht, ist bekannt, das gehört wohl auch zu seinem Job. Sein Einfluss geht aber weit über Bundesbern hinaus, wie ein Beispiel aus dem *Tages-Anzeiger* zeigt. Die Inlandredaktion hatte in der üblichen internen Parolenfassung vor Abstimmungen fast einstimmig die Ablehnung der RTVG-Revision empfohlen. Normalerweise bedeutet dies: In einem Leitartikel auf der Frontseite des Blattes wird der beschlossene Standpunkt dargelegt. Doch diesmal legte Chefredaktor Res Strehle sein Veto ein – zum ersten Mal, seitdem er im Amt ist. Anstelle des Leitartikels wurde das Thema kontradiktorisch abgehandelt, Strehle schrieb dafür, eine Redaktorin dagegen. Der Hintergrund: Strehle und de Weck sind seit vielen Jahren befreundet. Strehle hat auch de Wecks Tochter Laura einen der raren Kolumnenplätze im *Tages-Anzeiger* zugehalten.

Jetzt, wo der Abstimmungskampf in die Endphase kommt, springen weitere SRG-Ex-



Roger de Weck.

ponenten Roger de Weck bei. SRF-Direktor Rudolf Matter beklagt in der Gratiszeitung *20 Minuten* die «dreisten Lügen und persönlichen Verunglimpfungen» der Abstimmungsgegner, kommenden Freitag wird er die SRG auch in der Abstimmungs-«Arena» auf dem eigenen Sender SRF 1 vertreten. SRG-Präsident Raymond Loretan deckt in der *Schweiz am Sonntag* den politischen Gegner mit Vorwürfen ein («Manche Kritiker versuchen, mit einer Politik des Hasses ihr Ziel zu erreichen») und geißelt die Zeitungen, die kritisch über die SRG berichten («Es ist beunruhigend, wie sich ein Teil der Presse verhält»). Loretan, der im Herbst für die CVP in den Ständerat möchte, steht auch hinter einem Brief der SRG, der in einigen zehntausend Exemplaren verschickt wurde und SRG-Mitglieder auffordert, Freunde und Bekannte von einem Ja zu überzeugen und Leserbriefe zu schreiben. Als Krankenkassen in ähnlicher Form Abstimmungspropaganda betrieben, wurde das in mehreren SRF-Sendungen als problematisch dargestellt, wenn man das selber macht, ist das kein Thema.

Die atemlose Kampagne de Wecks und seiner Mitstreiter mobilisiert massive Gegenkräfte. Zwar hauen auch die Gegner gelegentlich daneben. Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler erlag im Rausch des Vorwahlkampfes – er kandidiert im Herbst als Nationalratskandidat für die FDP – der Versuchung, mit der ganz grossen Keule auf de Weck einzuprügeln, anstatt die gebühren- und abgabenpolitischen Fragwürdigkeiten dieser neuen SRG-Steuer präziser herauszuarbeiten.

Sei's drum: Durch sein Engagement gelingt de Weck eine unfreiwillige Entlarvung in doppeltem Sinn. Einerseits ist da die unheilige Verandelung der SRG mit dem bundespolitischen Establishment in Bern. Das neue Gebührenmodell wurde ursprünglich im Bundesrat erdacht. Dass es sich de Weck nun so beherzt zum eigenen Kernanliegen macht, ist das Sinnbild einer Verstrickung, die von den Verstrickten bisher immer nach Kräften bestritten wurde. Andererseits, wer im öffentlich-rechtlichen Zeitalter von Conchita Wurst, «Glanz & Gloria» und «Madame Etoile» den Leuten ernsthaft weismachen will, seine Senderfamilie halte am Ende die Schweiz zusammen, muss sich die Frage nach seinem Wirklichkeitsbezug stellen lassen.

Vor allem aber hat der Abstimmungskampf die Überheblichkeit der SRG-Oberen gnadenlos zu Tage gefördert. De Weck hat die Verankerung der SRG und die Manipulierbarkeit von Privatmedien und Stimmbürgern durch finanzielle Zuwendungen völlig überschätzt. Egal, wie die Abstimmung ausgeht, den erhofften Triumphzug kann Roger de Weck bereits absagen. Wenn die Vorlage doch noch durchkommt, was zu erwarten ist, dann nicht dank, sondern trotz ihm. ○

SRG

Leutschenbachs Jubelchor

*Von Florian Schwab** — Schweizer Medienwissenschaftler ergreifen beherzt Partei im Abstimmungskampf. Wortreich verschweigen sie ihre eigenen finanziellen Verstrickungen mit dem SRG-Apparat.

Professoren und Wissenschaftler verteidigen die SRG im Abstimmungskampf um das Radio- und Fernsehgesetz (RTVG). So bescheinigt etwa Mark Eisenegger, Herausgeber des «Jahrbuchs Qualität der Medien», als Nachfolger von Kurt Imhof an der Universität Zürich dem Staatsfunk in einem NZZ-Artikel «überdurchschnittliche» Qualität. Der «Sache dienlich» sei es, einen «starken öffentlichen Rundfunk zu erhalten». Im gleichen Medium ergreift Edzard Schade pro SRG das Wort. Wie auch Eisenegger wurde er am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich (IPMZ) ausgebildet und amtiert heute als Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Chur. Zuvor stand er jahrzehntelang im Sold der SRG als Redaktor, Historiker und Buchautor – was in dem Beitrag unerwähnt bleibt.

Die Schützenhilfe der Medienwissenschaftler für die SRG beschränkt sich nicht auf das NZZ-Feuilleton. An einem Anlass des Ja-Komitees bestärkten sich Mark Eisenegger und sein ebenfalls am IPMZ gross gewordener Freiburger Kollege Manuel Puppis gegenseitig in ihrer SRG-Zuneigung. In den sozialen Medien weilt derweil vor allem Vinzenz Wyss, Professor an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), als glühender Verteidiger des öffentlichen Rundfunks. Als die *Sonntagszeitung* Unregelmässigkeiten bei den Vergütungsbelegen von Generaldirektor Roger de Weck in den Jahresberichten thematisierte, eilte Wyss dem Bedrängten zu Hilfe. Er tadelte den Artikel als «Falschmeldung» – diese Aussage musste er später zurücknehmen und sich bei dem betroffenen Journalisten entschuldigen. Auch in Wyss' akademischer Laufbahn nimmt das IPMZ eine prominente Rolle ein.

Selbst in streng fachlicher Hinsicht sind manche Medienwissenschaftler kompromissfreudig, wenn es um die SRG geht. So nimmt sich seit 2013 ein Team unter Professor Michael Latzer (IPMZ) im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation (Bakom) der Fragestellung an, ob sich das Internetportal der SRG innerhalb der Grenzen der Konzession bewege. Anfangs wiesen die Forscher bei rund fünfzig Prozent der Online-Nachrichten einen Verstoss gegen die Konzession nach. Wie der *Tages-Anzeiger* kürzlich aufdeckte, lockerten Latzers Leute jedoch auf Anweisung des Bakom ihre Kriterien, wodurch die Quote der Konzessionsverletzungen «dann schlagartig auf rund 10 Prozent» gesunken sei. So sind ihre Ergebnisse

über die Zeit nicht vergleichbar. Trotzdem konnte sich – gestützt auf die Forschung – der staatliche Medienkonzern wie folgt rühmen: «Die SRG erfüllt die Onlinevorgaben der Konzession.» Der Professor spielt mit.

Brisanterweise reicht die SRG-Protektion unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit bis in die vom Bundesrat ernannte Eidgenössische Medienkommission (Emek). Deren Präsident Otfried Jarren ist für seine SRG-Freundlichkeit bekannt. Ohne zu murren, ordnete er sich und seine Fachgruppe dem Diktum von Leuthard und de Weck unter, die Diskussion über die Inhalte des Service public erst dann zu führen, wenn dessen Finanzierung mittels RTVG unverrückbar gesichert ist. Zu «tagesaktuellen Themen und Ereignissen» äussere sich die Kommission nicht, so die Begründung.

Fördergelder, Ämter, Kurse

Welch ein Kontrast zu Deutschland, wo gerade zwei neuere wissenschaftliche Gutachten mit dem dortigen Rundfunksystem – jenem der SRG nicht unähnlich – hart ins Gericht gehen und gar seine Abschaffung fordern. Der Laie staunt, und der Fachmann wundert sich: Gibt es in der Schweiz keine profilierten Medienwissenschaftler, die sich kritisch zur SRG vernehmen lassen? Ein Hochschulprofessor bestätigt unter dem Siegel der Verschwiegenheit: Es sei in der Schweiz «keine vernünftige Debatte zu SRG und Service public möglich», da die vermeintlichen Experten, also die Medienwissenschaftler, «alle aus demselben Kuchen begeisterter SRG-Fans stammen». Dreh- und

Es dürfte «schwer sein, gegen dieses Narrativ rational anzukämpfen».

Angelpunkt dieses SRG-freundlichen Filzes sei das Zürcher IPMZ, mit dem fast alle Schweizer Medienwissenschaftler von Rang und Namen irgendwie verbunden sind. «Abweichende Meinungen haben es schwer.» Eisenegger, Puppis, Jarren, Wyss, Schade, früher Imhof: Die Crème de la Crème der Schweizer Medienforschung ist über gemeinsame Publikationslisten und durch Zugehörigkeit zu Organisationen wie der von Kurt Imhof gegründeten Stiftung Öffentlichkeit und Gesellschaft oder der Stiftung Medienqualität Schweiz untereinander verflochten.



Glühender Verteidiger: ZHAW-Professor Wyss.



Schützenhilfe: Medienforscher Eisenegger



Freiwilliger Maulkorb: Emek-Präsident Jarren.

Eine von den Wissenschaftlern des «Medienkuchens» elegant ausgeblendete Tatsache sind ihre eigenen finanziellen Verstrickungen im System öffentlich-rechtlicher Abgaben. Wie heikel das Thema ist, stellt man bei der Recher-

che fest. Die SRG, auch sonst als finanzielle Black Box bekannt, will nicht offenlegen, wie viel sie an einzelne Universitätsinstitute oder geneigte Professoren überweist. Selbst das Total verschweigt der staatliche Monopolist. Er orakelt lediglich vieldeutig: Die SRG arbeite in der Programmforschung mit Hochschulen und Universitäten zusammen. Zudem unterstütze man «Forschungsprojekte von Instituten, die für den Medienplatz Schweiz von Bedeutung sind».

Wie die SRG selbst zögern auch manche Geldempfänger, die erbetene Transparenz herzustellen. Als die *Weltwoche* die Forscher direkt nach Finanzströmen aus dem Rundfunksystem fragt, bricht im Forschungszweig Hektik aus. Vinzenz Wyss als Vizepräsident einer fachspezifischen Akademikervereinigung empfiehlt seinen Kollegen in einem dringlichen Schreiben, die verlangten Daten zu liefern, und geht selbst mit gutem Beispiel voran.

Emek-Präsident Otfried Jarren, Prorektor an der Uni Zürich, teilt knapp mit, sein Lehrstuhl habe seit 2010 total 181 885 Franken aus Bakom-Mitteln erhalten. Für die SRG selber habe er keine Aufträge ausgeführt. Wenn auch betragsmässig eher bescheiden, ist das Gehalt von SRG-Verteidiger Vinzenz Wyss doch besonders illustrativ: Als Präsident der Bildungskommission der SRG Zürich/Schaffhausen erhält er «jährlich CHF 5500 zuzüglich CHF 750 Nebenkosten». Zudem gibt Wyss an, er und zwei Forschungskollegen hätten «als Experten und auf private Rechnung» insgesamt zwölf «Kurse» (gut einstündige Unterrichtseinheiten) für die SRG ausgerichtet, von denen jeder mit 500 Franken entschädigt worden sei.

«Byzantinisches Genossenschaftssystem»

Wie sieht es diesbezüglich an Wyss' Fachhochschulinstitut aus? Neben einer vom Bakom aus RTVG-Mitteln geförderten Studie (52 000 Franken) erhielt sein Institut seit 2010 direkte Aufträge von SRF für insgesamt 144 076 Franken. Wyss schreibt, der gesamte Forschungs- etat des Instituts habe über diesen Zeitraum 2,26 Millionen Franken betragen. Daher stamme nur ein geringer Teil der Finanzierung aus SRG-nahen Quellen. Bedeutender hier sei etwa der Schweizerische Nationalfonds – eine Argumentationslinie, die Wyss in seinem Schreiben auch den Fachkollegen vorzeichnet: Es sei «gegenüber der *Weltwoche* zu betonen», dass die Mittel aus dem Rundfunksystem «im Vergleich etwa zum Nationalfonds und zu anderen – auch vielen Quellen aus der Privatwirtschaft – in der Regel nur einen kleinen Teil der Forschung ausmachen».

Tatsächlich? Aufgrund der Verschwiegenheit der SRG lassen sich nur die Zahlungen des Bakom an die Wissenschaftler rekonstruieren, nicht aber jene der SRG. Seit 2010 haben die Medienwissenschaftler der Universität Zürich, darunter der verstorbene Kurt Imhof,

sein Nachfolger Mark Eisenegger und Doyen Otfried Jarren, aus dieser Quelle total 1,96 Millionen Franken erhalten. Allein für seine kritisierte Auswertung der SRG-Internetnachrichten erhielt IPMZ-Mann Latzer fast 200 000 Franken aus dem RTVG-Komplex – auf denselben Professor entfallen 448 000 Franken für eine andere Analyse des Onlineangebots der SRG. An die Universität Freiburg, wo der betreffende Forschungszweig vornehmlich ein Tummelfeld ehemaliger IPMZ-Leute abgibt, flossen vom Bakom gesamthaft 1,75 Millionen Franken – fast 50 000 Franken vom Bakom erhielt der im Abstimmungskampf Partei ergreifende Manuel Puppis. Das Bundesamt legt es in seiner Förderung nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem öffentlichen Rundfunk an. «Finanzielle Leistungen aus dem Rundfunksystem», heisst es auf der Internetseite, sollen durch die Bakom-finanzierte Medienforschung «wiederum dem Rundfunksystem zugutekommen». Die Bakom-Gelder stammen aus derselben Quelle wie die Radio- und Fernsehgebühren, nämlich aus dem Radio- und Fernsehgesetz. Kein Wunder, machen die Forscher mit der langfristigen Einnahmensicherung dieser Institutionen gemeinsame Sache.

Sind die Millionenbeiträge wirklich so unbedeutend, wie die Wissenschaftler glauben machen wollen? Nachforschungen in der Datenbank des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) lassen Zweifel aufkommen. Die Suche unter Stichworten wie SRG oder SRG SSR weist dort seit 2010 ein einziges Projekt aus, und zwar eine Untersuchung über die «Geschlechtergleichheit» in der betriebswirtschaftlichen Praxis und den Programmen der SRG – vom SNF mit 269 105 Franken gefördert. Dem steht die Jahr für Jahr millionenschwere Förderung durch das Bundesamt für Kommunikation im Zentralbereich der SRG-Grundsatzfragen gegenüber.

In der *Sonntagszeitung* schreibt Konrad Hummler, die Debatte um das RTVG leuchte wie ein «Biomarker» die vielseitigen, auch finanziellen Abhängigkeiten im «byzantinischen Genossenschaftssystem» des öffentlichen Rundfunks aus. Störend ist, dass gerade die Medienwissenschaftler in ihrem Engagement für die Vorlage tunlichst ihre Verflechtung mit dem Apparat verschweigen. Zu Recht befürchtet Vinzenz Wyss in seinem Schreiben an die Fachkollegen Kritik an der Tatsache, dass die «Geldflüsse kaum transparent seien» und dass «gerade dann nicht explizit darauf hingewiesen» werde, wenn sich «Forschende öffentlich für die SRG bzw. für das RTVG einsetzen». Es dürfte «schwer sein, gegen dieses Narrativ rational anzukämpfen», so die Schlussfolgerung des Wissenschaftlers.

* Der Autor ist Mitglied der SRG-kritischen «No Billag»-Initiative.

Die Schmach

Von Henryk M. Broder — Weshalb der Musterknabe am Eurovision Song Contest null Punkte erhielt.



Das Verlieren haben wir ja gelernt. Kunersdorf, Verdun, Stalingrad. Siebenjähriger Krieg, Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg. 1759, 1916, 1943. Dem gegen-

über stehen die deutschen Siege bei den Fussballweltmeisterschaften 1954, 1974, 1990 und 2014 und die Wahl von Kardinal Joseph Ratzinger zum Papst Benedikt XVI. im Jahre 2005.

Man könnte von einer historisch ausgewogenen Bilanz sprechen, bei der sich Siege und Niederlagen einigermaßen die Waage halten, wäre da nicht der letzte Eurovision Song Contest, bei dem Deutschland, vertreten durch die attraktive und begabte Sängerin Ann Sophie, keinen einzigen Punkt abbekam und auf dem letzten Platz landete. Dass es dem Gastgeberland Österreich genauso erging, ist nur ein schwacher Trost, immerhin hatten die Habsburger im Vorjahr mit Conchita Wurst triumphiert. So ein Sieg ist wie ein Hauptgewinn im Lotto. Er hält eine Weile vor.

Es wäre okay gewesen, wenn wir unter den 27 Teilnehmern irgendwo im Mittelfeld gelandet wären, wie bei den Pisa-Studien, sagen wir zwischen Montenegro und Rumänien, die 44 bzw. 35 Punkte bekamen. Aber null Punkte? Die Feuilletonisten raufen sich die Haare und können es nicht fassen. Wie konnte es passieren? Wo wir doch Exportweltmeister, Weltmeister der Herzen sind und Deutschland nach einer Umfrage der BBC das beliebteste Land der Welt ist.

Es liegt nicht an uns, aber es hat was mit uns zu tun. Man ist nicht ungestraft Klassenbester. Angela Merkel bestimmt, wo es in der EU langgeht, ihr Wort ist Gesetz. Überall in Europa knirscht es. Nur in Deutschland läuft alles wie geschmiert. Zumindest scheint es so.

Der Finanzminister legt einen ausgewogenen Haushalt vor, der Mindestlohn ist gesetzlich festgelegt, ebenso die Rente mit 63. Dank einer kreativen Statistik wurde die Arbeitslosigkeit praktisch abgeschafft. Ist es da ein Wunder, dass wir unseren Nachbarn unheimlich sind? Nein, ist es nicht. Der ESC in Wien war die ideale Gelegenheit, dem Musterknaben den Stinkefinger zu zeigen. Mögen deutsche Motorsägen weltweit die besten sein, in der Unterhaltung sind uns sogar die tiefgekühlten Schweden überlegen. Und eine platinblonde Russin, die Gagarina heisst. Wenn das nicht ballaballa ist.

Wohlstands-Schizophrenie

Von Silvio Borner — Im glücklichsten Land der Welt herrscht der Irrglaube, alles besser zu wissen. Wir setzen damit nicht nur unsere persönliche Freiheit, sondern auch unseren Wohlstand aufs Spiel.

Fast alle geben heute vor, «liberal» zu sein. Trotzdem sind politische Marktverzerrungen und Freiheitsbeschränkungen gewaltig auf dem Vormarsch. Es wimmelt nur so von Bindestrich-Liberalen wie Grün-Liberalen, Sozial-Liberalen, Links-Liberalen, die vor allem das sind, was vor dem Bindestrich steht. Die wenig verbliebenen echten Liberalen werden als Erz-liberale, Liberalkonservative, Neoliberale und sogar in diesem Blatt als «Klischee-Liberale» in die exotische Ecke gestellt. Die Politik will die Marktergebnisse sozial verbessern und den Einzelnen vor Ausbeutung durch andere, aber auch vor sich selber schützen.

Hinter all dem stecken ein gesellschaftlicher Wertewandel sowie eine zunehmende Polarisierung im politischen System. Wir setzen damit nicht nur unsere persönliche Freiheit, sondern auch unseren Wohlstand aufs Spiel. Gemäss WEF-Indikator sind wir bezüglich Wettbewerbsfähigkeit an der Spitze, und gemäss neuestem «World Happiness Report» der Uno sind wir die glücklichsten Menschen der Welt. Ist meine Skepsis also nur Jammern auf höchstem Niveau oder ein berechtigtes Unbehagen? Ich erkenne zwei klare Trends zu einer wachsenden politischen Unsicherheit.

Der erste ist die Ablösung der Konkordanz durch die Polarisierung im politischen System. Noch in den siebziger Jahren haben die bürgerlichen Bundesratsparteien bei Volksabstimmungen zu neunzig Prozent gleichlautende Parolen abgegeben. In der jetzigen Legislaturperiode ist dieser Prozentsatz auf weniger als die Hälfte gesunken. Die einzige Nichtabweichter-Partei ist die FDP. Die SP hat schon früher bei etwa der Hälfte der Abstimmungen für die Opposition plädiert. In der laufenden Legislaturperiode hat die SVP ein ähnliches Oppositionsniveau erreicht. Die Polarisierung ist somit perfekt.

Verzicht ersetzt den Fortschritt

Das Problem lässt sich jedoch nicht primär auf die direkte Demokratie, sondern auf Parlament und Bundesrat zurückführen. Vor allem rot-grüne Initiativen werden vom Volk wie eh und je wuchtig abgelehnt. Schlimmer sind deshalb die unnötigen Gegenvorschläge des Bundesrats wie im Falle der «Ernährungssicherheit» oder der «grünen Wirtschaft», aber mehr noch die internen parlamentarischen Vorstösse. Trotz der bürgerlichen Volksentscheide operieren

Bundesrat und Parlament immer mehr links der Mitte. Der Grund ist einfach: Die neue Mitte im Parlament von CVP, BDP und GLP hat kein eigenes Profil und unterstützt immer mehr gemeinsam oder einsam linke und grüne Anliegen. Während am linken Rand die Grünen die SP links überholt haben, versucht sich am rechten Rand die FDP krampfhaft linksliberal von der SVP abzugrenzen. Das verführt (oder zwingt) die BDP, die GLP, aber auch die CVP dazu, sich bei den Linken abzusichern. Hier kann nur eines Abhilfe schaffen: Die bürgerliche Mehrheit soll im Herbst so wählen, wie sie abstimmt. Also keine Stimme für Parteien, die mit ihren Parolen marktfeindliche Initiativen unterstützt haben.

Das zweite Phänomen bezeichne ich als Wohlstandsverwöhnung oder pointierter als Wohlstands-Schizophrenie. Wir haben wirtschaftlich fast alles erreicht und erliegen dabei dem Irrglauben, alles besser zu wissen und bes-

ser zu machen. Wachstum und Globalisierung sind nicht mehr prioritär, sondern führen zu «Dichtestress», Ungleichheit, Überfremdung oder ökologischem Untergang. Wachstums- und Technologiefreundlichkeit, aber auch Protektionismus erfassen breite Kreise. Forderungen nach Verzicht oder Genügsamkeit ersetzen Fortschritt und Effi-



zienz. Aber wehe, wenn der Ausbau des Sozialstaates vor dem Hintergrund der demografischen Wende gebremst, der Wohnbau verdichtet oder die Studiengebühren leicht angehoben werden sollen. Dann spricht man schnell von «Sozialabbau», «Rentenklaue», Landschaftszerstörung oder Verrat an der Chancengleichheit.

Mit der Schuldenbremse haben wir das Wachstum der offiziellen Staatsausgaben in den Griff bekommen. Aber umso geschmierter läuft jetzt die Regulierungsmaschine, die dem privaten Sektor vielleicht noch grösseren Schaden zufügt als höhere Steuern, weil Kosten nicht explizit in Rechnung gestellt werden. Umgesetzt wird das alles dank naiver Staatsgläubigkeit bis weit in bürgerliche Kreise hinein. Die Hauptrolle spielt hier – dank schwachem Bundesrat und Parlament – die allmächtige Verwaltung. In immer mehr zentralen Sektoren wie Verkehr, Umwelt, Gesundheit, Bildung und, besonders ausgeprägt, Energie setzt sie die Agenda und übernimmt auch gleich das Zepher.

Grosse Mauer auf dem Meer

Von Hansrudolf Kamer — China wandelt in der Südchinesischen See Riffe und Felsen in Inseln um. Sie sollen Gebietsansprüche untermauern und als Militärbasen dienen.



Satellitenbilder von der Südchinesischen See zeigen, dass Chinas Territorium in den letzten Monaten gewachsen ist. Doch nicht nur das chinesische – auch Vietnam und Taiwan haben gelernt, in

den umstrittenen Gewässern durch Aufschüttungen territoriale Ansprüche zu markieren. In dieser strategisch wichtigen Konfliktzone versuchen alle, neue Tatsachen zu schaffen.

Wegen seiner Grösse und wirtschaftlichen Potenz ist China der Hecht im Karpfenteich. Es hat allein um die Spratly-Inseln, die auch von Vietnam und andern Anrainern beansprucht werden, sieben Riffe und Atolle zu kleinen Inseln aufgeschüttet. Auf dem Fiery Cross Reef soll sogar eine Landebahn gebaut werden. Hafeneinrichtungen, Radarstationen, Überwachungs- und Kommunikationsanlagen kommen hinzu.

Admiral Harry Harris, der Befehlshaber der amerikanischen Pazifikflotte, spricht von einer «Grossen Mauer aus Sand», die das Reich der Mitte mit Bulldozern und Schwimmbaggern auf dem Meer errichte. Bei seinem jüngsten Besuch in Peking machte der amerikanische Aussenminister John Kerry auf die wachsenden Spannungen aufmerksam und forderte die Gastgeber auf, im Rahmen der Asean über die verschiedenen Gebietsansprüche zu verhandeln.

Kerry handelte sich eine deutliche Abfuhr ein. China steckt keineswegs zurück. Im Gegenteil: Es verlangt von andern Nationen, eine Zwölf-Meilen-Zone um die Neuaufschüttungen zu respektieren und sich nicht ohne Bewilligung in diesen Gewässern zu bewegen oder sie zu überfliegen.

Nach dem Uno-Seerechtsabkommen gelten künstliche Aufschüttungen und Anlagen nicht als Inseln und können deshalb keine Souveränitätsansprüche begründen. Die Landgewinnung an sich, so erklärte jüngst ein Beamter des US-Aussenministeriums in einem Kongress-Hearing, sei allerdings kein Problem. Nur damit verbundene Hoheitsansprüche seien widerrechtlich.

Doch der rechtliche Aspekt ist ohnehin nicht der wichtigste. Vor kurzem forderte die chinesische Kriegsmarine ein amerikanisches Posei-

don-Aufklärungsflugzeug über den Spratlys auf, den Luftraum zu verlassen. Der Pilot weigerte sich und verwies darauf, dass er sich in internationalem Luftraum befinde.

Der Vorbei- oder Überflug sollte signalisieren, dass Washington die Freiheit der Seefahrt und die maritimen Rechte anderer Staaten der Region verteidigen will. In der Vergangenheit hat die chinesische Küstenwache philippinische Boote aus Fischereigründen verjagt, vietnamesischen Forschungsschiffen Kabel durchschnitten und die amerikanische Navy eng beschattet. Das Potenzial für eine Eskalation ist vorhanden.

Die Amerikaner haben in den letzten Monaten ihre Politik gegenüber China auch klar verschärft. Als die Chinesen gegen Ende 2013 eine neue Luftüberwachungszone in der Ostchinesischen See ankündigten, flogen zwei B-52-Bomber postwendend durch diesen Luftraum. Wenig später schwächten die Amerikaner die öffentliche Wirkung der Machtdemonstration wieder ab mit dem Hinweis, dieser Überflug sei seit längerem geplant gewesen.

Diesmal nicht. So wurde eigens eine Fernseh-Equipe von CNN für die Exkursion zu den Spratlys eingeladen, um die Öffentlichkeit auf den Inselbau Chinas aufmerksam zu machen. Aus dem Pentagon wurden Pläne laut, man werde die Navy in die umstrittenen Gewässer

schicken, um den Regeln der internationalen Seefahrt Nachachtung zu verschaffen.

Dabei hat wohl niemand ein Interesse an einer Eskalation. China auch nicht. Doch sein Vorgehen fordert die Amerikaner heraus, und diese tun sich mit einer Antwort schwer. Es ist das klassische Dilemma der Hegemonialmacht gegenüber einer revisionistischen Provokation.

Admiral Locklear, Chef des Pacific Command, erklärte vor dem Kongress, wenn der Inselbau so weitergehe, werde China mit der Zeit eine De-facto-Kontrolle über das Gebiet ausüben, auf das es Anspruch erhebe. Und dieses umfasst nach der Karte, die die Republik China (heute Taiwan) 1946 publizierte, praktisch die ganze Südchinesische See.

Muskulöser chinesischer Nationalismus

Chinas Aussenpolitik und seine strategische Ausrichtung sind klarer und rigider geworden. In den letzten Jahren ist es der Pekinger Führung nicht mehr gelungen, mit den Nachbarn Grenzkonflikte zu bereinigen und Kompromisse zu finden. Xi Jinping verkörpert den neuen muskulösen chinesischen Nationalismus, der als Legitimationsquelle für die Parteiherrschaft dienen muss, wenn das Wirtschaftswachstum zurückgeht, Korruption die Gesellschaft korrodiert und der Reformdrang sich aufstaut.

Xi Jinping schlägt die aussenpolitische Vorsicht Deng Xiaopings in den Wind und prüft, wie weit er gehen kann. Vorerst verändert sich das Machtgleichgewicht in der Südchinesischen See schnell zugunsten Chinas. Dies zwingt die Amerikaner – selbst unter der schwachen Präsidentschaft Obama –, Farbe zu bekennen und sich stärker zu engagieren. «Leading from behind» hat ausgedient.



Potenzial für eine Eskalation: Schiffe schaffen Sand auf Atoll im südchinesischen Meer.

Die Doppelstrategie aus Reinach.

Von Christoph Mörgeli

Im Kalten Krieg verfolgte Moskau die Doppelstrategie, global mit den USA gleichzurüsten und ausserdem in Europa machtpolitisch die erste Geige zu spielen. Im Afghanistan-Krieg verkündete Washington die Doppelstrategie, mit immer mehr Truppen den Sieg gewaltsam zu erzwingen, um fast gleichzeitig mit Truppenabzügen den Konflikt beilegen zu wollen. Moskau ist mit seiner Doppelstrategie fulminant gescheitert. Washington ist mit seiner Doppelstrategie fulminant gescheitert. Wird jetzt eine Doppelstrategie aus dem aargauischen Reinach fulminant gelingen?

FDP-Präsident Philipp Müller präsentierte in der *Sonntagszeitung* seine Doppelstrategie zur Lösung des Streits zwischen der Schweiz und der EU. Bei der verzackten Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sollen wir Brüssel zuerst mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit drohen, um das Kontingentsystem doch noch zu retten. Bei einem allfälligen EU-Nein, das der Reinacher Doppelstrategie nicht völlig ausschliesst, müsste das Schweizer Volk in einer neuerlichen Abstimmung entscheiden, ob es lieber an den Kontingenten oder an den bilateralen Verträgen festhalten will.

Natürlich weiss auch Philipp Müller, dass die Verantwortlichen der Europäischen Union nicht dermassen dumm sind, die ungeliebte Variante A zu schlucken, wenn man ihnen gleichzeitig die schmackhaftere Variante B in Aussicht stellt. Tatsächlich hat unser Souverän im Wortlaut beschlossen, die Massenzuwanderung mit Kontingenten und Inländervorrang zu beschränken. Einzig dies darf in Brüssel verhandelt werden, und zur Durchsetzung dieses Verfassungstextes ist notfalls die Personenfreizügigkeit zu kündigen.

Fulminant aufgelaufen sind jedenfalls die Verlierer mit ihrer Doppelstrategie, im Vorfeld der Abstimmung und im Nachgang der Abstimmung mit Isolation, Abschottung und wirtschaftlichem Niedergang zu drohen: 2015 dürften rekordhohe 100 000 Ausländer zuwandern. Der starke Franken hält sie nicht ab, sondern garantiert vergleichsweise noch höhere Löhne, während die Firmen dank jungen, billigen Zuwanderern Kosten senken. In Wirklichkeit war Müllers Doppelstrategie eine doppelte Doppelstrategie: Sie sollte ein streng geheimes FDP-Papier jedermann bekanntmachen. Und sie sollte ablenken von der eindrucksvollen Pirouette des FDP-Chefs im Fall Christa Markwalder.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Steuerhinterziehergeheimnis futsch

Von Peter Bodenmann — Bankier Portmann versenkt Bankier Matter mit Subito-Steuer-Amnestie.



Tempo Teufel: Paradeplatz in Zürich.

In Marignano kämpfte ein Teil der Schweizer Söldner gegen die Franzosen. Der grösste Kriegshetzer war der Walliser Kardinal Matthäus Schiner, der gar kein Schweizer war. Weil das Wallis ja erst 300 Jahre später der Schweiz beitreten musste. Auf Befehl aus Wien.

Vor der Niederlage wollten nur Berner, Solothurner, Walliser und Bieler unter den Rock des französischen Königs kriechen. Nach der Niederlage verpflichteten sich alle Kantone, die zur Schweiz gehörten und keine Untertanengebiete waren, den französischen Königen während der nächsten Jahrhunderte laufend 16 000 Söhne der Alpen als Kanonenfutter zu liefern. Und dies im Rahmen der «Ewigen Richtung», eines bilateralen Subordinationsvertrages. Die politische Schweiz war realistisch und opportunistisch. Und dies auf Kosten jener jungen Männer, die in der Heimat keine Zukunft hatten. Und deshalb als Söldner verkauft wurden, in der Fremde starben oder als Krüppel zurückkehrten.

Das Bankgeheimnis, genauer das Steuerhinterziehergeheimnis, ist international tot. Niemand will mehr darüber reden. Alle tun so, als ob sie damit nichts zu tun gehabt hätten. Neu prangert die Schweiz Steuersünder per Amtsblatt an. Die technischen Möglichkeiten der amerikanischen Geheimdienste haben den Schweizer Widerstand gleich erfolgreich pulverisiert wie einst die französischen Kanonen. Die Kapitulation erweist sich als Segen. Den Schweizer Banken geht es besser als er-

wartet. Die Welt ist ein Dorf. Wer international im Kampf gegen Steuerhinterziehung Amtshilfe leistet, kann technisch und faktisch das Steuerhinterziehergeheimnis nicht aufrechterhalten. Weil die Steuerbeamten neu ja alle schwarzen Konten für das Ausland zusammenstellen müssen. Deshalb sind die Banken neu gegen die Volksinitiative des SVP-Nationalrates Matter. Weil diese ihren Interessen schadet.

Seit Jahr und Tag ist klar: Es gibt für die bürgerlichen Parteien nur einen Ausweg – eine grosszügige nationale Steueramnestie für alle hier steuerpflichtigen Sünder. Erstens, weil es viel mehr Schwarzgeld gibt als bisher zugegeben. Und weil zweitens das Bundesgericht in Sachen Tessin entschieden hat, dass nicht einzelne Kantone ein verfassungswidriges Sonderzüglein fahren dürfen. Der erste, der dies alles zugibt, ist der freisinnige Zürcher Bankier und Nationalrat Hans-Peter Portmann. Für ihn muss jetzt alles Tempo Teufel gehen. Die SVP wird keinen Widerstand leisten. Das Bundesgericht kann keinen Widerstand leisten.

Genauso wird es mit der Personenfreizügigkeit gehen. FDP-Müller ist neu für eine EU-kompatible Umsetzung der angenommenen Initiative. Falls die EU hart bleibe. Cameron wird die Blaupause liefern.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Mehr zum Thema: Seite 33

«Wie unsere Recherchen zeigen»

Von Kurt W. Zimmermann — Wenn du ein Telefon in die Hand nimmst, bist du im heutigen Journalismus ein Held der Enthüllung.

Die Zuschauerzahlen von Roger Schawinski. «*Sonntagsblick*-Recherchen zeigen: Die Quoten seiner Talks sind eher mager.»

Ein Hundebiss an einer Rentnerin. «Recherchen von *20 Minuten* haben ergeben, dass der Rottweiler einer Bauernfamilie gehört.»

Die Ehe-Steuer der CVP. «Recherchen des *Tages-Anzeigers* zeigen, dass die CVP-Spitze in Olten über die Initiative gesprochen hat.»

Die Sparbemühungen der Post. «Wie «Rundschau»-Recherchen zeigen, will die Post die heute grosszügigen Dienstaltersgeschenke kürzen.»

Ein kaputter Brunnen in Biel. «Wie *Bieler-Tagblatt*-Recherchen ergeben haben, wurden die Steinreste längst entsorgt.»

Recherchen, Recherchen, Recherchen. Wir leben in Zeiten des harten, investigativen Journalismus. Erbarmungslos kommt die Wahrheit ans Licht. Den fünf Eingangszitaten aus letzter Zeit könnten wir Hunderte von ebenso überdrehten Höchstleistungen des Recherchierjournalismus anfügen.

Recherche ist in den Medien die Obsession der Gegenwart. Sie ist zum Gütezeichen des Journalismus geworden, bis hin zum absurden Selbstlob, wonach sich rund um alltägliche TV-Talks, Hundebisse und kaputte Brunnensockel – «wie unsere Recherchen ergaben» – eine Art Watergate-Stimmung breitgemacht habe.

Die Obsession mit der Recherche hat zwei Gründe. Zum einen spiegeln sich darin die veränderten Arbeitsbedingungen der Branche wider, zum anderen die wachsende Konkurrenz durch die neuen Medien.

Journalisten haben heute kaum noch Zeit. Redaktionen von Regionalblättern etwa stehen unter stetem Verwertungsdruck. Oft basieren ihre Artikel ausschliesslich auf Datenbanken und auf Informationen, die im Internet abzugreifen sind. Wenn sie einmal echte Aussenkontakte haben, ist das so sensationell, dass sie gleich anmerken müssen: «wie Recherchen zeigen».

Echte Recherche ist definiert als detektivisches Zusammentragen vielfältigster Informationen. Unsere fünf Eingangsbeispiele haben damit nichts zu tun. Eine Mail an den TV-Pressedienst, ein Telefonat mit dem Polizeisprecher, ein Talk mit dem CVP-Parteisekretär, ein Anruf beim Gewerkschafter und ein Kontakt mit dem Denkmalamt – und schon sind fünf weltbewegende Recherchen abgewickelt. Früher sagte ein Redaktor: «Ich musste noch kurz telefonie-



Selbstlob stinkt nicht mehr.

ren.» Heute sagt er: «Wie meine umfassenden Recherchen zeigen.»

Im Internetzeitalter ist den Zeitungen wie der TV-Information ihre frühere Legitimation abhandengekommen. Mit Berichterstattung allein, und mag sie noch so gut sein, können sie heute nicht mehr punkten. Das schaffen die Online-Medien nicht viel schlechter, und vor allem viel schneller.

Also mussten die alten Redaktionen ein neues Differenzierungsmerkmal finden. Sie fanden es in der Eigenleistung. Eigene Recherchen, eigene Enthüllungen und eigene Aufdeckungen wurden zum neuen Markenzeichen, mit dem man sich gegen die schnelle Internetkonkurrenz abgrenzen konnte.

Selbstlob stinkt darum nicht mehr. «Wie Recherchen zeigen» und «Wie Recherchen ergaben» können wir darum fast täglich auch in Titeln aus seriösen Häusern wie Tamedia und NZZ lesen. Noch extremer treiben es die TV-Formate «Kassensturz» und «Rundschau». Kaum eine Sendung wird hier noch ausgestrahlt, ohne dass selbstgefällig auf eigene «Recherchen» verwiesen wird. TV SRF versteht sich in schon fast bizarrer Weise als staatlich finanzierte Enthüllungsmaschine.

Neunzig Prozent all der Recherchen in Presse und TV sind keine Recherchen. Sie sind billige Prahlerei. Etikettenschwindel ist die neue Branchenkultur.

Mist messen

Von Beatrice Schlag — Der medizinische Check-up.

Ein Bekannter, gerade vierzig geworden, bat seinen Hausarzt um einen Check-up. Der fragte, ob er irgendwelche Beschwerden habe. Er hatte keine. Auch war er nicht übergewichtig, nicht abhängig von Medikamenten oder illegalen Drogen, trank mässig und rauchte kaum. In der nahen Familie gab es keine Krebserkrankungen. «Dann brauchen Sie keinen Check-up», sagte der Arzt, «Sie sind kein Auto, das ab und zu einen Service braucht. Wenn Ihr Körper keine ungewöhnlichen Signale gibt, werde ich auch nichts finden.» Er erklärte, dass es einige sinnvolle Untersuchungen für Männer in seinem Alter gebe, Blutdruck, Blutfette, Blutzucker. Mehr bringe nichts ausser Geld für den Arzt. Der Bekannte war konsterniert und auch etwas enttäuscht. In seiner Firma wurden Kadermitglieder regelmässig zum Check-up aufgefordert. Manche unterzogen sich dabei auch einer Computertomografie oder einem MRI. «Unnötige Strahlenbelastung», sagte sein Arzt ungerührt, «wer viel misst, misst auch viel Mist.»



Dass Check-ups bei der Mehrheit symptomfreier Menschen hinausgeworfenes Geld sind, beweisen seriöse Studien seit Jahren. Trotzdem gibt es in der Schweiz nach wie vor medizinische Check-up-Zentren und Kliniken, die Check-up-Wochenenden anbieten. Sie werden vor allem von Männern genutzt. Das scheint deswegen überraschend, weil bekanntlich sehr viel mehr Männer als Frauen Angst vor dem Arzt haben. Aber es ist kein Widerspruch. Der Arzt, der meinem Bekannten den Check-up verweigerte, befragte ihn danach ausführlich. Gab es neue Umstände in seinem Leben, die ihn besorgt machten? Hatte er in seinem Umfeld oder im Fernsehen von einer schweren Krankheit gehört, deren Symptome er auch zu haben meinte? Litt er unter Stress und fürchtete sich vor einem Herzinfarkt? Hatte er Zufallssex mit jemandem gehabt, bei dem er sich mit einer Geschlechtskrankheit hätte anstecken können? Mein Bekannter fragte nach dem Grund für das Gespräch, nachdem er doch gar nicht auf Herz und Nieren untersucht werden sollte. Der Arzt lachte: «Wissen Sie, wie viele Patienten einen Check-up verlangen, weil sie vor etwas Angst haben, das sie nicht laut sagen wollen? Erst wenn ich das herausfinde, weiss ich, was ich untersuchen muss.»

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man seinem Hausarzt die Gegenfrage stellen und sich nach seinem eigenen Wohlbefinden erkundigen? *Adrian Marbach, Sursee*

Nein, Sie zwingen ihn allenfalls zu lügen, wonach es ihm schlecht gehen würde. Vielleicht sind Sie ein Simulant, der bloss eine zusätzliche Woche Ferien will, allenfalls sind Sie ein Patient, der Wikipedia auswendig gelernt hat, oder noch schlimmer, Sie sind ein Gläubiger der Alternativmedizin. Eine Verbrüderung mit Ihnen würde in jedem Fall dazu führen, dass Sie Ihren Arzt auf eine nette Art belehren wollen. Merke: Ist jemand wirklich krank, liegt ihm das eigene Wohlergehen näher als dasjenige des Arztes. *Beda M. Stadler*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Burger Kim» nutzt auf perfide Art und Weise unser lahmes Justizsystem aus.» *Alois Staub*

Zum Zahlen verdammt

Nr. 21 – «Sie nennen ihn Burger Kim»; Alex Baur über Roman Burger

Besten Dank für den aufschlussreichen Beitrag. «Burger Kim» nutzt auf perfide Art und Weise unser lahmes Justizsystem aus, um in der unter Termin- und Gelddruck stehenden Baubranche erpresserisch abzukassieren. Der Anständige hat leider praktisch immer das Nachsehen, weil er unter Zeitdruck steht und jeder Tag, an dem nicht gearbeitet wird, erhebliche Kosten nach sich zieht. Das weiss «Burger Kim» ganz genau. Der Unternehmer ist dazu verdammt, das kleinere Übel – erpresserische Zahlungen an die Gewerkschaft – zu wählen. Ich würde jedem Bauunternehmer raten, den roten Terrorbrigaden mit der gleichen Methode zu begegnen.

Alois Staub, Hagendorn

Man schaut lieber weg

Nr. 21 – «Die Schweiz ist offen wie ein Scheunentor»; Wolfgang Koydl über die Zuwanderung

Da stehen sie in Reih und Glied, die Schweizer Grenzwächter in Chiasso, wohl eher zur Abschreckung von «Schweinsfilet-Touristen», die ein paar Gramm zu viel Fleisch im grenznahen Ausland eingekauft haben – und Vorsicht, da zeigen diese Grenzwächter auch «Zähne» und können unerbittlich «zuschlagen». Ist man dagegen als illegaler Einwanderer unterwegs, darf man mit vom Steuerzahler bezahlter staatlicher Hilfe rechnen. Warum noch arbeiten? Unsere Behörden sind ja vor allem gegen ebendiese Erwerbstätigen in der Schweiz voll im Einsatz. Das gleiche Bild zeigt sich auch im Strassenverkehr: Wehe, wer ein paar Kilometer zu schnell unterwegs ist – der wird abkassiert, bei Illegalen und Drogenhändlern schaut man jedoch lieber weg.

Peter Jordi, Biberist

Flüchtlinge oder Migranten?

Nr. 21 – «Afrika in Amden»; Alex Reichmuth über ein geplantes Asylzentrum

Die Mehrzahl der Einwohner von Amden macht vielleicht still die Faust im Sack; auch ich habe eine gewisse Sympathie für die «Aktivisten», die sich gegen eine zwangsweise Einquartierung von sogenannten Flüchtlingen zu artikulieren versuchen. Was ist überhaupt ein «Flüchtling»? Ein Flüchtling ist eine Person, «die aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten

sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich ausserhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.» (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951). Menschen verlassen ihre Heimat aus unterschiedlichen Gründen, zum Beispiel wegen des verständlichen Wunschs nach einem besseren Leben. Aus völkerrechtlicher Sicht muss man jedoch zwischen jenen, die ihre Heimat verlassen mussten, und jenen, die «freiwillig» aus wirtschaftlichen Gründen ihrem Land den Rücken kehrten, unterscheiden. Flüchtlinge werden zur Flucht gezwungen, Migranten hingegen suchen ihren wirtschaftlichen Status zu verbessern. Auch die sogenannten Boat-People, die sich in Booten von der afrikanischen Küste nach Europa aufmachen, sind überwiegend Migranten.

Karlheinz Vaishar, St. Gallen

Der Autor schreibt sehr treffend und informativ über die Verhandlungen mit den Behördenvertretern vom Kanton St. Gallen. Die *Weltwoche* ist die einzige Zeitung, die das tatsächliche Verhalten der Amler Bevölkerung wiedergibt. Die *Südostschweiz* zum Beispiel schreibt immer nur von gehässigen Debatten, fremdenfeindlichen Äusserungen und Ablehnung der Bevölkerung und giesst so Benzin ins Feuer. Diesen und andern Äusserungen ist es zu verdanken, dass sich der Präsident der Jungsozialisten (Juso), Fabian Molina, genötigt fühlte, eine Klage wegen Fremdenfeindlichkeit gegen Amden zu starten. Im Weiteren droht er öffentlich an, dass die Juso Amden zukünftig als Ferienort meiden wollen. Tatsache ist auch, dass Amden schon vor Jahren mit Asylanten Probleme hatte und die Feuerwehr mehrere Male deswegen ausrücken musste. Zwar bin ich auch nur ein Zugezogener in Amden, aber als Milchmesser bei den Bauern weiss ich, wo die Amler der Schuh drückt!

Kurt Waldvogel, Amden

Ich habe grosse Mühe zu glauben, dass die Baldegg-Schwester wirklich alles versucht haben, um ihr Haus einem andern Zweck zuzuführen. Wie wäre es zum Beispiel mit einem Ferienheim für minderbemittelte Schweizer Familien (die gibt es wirklich), die sich keine Ferien leisten können? Ach ja, ich habe vergessen, dass wir Schweizer hinten anstehen müssen. Priorität haben Scheinasylanten, die sich eine bis zu 6000 Euro teure Reise leisten können und unser System auszubeuten.

Anita Vaucher per E-Mail

Chancengleichheit

Nr. 21 – «Gefährliche Verlockungen»;
Kurt Schiltknecht über die Erbschaftssteuer

Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer auf grosse Vermögen ist im Sinne der Chancengleichheit der Jungen und der Gerechtigkeit sinnvoll. Der Erbkreislauf verschiebt sich mit dem Älterwerden nach hinten; die Erben sind meist über fünfzig Jahre alt. Die Existenzgründer sind ausgeschlossen. Um die AHV-Beiträge der Berufstätigen tief halten zu können, gehen gemäss der Erbschaftssteuerreform-Initiative zwei Drittel der Einnahmen an die AHV. Ein Drittel der Einnahmen aus der nationalen Erbschaftssteuer geht gemäss Initiative an die Kantone. Damit liessen sich die kantonalen Vermögenssteuern reduzieren, was die Bildung von kleinen Vermögen und das Amortisieren von Hypotheken begünstigen würde. *Alex Schneider, Küttigen*

Wohltuender Beitrag

Nr. 21 – «So motiviert man Politiker»;
Klaus J. Stöhlker über Lobbying

Seit der «Affäre Markwalder/Kasachstan» ist vor allem in den Printmedien eine Flut von Beiträgen publiziert worden, darunter sehr viel Unsinn. PR-Altmeister Klaus J. Stöhlker zeigt in seinem sich wohltuend vom Medien-Main-

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

stream abhebenden Essay auf, dass Lobbying viele Facetten hat und nicht nur negativ behaftet sein muss. *Friedrich Kugler, Bronschhofen*

Grosse Ernüchterung

Nr. 20 – «Lob den Bauern»;
Editorial von Roger Köppel

Die Lobhudelei auf den Schweizer Bauernstand ist eine grosse Ernüchterung. Vorbei die erfrischend liberalen Positionen, die der Autor bisher prägnant vertreten hat. Die Vorfreude, dass er als Politiker etwas frischen Wind in die im Grundsatz richtigen Ideen der SVP bringen

könnte, ist einstweilig verfliegen. Ein Trost bleibt: Die *Weltwoche* scheint von Roger Köppels parteipolitischer Anbiederung verschont zu bleiben. Ich rechne es seiner Zeitung hoch an, dass sie die nüchterne und frei von folkloristischem Dünkel gehaltene Gegendarstellung von Hans Rentsch publiziert hat. Mir bleibt die Hoffnung, dass Köppel bis zu den Wahlen wieder zu seiner umfassend liberal geprägten Form zurückfindet.

Christoph Frei, Kaltbrunn

«Rassismus» klingt einfach reisserischer

Nr. 20 – «Der Wortwächter»;
Rico Bandle über David Gibor

Es ist kaum zu glauben, dass auch sogenannt gelehrte Leute immer noch den Ausdruck Rassismus für jede Diskriminierung, Beleidigung, Verspottung et cetera gebrauchen. Juden gegen Christen gegen Muslime hat nichts mit Rasse, sondern mit Religion zu tun, welche rassenübergreifend ist. Schweizer gegen Türken gegen Ex-Jugoslawen ist Politik innerhalb der gleichen Rasse. Der Ausdruck Ethnie wiederum kann religions- und/oder rassenübergreifend gemeint sein. «Rassismus» klingt einfach reisserischer. Das ist alles. Vielleicht kann ja auch unser Wortwächter Gibor doch noch etwas lernen.

Mark Gasche, Kirchberg



Es gibt nicht die Belegschaft.
Es gibt nicht das KMU.

Jedes Unternehmen ist einzigartig. Deshalb bieten wir Ihnen passgenaue Versicherungslösungen, die Sie vor den finanziellen Folgen krankheits- oder unfallbedingter Abwesenheiten schützen.

Lassen Sie sich von uns beraten per Telefon 058 277 18 00 oder auf www.css.ch/unternehmen. **Ganz persönlich.**



Neue Horizonte

Die Pränataldiagnostik ist ein heisses Eisen. Mediziner und Ethiker streiten sich. Ungeachtet ihrer Bewertung: Die neuen Methoden bieten faszinierende Einsatzmöglichkeiten. *Von Sarah Pines*

Entwertet die Vernichtung eines genetisch defekten Embryos existierendes behindertes Leben? «Natürlich hat die Angst vor der Eugenik gute historische Gründe», antwortet Klaus Birnstiel. «Doch bestimmte apokalyptische Vorstellungen helfen einer Gesellschaft nicht weiter, insbesondere dann, wenn sie sich vom technischen Fortschritt überfordert fühlt.»

Birnstiel selbst ist an unspezifischer Muskeldystrophie erkrankt, sitzt seit frühester Kindheit im Rollstuhl und wird durch einen in den Hals führenden Plastikschlauch beatmet. «Es gibt viele Behinderungen, die nicht angeboren, sondern erworben sind», fährt der Germanist mit seiner intensiven, leicht knarrenden Stimme fort. «Querschnittslähmungen nach Motorradunfällen zum Beispiel. Deshalb glaube ich nicht, dass trotz Entwicklungen in der Fortpflanzungsmedizin die Behinderten von der Bildfläche verschwinden werden.» Ein kurzes Schweigen, dazu das rhythmische Geräusch von Atemschläuchen. Auch sollte die individuelle Entscheidung von Mann und Frau nicht mit staatlich angeordneten Euthanasieprogrammen gleichgesetzt werden.

«Das Thema ist ein Dampfkochtopf»

Zurzeit wird in der Schweiz diskutiert, ob die Präimplantationsdiagnostik (PID) – die Untersuchung eines in vitro gezeugten Embryos auf mögliche Gendefekte – rechtlich zugelassen werden soll. Opponenten der PID erachten bereits die Verschmelzung von Eizelle und Spermium «im Glas» als Beginn schützenswerten Lebens: Die Selektion und Vernichtung genetisch geschädigter Embryonen trage eugenische Züge. Andere entwerfen düstere Szenarien einer fortschrittssüchtigen Medizin. Die gesellschaftliche Tendenz zur Optimierung von Menschen könne in der Fortpflanzungsmedizin ausarten: Neben der Verhinderung von schwersten genetischen Defekten lasse sich auch das Geschlecht, die sexuelle Orientierung, Augen- und Haarfarbe, Intelligenz und Schönheit auswählen, kurz, es würden «Designerbabys» geschaffen. Bedenken kreisen auch um das Sozialgefälle. Die nicht von Kassen bezahlte PID erlaube wohlhabenden Eltern die Auswahl gesünderer Kinder mit körperlichen oder geistigen Gaben, während Mängel wie Fettleibigkeit, Alkoholismus oder psychische Krankheiten in die unteren Gesellschaftsschichten verbannt würden. Nicht zuletzt werde durch die PID auch das Leben von behinderten oder eingeschränkten Menschen

stigmatisiert und abgewertet, gleichzeitig stünden die Eltern unter Druck, per Gentest ein perfektes Kind schaffen zu müssen.

Für Befürworter der PID sei die Methode forschungsfreundlich und liberal, ihr Verbot hingegen «reproduktives Roulette», so ein Vertreter des amerikanischen Institute for Human Reproduction; eine andere Stimme spricht von «genetischem Würfelwurf». Bei der PID stehe ebenfalls die Menschenwürde im Vordergrund, allerdings die der werdenden Eltern, die sich für oder gegen ein krankes Kind entscheiden. Eine eugenische Welt von Designerkindern? Professor Bruno Imthurn von der Klinik für Reproduktions-Endokrinologie am Universitäts-

«Es ist nur natürlich, dass Eltern ihren Kindern einen guten Start ins Leben ermöglichen wollen.»

spital Zürich widerspricht. Ruhig sitzt der Arzt hinter einem stählern-schwarzen Schreibtisch im Klinikbüro. Vor der dunklen Tischplatte fluoresziert sein weisser Kittel noch ein wenig heller, hinten an der Wand wabert ein Bild auf dem Computerschirm.

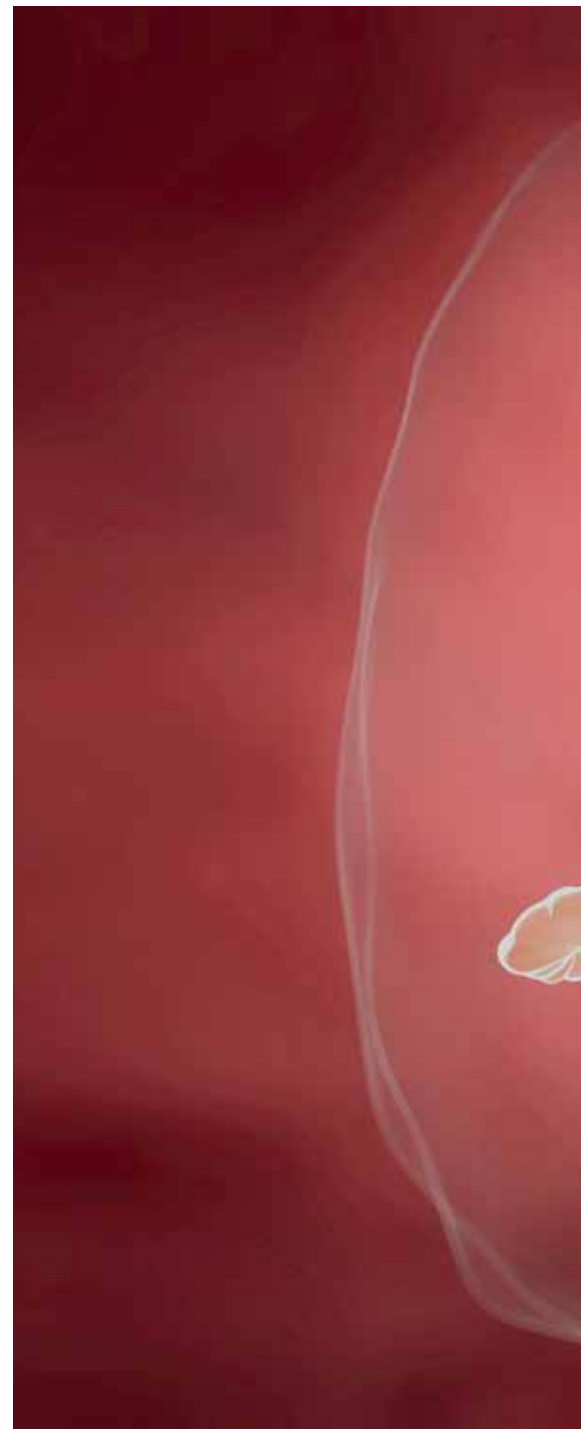
«Das Thema PID ist in der Schweiz ein Dampfkochtopf», beginnt Imthurn. «In Europa ist die medizinische Entwicklung fortgeschritten, in der Schweiz ist die Zeit stehengeblieben. Es interessiert vor allem der Skandal, wie die ukrainischen Vierlinge einer 65-Jährigen – so kommt die Fortpflanzungsmedizin in Verruf.» Die PID aber «möchte Paaren helfen, die eine schwerste genetische Erkrankung in sich tragen», erklärt Imthurn, «und die sich entschlossen haben, diese Krankheit nicht an ihre Kinder weiterzugeben. Es ist aus meinem Blickwinkel nur natürlich, dass Eltern ihren Kindern einen möglichst guten Start ins Leben ermöglichen wollen. Ein von mir behandeltes Paar zum Beispiel ist Träger der Glasknochenkrankheit. Viermal wurde am Fötus bei der genetischen Untersuchung in der zwölften Schwangerschaftswoche die Glasknochenkrankheit festgestellt, insgesamt wurden vier Abbrüche vorgenommen. Die Frau hat also viermal gehofft, viermal gebangt und vier schmerzliche Schwangerschaftsabbrüche durchlebt, ihre Alternative wäre eine PID.»

Der Testinhalt der PID gleicht der in der Schweiz bereits zugelassenen Pränataldiagnostik (PND): Ab der elften Schwangerschaftswoche

«Das heutige Vorgehen ist einer humanistischen

wird eine Blutprobe der Mutter oder eine Gewebeprobe des Kindes auf die häufigsten Chromosomenstörungen im Kind untersucht, darunter Down-Syndrom oder Erbkrankheiten, die sich durch eine reduzierte Lebenserwartung und ein besonders schweres Krankheitsbild auszeichnen. Beispiele dafür sind chromosomale Translokationen, die keineswegs selten auftretende zystische Fibrose, unheilbar fortschreitender Muskelschwund (Duchenne-Erkrankung, Curschmann-Steinert-Erkrankung) oder auch der Veitstanz.

Auch Paare mit Fruchtbarkeitsstörungen und Frauen mit einem hohen Fehlgeburtsrisiko könnten von der PID profitieren. Hingegen, so Imthurn, berge die Beschränkung auf die Pränataldiagnostik ab der elften Schwan-





Gesellschaft, wie wir in der Schweiz sie sein wollen, unwürdig.»

gerschaftswoche die Gefahr belastender Schwangerschaftsabbrüche. Der Arzt lehnt sich nach vorn an die Schreibtischplatte: «Es ist wenig sinnvoll, einen nicht untersuchten Embryo in die Gebärmutter zu geben, nur um dann elf Wochen später einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, und zynisch, dies von einer Frau zu verlangen, wenn man das vorher schon wissen kann. Das heutige Vorgehen ist einer humanistischen Gesellschaft, wie wir in der Schweiz sie sein wollen, unwürdig.»

Ängste und negative Fantasien

Bis auf die Schweiz und Litauen ist die PID in Europa sowie den USA erlaubt. Die vorangegangene In-vitro-Fertilisation ist langwierig:

Hormonbehandlungen, Klinikbesuche, operative Eingriffe zur Entnahme der Eizellen im Verlauf mehrerer Wochen. Entwickelt wurde die PID 1989 von britischen Forschern. Fünf Tage nach der Befruchtung, wenn die Embryonen eine bestimmte Zellgrösse erreicht haben, können einem Embryo einige Zellen entnommen werden, die dann in einem Genlabor auf genetische Defekte untersucht werden. Der oder mehrere von der Erbkrankheit nicht betroffene Embryonen werden dann in den Mutterleib transferiert, und die Schwangerschaft beginnt. In den neunziger Jahren erlangte die PID Popularität, nachdem es erstmalig gelungen war, Erbkrankheiten wie Tay-Sachs, Muskeldystrophie und Beta-Thalassämie zu bestimmen.

Für den Feminismus war das Recht auf Abtreibung ein Schritt zur Emanzipation der Frau. Bei der PID sind die Meinungen geteilt. Biotechnologien würden für die Frau nun den Zwang entstehen lassen, behindertes Leben zu verhindern, vollkommenes Leben zu schaffen. Warum die angstvollen Zweifel in der Bevölkerung? Abgesehen von ethischen Bedenken, so Imthurn, verschärfe ein Terminologieproblem den Konflikt. Der Begriff «Screening» [dt. Durchleuchtung, Rasterung] schüre Ängste und negative Fantasien; viele stellten sich darunter die Abtastung des gesamten Erbgutes vor, eben die Schaffung des Designerbabys: «Es gibt in Osteuropa und den USA sicher Zentren, die behaupten, sie könnten Augenfarbe, Haarfarbe und Intelligenz testen, doch das ist unmöglich, eine Lüge.» Der Arzt ist sich ausserdem sicher, dass es weiterhin Frauen und Männer geben werde, die sich bewusst für ein Kind mit einer Behinderung entscheiden würden. Zudem hätten sich die Geburten von Kindern mit Down-Syndrom in der Schweiz in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Ein leicht steigendes Alter der Mütter habe sicher eine Rolle gespielt, aber auch geringerer gesellschaftlicher Druck.

Utopie einer schönen neuen Welt oder apokalyptische Endzeit? Fortschrittsglaube oder Sehnsucht nach technologiefreier Familienplanung? Die Fortpflanzungsmedizin bietet Lösungen für reale Lebensprobleme, erweckt aber auch Angst vor menschenverachtenden Eingriffen. Zum Schlagwort «genetische Diskriminierung» bemerkt Birnstiel: «Ich bin der Meinung, dass man da rhetorisch etwas abrüsten sollte.» Ansonsten sei ja auch die individuelle Partnerwahl genetisch diskriminierend: Wenn er sich in eine bestimmte Person verliebe und plane, mit ihr Kinder zu zeugen, schliesse er bewusst alle anderen Frauen von seinem Kinderwunsch aus.

«In der Schweiz ist die Zeit stehengeblieben, es interessiert vor allem der Skandal.»

Was die genaue genetische Struktur seiner eigenen Erkrankung angeht, tappt die Forschung noch im Dunkeln, auch ist unklar, ob seine Form der Muskeldystrophie vererbbar ist oder nicht. Gerade deswegen, überlegt Birnstiel, könne er sich für die eigene Familienplanung die Anwendung vorgeburtlicher Testmethoden vorstellen. Seine Mutter habe man, als sie 36-jährig mit ihm schwanger war, vor einer Risikoschwangerschaft gewarnt. Doch sollte die Privatsphäre von Eltern und ihren Entscheidungsfindungen nicht bedingungslos Teil einer öffentlichen Debatte werden, sagt er etwas später noch, begleitet vom beruhigenden Pumpgeräusch seiner Atemschläuche. ○

Die Würde der Eltern

Das Ehepaar Baudin aus Basel musste mehrere Fehlgeburten erleben, bevor es dank der umstrittenen Präimplantationsdiagnostik einen gesunden Sohn bekam. Von Alex Reichmuth und Marco Aste (Bild)

Vor einigen Tagen hat sich Vitus Huonder in die Debatte zur Präimplantationsdiagnostik (PID) eingeschaltet. Der Bischof von Chur warb für ein Nein zur Verfassungsbestimmung, über die am 14. Juni abgestimmt wird. Es sei «mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar», dass menschliche Embryonen, die einige Tage alt sind, nach bestimmten Defekten und Erbkrankheiten untersucht werden, so der Bischof. Denn die PID bedeute «in letzter Konsequenz Selektion und Eugenik» und damit die Tötung von «Unschuldigen». Nur wenn das Verbot der PID in der Schweiz weiterhin gelte, seien der «Schutz des Lebens» und die «Würde des Menschen» gewährleistet.

Anne Catherine und Grégoire Baudin schütteln über solche Aussagen den Kopf. Das Paar hat die Präimplantationsdiagnostik in Anspruch genommen. Die Baudins sind Eltern eines acht- und eines einjährigen Bubens. Hinter dem grossen Altersunterschied der Kinder steht eine lange, tragische Geschichte.

Der dunkelste Moment war im Januar 2012. Anne Catherine gebar damals eine Tochter. Doch die Geburt war kein Moment der Freude. Nur kurz nachdem die kleine Héloïse per Kaiserschnitt zur Welt gekommen und ihre Nabelschnur durchtrennt worden war, starb sie. Die Hebamme wickelte das Mädchen in ein Tuch und übergab es den Eltern. «Das Kind war ganz zugedeckt», erinnert sich Vater Grégoire. Doch ein Fuss des Mädchens ragte aus dem Tuch heraus. «Er war winzig klein.»

Tödlicher Gendefekt

Der Tod der Tochter kam nicht überraschend. Die Eltern hatten gewusst, dass es so enden würde. Denn Héloïse wurde in der zwanzigsten Schwangerschaftswoche geboren. Zuvor hatten die Ärzte entdeckt, dass sie schwere Schäden an Herz und Hirn aufwies und keine Lebenschance hatte. Die Eltern entschlossen sich notgedrungen zum Schwangerschaftsabbruch. In diesem Stadium der Entwicklung bedeutet das für das Kind, geboren zu werden und sogleich zu sterben.

Schon zuvor hatten die Baudins Erfahrungen mit gescheiterten Schwangerschaften und toten Kindern machen müssen – mehrfach. Nachdem 2007 ihr erster Sohn, Matthieu, gesund zur Welt gekommen war, wurde Anne Catherine zwei Jahre später erneut schwanger. Doch in der achten Woche erlitt sie eine Blutung. Ihr Körper stiess das werdende Kind aus.

So etwas passiere oft, versicherten die Ärzte. Also versuchten es die Baudins erneut. Die nächste Schwangerschaft endete wieder fatal. In der achten Woche wollte der Frauenarzt die Herzöne des Ungeborenen prüfen. Doch er sah und hörte nichts. Das Kind war tot. Da es noch im Bauch der Mutter war, musste es per Operation herausgeholt werden. Eine Vollnarkose war nötig.

Auch diesmal beruhigten die Ärzte die Eltern. Aborte seien häufig. Sie sollten sich nicht zu viele Sorgen machen – insbesondere, weil ein erstes Kind ja gesund zur Welt gekommen sei. Die Baudins schluckten ihre Enttäuschung hinunter. Einige Monate später aber schlug das Schicksal erneut zu. Wieder war Anne Catherine schwanger. Wieder hörte das Herz des Kindes auf zu schlagen. Wieder wurde eine Operation unter Vollnarkose nötig. «Wir brauchten jedes Mal länger, um die Trauer zu überwinden», erinnert sich Grégoire Baudin.

Nach dem erneuten Abort liessen die Baudins Abklärungen vornehmen. Eine Biopsie ergab, dass das Ungeborene an Trisomie 15 gelitten hatte – einem seltenen Gendefekt, der

Die PID war «der einzig moralisch und religiös vertretbare Weg», um ein zweites Kind zu bekommen.

meist schon während der Schwangerschaft zum Tod führt. Die Eltern wollten daraufhin wissen, ob ein erhöhtes Risiko für genetische Defekte besteht oder andere Gründe existieren, die eine erfolgreiche Schwangerschaft verhindern. Es folgten aufwendige Untersuchungen, die mehrere Monate dauerten. Doch am Ende herrschte Ratlosigkeit: Es liessen sich medizinisch keine Zeichen finden, dass bei den Eltern etwas nicht in Ordnung war.

Das Paar erwog, auf ein zweites Kind zu verzichten. «Wir hatten Zweifel, ob wir es nochmals versuchen wollten», sagt Anne Catherine. Doch die Ärzte überzeugten die beiden, erneut eine Schwangerschaft zu wagen. Im Spätsommer 2011 stellte sich diese ein.

Dieses Mal gingen die Wochen, in denen zuvor die Aborte erfolgten, ohne Probleme vorbei. In der zwanzigsten Schwangerschaftswoche aber hatte die Mutter plötzlich ein schlechtes Gefühl. Der Frauenarzt, zu dem die Eltern geeilt waren, stellte mittels Ultraschall fest, dass Herz und Hirn des Ungeborenen fehlgebildet waren. Er sagte ihnen, er vermute einen Gendefekt na-



«Es geht darum, überhaupt ein Kind zu haben»:

mens Trisomie 18 als Ursache. Die Überlebenschancen nach einer Geburt seien gleich null. Eine Fruchtwasserpunktion bestätigte den Befund. Für die Eltern bedeutete dieser «eine Art Weltuntergang», wie sie sagen. Schweren Herzens entschieden sie sich, die Schwangerschaft abzubrechen. Belastend war vor allem, dass da-



Anne Catherine und Grégoire Baudin mit ihren Söhnen Clément und Matthieu.

zu, wie eingangs beschrieben, eine eigentliche Geburt nötig war – mit dem Resultat, am Ende ein totes Kind in den Händen zu haben.

Puppenkleider für das tote Kind

Die Baudins organisierten eine Beerdigung für die tote Héloïse. Die Mutter kaufte Pup-

penkleider, um sie einkleiden zu können. Auch musste Anne Catherine Medikamente nehmen, um den Milchfluss zu hemmen. Weiter stand für sie Rückbildungsgymnastik an. Sie wählte dazu Privatlektionen bei einer Physiotherapeutin, um sich nicht einer Gruppe mit frischgebackenen Müttern anschliessen

zu müssen. Zu Hause erwartete Anne Catherine und Grégoire ein fünfjähriger Sohn, der nicht verstehen konnte, warum alle so traurig waren. Den Baudins war klar: Das wollten sie nicht mehr erleben.

Sie zogen nun eine Befruchtung im Reagenzglas in Betracht, bei der die Embryonen zuvor auf ihre Überlebensfähigkeit getestet werden. Da die Präimplantationsdiagnostik in der Schweiz verboten ist, kam nur eine Klinik im Ausland in Frage. Die Baudins entschieden sich für ein Angebot in Belgien. Mehrere mehrtägige Aufenthalte in Brüssel wurden nötig.

Zu Hause erwartete sie der Sohn, der nicht verstehen konnte, warum alle so traurig waren.

Die Baudins waren nicht nur mit den Kosten der Behandlung konfrontiert, sondern auch mit hohen Reise- und Hotelrechnungen. Medizinisch stellten sich auch diesmal Schwierigkeiten ein. Nach dem ersten Befruchtungsversuch war von drei im Glas erzeugten Embryonen kein einziger überlebensfähig. Alle hatten gravierende Gendefekte. Der zweite Versuch, für Baudins der allerletzte, endete beinahe wieder mit einem Nullerfolg. Aber ein einziger Embryo erwies sich in der PID als gesund. Diesen liess sich Anne Catherine einpflanzen.

«Als ob die Eltern keine Seele hätten»

Im Januar letzten Jahres kam Clément zur Welt, als gesundes Kind. Er habe nach der Geburt länger geschrien als der erste Sohn, erinnern sich die Eltern – so, als müsse er für all die Jahre ohne Babygeschrei Kompensation leisten. «Ich sagte nach der Geburt jeden Tag zu meinem Mann, dass ich es kaum glauben könne, nochmals ein Kind zu haben», so Anne Catherine. Ohne PID wäre dieses Glück kaum möglich gewesen. Dann hätten sich die Eltern auf noch mehr Aborte und sterbende Kinder einstellen müssen.

Die Baudins können aufgrund ihrer Erfahrungen wenig anfangen mit den Einwänden, die Gegner wie Vitus Huonder gegen die PID vorbringen. «Der Bischof spricht zwar von Würde», sagt Anne Catherine, «er übergeht aber einfach die Lage von Paaren in schwierigen Situationen – so als ob die Eltern keine Seele hätten.» Es gehe bei der PID nicht darum, ein Kind nach Mass zu bekommen, meint ihr Mann, «sondern darum, überhaupt ein Kind zu haben». In ihrem Fall hätten sie noch nicht einmal einen Embryo auswählen müssen, da nur ein einziger überlebensfähig war. Für die Baudins war die PID «der einzig moralisch und religiös vertretbare Weg», um ein zweites Kind zu bekommen. Sie hoffen, dass diese Methode bald auch in der Schweiz zugelassen ist. ○



Eine soziale Skulptur, wie sie Joseph Beuys selig nicht sinnreicher geschaffen hätte: Amtschefin Chassot, Kulturminister Berset.

Der Staatskünstler

Der Bund nimmt den Bürgern immer mehr Geld weg und gibt ihnen dafür immer mehr Subventionen für die richtigen Zwecke zurück, abzüglich Verwaltungskosten, versteht sich. Das zeigt sich beispielhaft in der Kulturpolitik – die gemäss Verfassung gar nicht Aufgabe des Bundes ist. *Von Markus Schär*

«Kein Kabarett mit dem Rotstift», jubelt der Jungredaktor der NZZ. Der Bund sieht zwar seine Steuereinnahmen schwinden, die Bürgerlichen drängen in ihren Sonntagsreden, die Ausgaben dürften nicht mehr so wuchernd weiterwachsen – dies verlangt die Schuldenbremse, die in der Verfassung steht. Aber der Ständerat winkt in der Frühlingsession freundlich ein Milliardenpaket für die Kultur durch, das ein Wachstum der Ausgaben von jährlich 3,4 Prozent fordert, weit über der Entwicklung der Wirtschaft und sogar über dem Finanzplan des Bundesrates. Nächste Woche winkt der Nationalrat wohl mit. Und dies für eine Aufgabe, die gemäss Verfassung gar keine des Bundes ist.

Wie ist das möglich? An der Kulturpolitik lässt sich der grundsätzliche Streit im Staat beispielhaft zeigen: Die Etatisten wollen den Bürgern immer mehr Geld wegnehmen und es ihnen (minus die Verwaltungskosten) wieder zurückgeben, wenn sie es für wohlgefällige Zwecke verwenden. Die Liberalen, so sie sich

denn an ihre Grundsätze erinnern, wehren sich dagegen, weil sie glauben, die Bürger könnten selber am besten entscheiden, was für sie richtig ist. Mit seiner «nationalen Kulturpolitik» ist Bundesrat Alain Berset aber ein Kunstwerk der politischen Ökonomie gelungen: Er verteilt allen mehr, ohne dass noch jemand fragt, wer dafür bezahlt. Das Durchflutschen der Kulturbotschaft für die Jahre 2016 bis 2020 ist eine soziale Skulptur, wie sie Joseph Beuys selig nicht sinnreicher geschaffen hätte.

Der Text — Es gibt in der Schweiz keine nationale Kulturpolitik – weil es mit einer nationalen Kulturpolitik die Schweiz nicht gäbe. An der Kultur (gemäss den üblichen Definitionen alles, was Menschen machen, wenn sie nicht gerade arbeiten) entzündete sich der gefährlichste Konflikt in der Schweizer Geschichte, der Bürgerkrieg von 1847 und der Kulturkampf ab 1870, den die Katholiken gegen die Reformierten ausfochten. Und auch der zweitgefährlichste Konflikt der Schweiz entflammte

sich gelegentlich an der Kultur, nämlich an der Sprachenvielfalt. Die Schweizer leben nur zusammen, weil sie einander leben lassen. Oder, wie es das leider auf Deutsch witzlose Wortspiel sagt: «Les Suisses s’entendent parce qu’il ne se comprennent pas.»

«Für den Bereich der Kultur sind die Kantone zuständig», sagt die Bundesverfassung deshalb noch heute. 1986 schmetterte das Volk die Initiative für ein Kulturprozent mit 84 Prozent ab, 1994 stimmte es einem Kulturartikel zwar mit 51 Prozent zu, aber eine Mehrheit der Stände sträubte sich dagegen. Denn die Kultur lebt in den Kantonen und in den Gemeinden, im hintersten Krachen so reich wie in kaum einem anderen Land – ganz ohne nationale Kulturpolitik. Das anerkennt sogar Kulturminister Berset: «In jedem Dorf haben wir Musikvereine, in gewissen Dörfern sogar mehrere, die nicht miteinander wettstreiten, sondern sich ergänzen.»

Das Regiegenie — Gerade weil so viele etwas machen, also auf allen Ebenen schon so viel

Geld fließt, findet es der Innenminister «unverantwortlich, die Kulturpolitik nicht koordiniert und kohärent zu organisieren». Denn für einen Etatisten – und Alain Berset ist der grösste Etatist im Bundesrat seit Menschengedenken – kann das Heil nur vom Staat kommen, niemals von der Zivilgesellschaft: «Ohne kohärente Kulturpolitik macht jeder in seinem Winkel, was er will.» So viel Eigensinn geht nicht angesichts von Globalisierung, Digitalisierung, Individualisierung, den grossen Herausforderungen, mit denen die nationale Kulturpolitik gemäss Botschaft kämpft – wofür sonst als mehr Eigensinn? Wir brauchten wieder mehr nationalen Zusammenhalt (auch wenn es kaum je mehr gab), säuselt Alain Berset wie sein Kampfgenosse Christian Levrat gerne, natürlich von Bern aus koordiniert und kommandiert. Und wenn sich dieser Zusammenhalt nicht per Gesetz erzwingen lässt, dann doch mit viel Geld erkaufen.

Da ist nur der lästige Grundsatz, der in der Verfassung steht. Deshalb gibt Alain Berset den Regiestar: Er liest zwischen den Zeilen, deutet den Urtext um und dichtet eigene Fantasien dazu. Immerhin kann der Bundesrat auf eine neue Kompetenz verweisen, weil das Volk vor drei Jahren in die Verfassung schrieb: «Bund und Kantone fördern die musikalische Bildung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.» Das kostet Geld – woran das Volk meist nicht denkt –, also muss das Budget wachsen. Nur: Für die musikalische Bildung setzt der Bundesrat jährlich 3 Millionen ein, die Gesamtkosten, 1,12 Milliarden bis 2020, steigen aber um rund 70 Millionen im Jahr. Natürlich seien die 3 Millionen «nicht übermässig viele Mittel», räumt Ständerätin Christine Egerszegi (FDP!) als Präsidentin des Initiativkomitees für die Jugendmusik ein. «Aber es geht darum, dass man eine neue Aufgabe installiert, die man nachher ausbauen kann.»

Die Kulissenschieberin — Jeder Star am Regiepult braucht auch seine Akteure und Techniker. Als Handlangerin im Bundesamt für Kultur holte der Innenminister vor einhalb Jahren Isabelle Chassot, damals Staatsrätin und Präsidentin der Erziehungsdirektoren, Christdemokratin und Freiburgerin wie er. Nur eine Koalition mit der CVP könne die Verhältnisse ändern, also zu einer Mitte-links-Mehrheit im Bund führen, erkannten Alain Berset und Christian Levrat 2007 in ihrer Kampfschrift «Changer d'ère». Und die Freiburger CVP neigt, wie alle Freiburger, seit je zum Glauben an den Staat.

Die neue Direktorin darf mit dem Chef zusammen die Kulturbotschaft vorstellen und vor allem die Vernehmlassungsantworten auswerten. Rekordverdächtige 339 Stellungnahmen kann sie vermelden, und die Vorlage stosse «über sehr weite Strecken auf ein posi-

ves Echo». Kein Wunder, denn das Geschenkpaket verspricht den 26 Kantonen, den zwei Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete und den 301 Organisationen und Interessierten mehr Geld, von der Associazione insegnanti Valle di Poschiavo über den Bund Schweizer Landschaftsarchitekten, das Musik- und Begegnungszentrum Sumiswald und das Schweizerische Institut für Antiziganismusforschung bis hin zur Stiftung Sportmuseum Schweiz. Da stört nur leicht, dass sich zwanzig Kantone und die zuvor von Isabelle Chassot präsiidierte Erziehungsdirektorenkonferenz gegen die «nationale Kulturpolitik» wehren. Und vor allem, dass «einige

Berset liest zwischen den Zeilen, deutet den Urtext um und dichtet eigene Fantasien dazu.

wenige Teilnehmer» sich gegen das explosive Ausgabenwachstum wenden – jene, die es bezahlen: Centre Patronal, Economiesuisse, Gewerbeverband, FDP und SVP. Aber das sind vernachlässigbare 5 von 339 Stimmen. Die Mehrheit hat Alain Berset dank Cheflobbyistin Isabelle Chassot, die freigebig Geschenke verteilt, sicher im Griff.

Die Claqueure — «Die Vernehmlassung hat grundsätzlich ein positives Echo ergeben», schwärmt Joachim Eder, der Zuger FDP-Ständerat. «Ich möchte für die rasche, gute Umsetzung danken», lobt Christine Egerszegi, die Aargauer FDP-Ständerätin. Ihre St. Galler Parteikollegin Karin Keller-Sutter mahnt zwar: «Dass die Vorlage gegenüber der früheren Kulturbotschaft teurer geworden ist, ist zwar ein Wermutstropfen, und ich meine auch, dass hier ein Plafond erreicht ist.» Aber dann setzt sie sich dafür ein, den Plafond zu durchbrechen, nämlich das Budget noch um drei Millionen aufzustocken, damit auch die St. Galler Stiftsbibliothek Subventionen aus Bern bekommt. Und der Zürcher Freisinnige Felix Gutzwiller lobt den Etatisten Alain Berset in den höchsten Tönen: «Es sei daran erinnert, dass Kultur heute neben vielem anderen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor geworden ist.» (Allerdings sei daran erinnert, dass die anderen Wirtschaftssektoren ihr Geld selbst erarbeiten und nicht vom Staat beziehen.) Oder: «Kultur ist nicht nur etwas, was *nice to have* ist, sondern sie ist ein essenzieller Teil dessen, was unsere Identität ausmacht.» (Man fragt sich bange, ob es die Schweiz in den 167 Jahren ohne nationale Kulturpolitik gar nicht gegeben hat.)

Da bleibt dem Jungredaktor der NZZ nur der lauteste Jubel: «Die finanzpolitische Vernunft machte halt vor den kulturpolitischen Visionen von Alain Berset. Zu Recht. [...] Die als Gesellschaftspolitik verstandene Kulturpoli-

tik des Bundes soll die in den vergangenen Jahren aufgeweichte *cohésion nationale* wieder festigen, das Verständnis und den Austausch innerhalb [?] der Landesteile fördern.» Und: «Wer im Interesse der Schweiz mehr Kultur für alle will, muss auch bereit sein, dafür ins Portemonnaie zu greifen.» Das Bewerbungsschreiben für die Propagandaabteilung des Innendepartements ist angekommen.

Das Publikum — Ausgerechnet der Präsident des Gemeindeverbandes sträubt sich gegen den Geldsegen. «Eigentlich wird die Kultur nicht beim Bund gelebt, auch nicht bei den Kantonen, sondern letztlich vor Ort in den einzelnen Institutionen», wendet der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP) ein. Und sein Schwyzer Parteikollege Peter Föhn schimpft über die Vereinheitlichung und die Zentralisierung der Kulturförderung, die der Bundesrat mit einem «ungeheuerlichen Ausgabenwachstum» erkaufe: «Jetzt können Sie beweisen, dass der Föderalismus der richtige Weg in unserer Schweiz ist und bleibt!»

Der Ständerat segnet die Kulturbotschaft mit 33 zu 7 Stimmen ab. Die Kommission des Nationalrats, der die Vorlage nächste Woche berät, winkt sie mit 15 zu 9 Stimmen durch. Das Volk, das bezahlt, hat nichts zu sagen. Wo kommen wir hin, wenn bei der Kultur für alle jeder mitreden will? ○

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)

www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antworttalon

Weltwoche 2015

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
 Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

E-Mail

Talon bitte einsenden an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum AG, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

Asyl für einen Mörder

Über die Asyl- und Flüchtlingschiene kommen Verbrecher aller Art in die Schweiz. Anwälte tricksen den Rechtsstaat locker aus, wie das Beispiel eines verurteilten türkischen Mörders und IV-Rentners zeigt.

Von Alex Baur



Garantiert keine Folter oder grausame Bestrafung: Häftlinge in einem türkischen Gefängnis spielen Saz, ein traditionelles Saiteninstrument.

Am 7. Mai hat das Bundesstrafgericht wieder einmal entschieden: Ramazan X. (Name geändert) soll an die Türkei ausgeliefert werden. Die verschiedensten Instanzen haben sich während der vergangenen zwei Jahrzehnte schon in verschiedenen Verdikten über verschiedenste Auslieferungs-, Asyl-, Flüchtlings- und Härtefall-Begehren des Kurden geäußert. Doch solche Urteile, so scheint es, sind für den Türken bloss unverbindliche Empfehlungen. Mit Hilfe findiger Anwälte ist es ihm stets gelungen, den Schweizer Rechtsstaat auszuhebeln.

Am 2. Mai 1989 wurde Ramazan X. vom 2. Schwurgericht der anatolischen Provinzhauptstadt Gaziantep für schuldig befunden, am 9. November 1988 einen Bekannten auf offener Strasse mit elf Pistolenschüssen eiskalt hingerichtet zu haben. Ramazan X. hatte seinem Opfer auf dem Weg zur Arbeit aufgelauret. Mit Politik hatte das Verbrechen nichts zu tun, es war eine alte Familienfehde. Beim Opfer handelte es sich um den Vater eines

Mannes, der den Vater von Ramazan X. getötet hatte. Auch jener Mörder wurde verurteilt, doch die Familie X. beharrte auf Blutrache.

Fadenscheinige Selbstbeichtigung

Im Sommer 1990 gelang es Ramazan X., aus dem Strafvollzug zu fliehen: Anlässlich eines Gefängnisbesuches tauschte sein Zwilling Bruder mit ihm die Kleider und blieb an seiner Stelle im Gefängnis zurück. Als Ramazan X. in Sicherheit war, stellte sich der Zwilling Bruder. Er wurde in der Folge für die Fluchthilfe zwar zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Doch gemessen an der Strafe für den Mord (35 Jahre Haft, Begnadigung frühestens nach sechs Jahren), war das ein Pappentstiel. Abgesehen davon kam der Zwilling Bruder nach neun Monaten Haft im Zuge einer Amnestie wieder frei.

Der Mörder Ramazan X. setzte sich derweil in die Schweiz ab und stellte ein Asylgesuch. Dieses wurde sogar von der grosszügigen damaligen Asylrekurskommission (ARK) am 5. Januar 1995 als gegenstandslos erachtet und

mehrfach abgewiesen. Der Kurde blieb trotzdem in der Schweiz. Wenn eine Abschiebung drohte, reichten seine Anwälte einfach ein neues Revisions- oder Wiedererwägungsgesuch ein. Dieses Spielchen trieb er so lange weiter, bis ihm der Kanton Zürich am 8. Februar 2010 im Sinne eines «Härtefalls» eine reguläre Aufenthaltsbewilligung (B) erteilte.

Im November 2011 beantragte die Türkei die Auslieferung des rechtskräftig verurteilten Mörders. Ramazan X. wurde in Auslieferungshaft genommen, kam aber aufgrund einer Kautionszahlung von 100 000 Franken wieder auf freien Fuss (wie der mittlerweile zum IV-Rentner avancierte Kurde das Geld beschaffte, geht aus den Gerichtsurteilen leider nicht hervor). Ramazan X. wehrte sich nun mit einem neuen Asylgesuch gegen die Auslieferung.

Dass er in seiner Heimat nie politisch verfolgt wurde, ist bereits mehrfach richterlich bestätigt. Seine Angaben über angebliche Folter und Verfolgung sind widersprüchlich und unglaub-

würdig. Doch nun machte er sogenannte Nachfluchtgründe geltend. Ramazan X. behauptete, im Schweizer Exil auf den Geschmack von Öcalans kurdischer Arbeiterpartei PKK gekommen zu sein, die von vielen Ländern (namentlich auch von der EU und den USA) als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Er bezichtigte sich selber, als Chauffeur und Bote für PKK-Terroristen gewirkt zu haben. Abklärungen der Schweizer Botschaft in Ankara ergaben allerdings, dass die türkischen Behörden davon nichts wissen und die fadenscheinige Selbstbezichtigung auch nicht ernst nehmen.

Bereits der damalige Justizminister Christoph Blocher (SVP) hatte mit der türkischen Regierung weitreichende Garantien ausgehandelt, welche Folter oder grausame Bestrafung in Hinsicht auf ausgelieferte Delinquenten ausschliessen. So kann die Schweizer Botschaft die Straftäter jederzeit unangemeldet besuchen, während Letztere das Recht haben, jederzeit die Schweizer Behörden zu kontaktieren. Nach Blochers Abgang wurde die Option kaum noch verfolgt, zumal das Bundesverwaltungsgericht die Garantien als ungenügend erachtete (*Weltwoche* Nr. 26/09, «Terroristenparadies Schweiz»).

Wie viele kommune oder auch politisch motivierte Verbrecher als Asylanten in der Schweiz einem unbeschwerten Sozialrentnerdasein frönen, weiss niemand. Erhebungen gibt es nicht. Das für Auslieferungen zuständige Bundesamt für Justiz (BJ) war nicht einmal in der Lage, die Zahl der Gesuche aus Ländern wie Sri Lanka, Serbien oder eben der Türkei zu nennen. Klar ist lediglich: Unter den Tausenden von angeblichen Flüchtlingen, die Jahr für Jahr in die Schweiz einwandern, finden sich mit Sicherheit zahlreiche Justizflüchtlinge und Terroristen.

Gerade die Türkei beklagt seit Jahren, dass die Schweiz, ähnlich wie die Ostblockländer im Kalten Krieg, Terroristen einen sicheren Hafen biete. Mit der Zuwanderungswelle aus Syrien, Libyen und dem Irak wird die Infiltration durch Terroristen in zunehmendem Mass auch zur Bedrohung für die Schweiz.

Im Falle des Mörders Ramazan X. hat das Bundesstrafgericht nun zwar entschieden, dass er in einem korrekten Verfahren verurteilt worden ist und die Garantien der Türkei ausreichen. Von Sippenhaft kann keine Rede sein, reist seine Ehefrau doch regelmässig ferienhalber in die Türkei. Ramazan X. hat nun die Möglichkeit, das Urteil in Lausanne anzufechten, und, warum nicht, in Strassburg. Immerhin gibt es gerade im Ausländerrecht bereits Fälle, bei denen die Schweiz mit dem Vollzug zuwartet, bis der Europäische Gerichtshof entschieden hat (*Weltwoche* Nr. 28/14, «Karikatur der Menschenrechte»). Das kann Jahre dauern. Und wenn alle Stricke reissen, wird Linksanwalt Bernhard Jüsi, ein Spezialist für solche Fälle, sicher neue Asylgründe finden. ○

Türkei

Flucht am Badestrand

Der Film «Midnight Express» prägte das Klischee vom türkischen Horrorknast. Die Realität ist anders. Von Alex Baur

«Midnight Express» («12 Uhr nachts») war 1978 ein Kassenschlager und Oscar-Abräumer (zwei Preise, sechs Nominationen). Drehbuchautor Oliver Stone brachte der Streifen den Durchbruch, er prägte aber auch die Vorstellung einer ganzen Generation vom türkischen Horrorknast. Dies, zumal er sich auf das angeblich wahre Schicksal eines gewissen Billy Hayes berief.

Die Story: Ein junger Amerikaner wird am Flughafen von Istanbul mit Haschisch erwischt und zu einer drakonischen Strafe

trotz allem in bester Erinnerung und würde gerne zurückkehren. Nur ein Wärter sei wirklich brutal gewesen, ein Ex-Häftling habe diesen deshalb 1973 erschossen (und sich danach freiwillig gestellt). Ein Gefängnis sei nie schön, doch in amerikanischen Knästen hätten die Insassen wohl weniger Freiheiten als in türkischen. Dass die türkischen Behörden im Film «Midnight Express» ausnahmslos schlecht dargestellt werden, habe ihn extrem gestört. Das entspreche einfach nicht der Realität.



Räuberpistole: Oliver Stones «Midnight Express».

verurteilt; nach Jahren brutalster Torturen in orientalischen Kerkern erschlägt der Held (Brad Davis) einen sadistischen Wärter und flieht in dessen Uniform.

Billy Hayes gab es wirklich, er wurde tatsächlich 1970 in Istanbul mit fünf Kilo Haschisch erwischt und zu dreissig Jahren Haft verurteilt; fünf Jahre später gelang ihm die Flucht. Damit hat sich's allerdings mit der Wahrheit. Wie Hayes dreissig Jahre später erzählte, wurde er in der Türkei nie gefoltert oder misshandelt. Bei seiner Verhaftung habe die Polizei gar nicht nach Drogen, sondern wegen den damals neuen Flugzeugentführungen nach Waffen gesucht. Die Beamten seien erleichtert gewesen, als sie entdeckten, dass die auf seinen Oberkörper geklebten Platten kein Dynamit, sondern bloss Haschisch waren.

Gemäss Hayes behandelten ihn die meisten Gefängnisaufseher anständig, bisweilen sogar freundlich, er habe die Türkei

Auch die im Film kolportierte Fluchtgeschichte ist frei erfunden. Der wahre Billy Hayes erschlug keinen Wärter. 1975 schwamm er während eines Ausflugs an den Strand der Gefängnisinsel Imrali einfach davon. Mit einem Fischerboot setzte er aufs Festland über und gelangte auf abenteuerlichen Pfaden mit der Hilfe von Einheimischen nach Griechenland. Seine langjährige Strafe war nach der Einschätzung von Hayes eine Antwort auf den Druck des dama-

ligen US-Präsidenten Richard Nixon, der von der Türkei eine härtere Drogenpolitik forderte.

2004 entschuldigte sich Filmautor Oliver Stone in der britischen Zeitung *The Guardian* für seine Räuberpistole («Sorry for «Midnight Express»»). Er wies allerdings auch darauf hin, dass namentlich während der Militärdiktatur in den 1980er Jahren die Misshandlung von Gefangenen in der Türkei verbreitet war. Gemäss einer Reihe von Untersuchungen der Europäischen Kommission zur Verhinderung von Folter gingen die Übergriffe seither massiv zurück. Längst gibt es auch in der Türkei moderne Gefängnisse, den offenen Vollzug und Hafturlaube; die vorzeitige Entlassung (in der Regel nach Verbüßung der halben Strafe) wird sogar grosszügiger gehandhabt als in der Schweiz. Doch die Fiktion von «Midnight Express» war von Anfang an stärker als jede Realität.

Sicherheitslücken im Mittelmeer

Ein mutmasslicher Terrorist des Islamischen Staats (IS) ist als Bootsflüchtling nach Italien gelangt. Der Fall zeigt, dass Roms Umgang mit den Migranten Sicherheitsrisiken birgt. Dabei hat der IS noch gar nicht ernsthaft versucht, den Terror nach Europa zu exportieren. *Von Kurt Pelda*



«Verlasst euch auf Allah»: Bootsflüchtling Touil (r.) nach seiner Ankunft auf Sizilien.

Kommen Terroristen des Islamischen Staats, als Bootsflüchtlinge getarnt, übers Mittelmeer nach Europa? Diese Schreckensmeldung verbreitete sich letzte Woche in Windeseile. Die italienischen Sicherheitskräfte hätten mit dem Marokkaner Abdelmajid Touil einen der Attentäter gefasst, die am Anschlag auf das Bardo-Nationalmuseum in Tunis von Mitte März beteiligt gewesen seien, hiess es in den Medien. Damals waren 21 Menschen, darunter zahlreiche ausländische Touristen, ermordet worden, und zwar von einer Al-Qaida-Einheit, die kurz zuvor zum IS übergelaufen war.

Der 22-jährige Verdächtige war tatsächlich im Februar mit einem Boot voller Flüchtlinge von Libyen aus losgefahren und wurde dann später von den Italienern aus dem Meer gefischt und nach Sizilien gebracht. Kurze Zeit nach seiner Verhaftung kam allerdings die scheinbare Entwarnung: Es müsse sich um eine Verwechslung handeln, denn Abdelmajid Touil hatte für das Datum des Terroranschlags ein wasserdichtes Alibi in Italien.

Roms Unterlassungssünden

Nur: Die tunesischen Behörden hatten Touil tatsächlich international zur Fahndung ausgeschrieben, aber nicht weil sie ihm Teilnahme am Attentat vorwarfen, sondern aufgrund seiner Mithilfe an entscheidender Stelle bei des-

sen Vorbereitung. Sollten sich diese Beschuldigungen vor Gericht beweisen lassen, hätten wir es tatsächlich mit dem ersten bekanntgewordenen Fall eines IS-Terroristen zu tun, der sich als Bootsflüchtling nach Italien schmuggeln liess. Tatsächlich hat die libysche Filiale des IS schon vor einiger Zeit in der libyschen Hafenstadt Sirte damit gedroht, Tausende IS-Kämpfer, als Flüchtlinge getarnt, übers Mittelmeer nach Europa zu schicken. Doch erstens verfügt der IS in Libyen noch nicht über Tausende Kämpfer, und zweitens hat die Terrororganisation im Moment andere Sorgen, als den Dschihad nach Rom zu tragen, wie eine andere bekannte Drohung lautet.

Natürlich können mit den Bootsflüchtlingen alle Arten von Kriminellen, aber auch Terroristen von al-Qaida oder des IS nach Europa gelangen. Das Problem dabei ist das inzwischen berüchtigte Dublin-Abkommen, das Italien als wichtigstes Empfängerland dazu verpflichtet, die Ankömmlinge zu registrieren und deren Asylgesuche zu behandeln. Damit nur ein Gesuch gestellt werden kann, müssten die italienischen Behörden den Flüchtlingen eigentlich die Fingerabdrücke abnehmen. Diese wären dann in die europäische Datenbank Eurodac einzuspeisen, womit sichergestellt würde, dass ein Migrant in einem anderen Land kein zweites Asylgesuch stellen kann,

wenn das erste abgelehnt ist. Weil Rom aber wenig Lust hat, sämtliche aus Libyen ankommenden Migranten in den Asylprozess aufzunehmen, werden viele Fingerabdrücke erst gar nicht registriert. Italiens Regierung hofft, dass die Ankömmlinge schnurstracks nach Norden reisen, um sich in wirtschaftlich erfolgreicheren Ländern wie der Schweiz, Deutschland oder Schweden niederzulassen. Selbst die libyschen Schlepper weisen ihre Kunden darauf hin, dass sie sich auf keinen Fall von den Italienern die Fingerabdrücke abnehmen lassen sollten. Italiens Unterlassungen, so verständlich sie erscheinen, stellen demnach eine massive Sicherheitslücke für Europa dar.

Kampf gegen den «fernen Feind»

Bisher hat der IS aber noch gar nicht ernsthaft damit begonnen, Europa mit Terrorattacken zu überziehen. In einem offiziellen Aufruf hat er erst Muslime, unter anderem in Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, dazu aufgefordert, auf die Strasse zu gehen und je einen Kreuzritter zu töten. «Verlasst euch auf Allah und erstecht einen Kreuzritter», solle der Schlachtruf der europäischen IS-Anhänger lauten, schrieb die Terrororganisation schon im letzten September in ihrem digitalen Hochglanzmagazin *Dabiq*. Seither gab es mehrere Attentate, das grösste in Paris, doch wurden alle von lokalen Zellen oder sogenannten einsamen Wölfen begangen, nicht von aus dem Ausland eingeschleusten Profi-Terroristen.

Derzeit braucht das «Kalifat» Dschihadisten primär im Irak, in Syrien und Libyen und nicht

Die Terrororganisation hat andere Sorgen, als den Dschihad nach Rom zu tragen.

in Europa. Die Wanderungsbewegung der Terroristen verläuft also gerade in umgekehrter Richtung, vom alten Kontinent in den Nahen Osten und nach Nordafrika. Anders als al-Qaida, die sich auf den Kampf gegen den «fernen Feind» konzentriert, bemüht sich der IS zuerst um den Aufbau seines «Kalifats». Wenn sich die Terroristenchefs aber entscheiden, den Dschihad wirklich «nach Rom zu tragen», dann werden die Attentate wesentlich besser organisiert sein und blutiger ausfallen als alles, was wir bisher in Europa gesehen haben. Die grosse Attentatswelle des IS im Herzen des alten Kontinents ist noch gar nicht angerollt. ○

Hauen und Stechen

Der Zürcher Bankenverband will Thomas Matter nicht zur Wiederwahl empfehlen. Es sei denn, er unterschreibe ein Papier für die bilateralen Verträge. Pikant: Vorstandsmitglied Portmann (FDP) legt plötzlich die Axt an Matters Initiative fürs Bankkundengeheimnis. Was ist los? Von Florian Schwab

Einstimmig fiel das Verdikt über Thomas Matter (SVP): Der Vorstand des Zürcher Bankenverbands beschloss, den Mitgründer der Neuen Helvetischen Bank im Herbst nicht zur Wiederwahl in den Nationalrat zu empfehlen. Begründung: Matter weigere sich, ein Schriftstück zu unterschreiben, dessen Verfasser sich kategorisch hinter die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union stellen. So bestätigten es mehrere Quellen.

«Entschieden ist noch nichts», versichert dagegen Christian Bretscher, Geschäftsführer des Bankenverbands. Dass Matter von der Liste gestrichen werde, «stimmt so nicht». Ob für die Nationalratswahl überhaupt ein solches *endorsement* stattfinde, sei noch offen. Sein Verband verlange von den zu unterstützenden Kandidaten lediglich die «grundsätzliche Unterstützung» von dessen politischen Positionen. In der Interpretation sei ein «gewisser Spielraum» vorhanden. Bretscher verweist auf das öffentlich zugängliche Positionspapier, das bereits in der Kantons- und Regierungsratswahl massgeblich gewesen sei. Schlägt man dort die Aussagen zur Europapolitik nach, so liest sich dies kaum wie ein Killerkriterium für SVP-Mitglieder: «Die Schweiz soll gegenüber der EU signalisieren, dass sie die bilateralen Verträge, die im gegenseitigen Interesse sind, einhalten will.»

Mit Blick auf die Nationalratswahlen verlangte der Vorstand von Matter aber offenbar ein weitergehendes Bekenntnis und bestand sogar auf einer Unterschrift. Erst die aufkeimende Unruhe veranlasste den Bankenverband neustens, auf den einstimmig gefällten Matter-Entscheid zurückzukommen. Matter selbst sagt auf Anfrage, er habe sich mit der Forderung konfrontiert gesehen, den bilateralen Weg «ohne Wenn und Aber» zu unterstützen. Von einem solchen Bekenntniszwang will Geschäftsführer Bretscher nichts mitbekommen haben.

Verwirrt wenden wir uns an Hans-Peter Portmann, seines Zeichens LGT-Mitarbeiter in Zürich, FDP-Nationalrat und Mitglied im Vorstand des Bankenverbands. Wäre er persönlich für oder gegen eine Wahlempfehlung zugunsten von Thomas Matter? «Die Mitgliederbanken im Vorstand entscheiden, nach welchen Kriterien jemand eine Wahlempfehlung erhält.» Es liege nicht an ihm, dies zu kommentieren. Warmherzige Unterstützung zwischen Kämpfern für eine gemeinsame Sache klingt anders.

Portmanns eigenes Bekenntnis zu den Bilateralen liest sich derweil auch eher lauwarm: «Ja,

ich bekenne mich zu den bilateralen Verträgen.» Aber: «Würde die EU aufgrund der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative mit uns jenes Paket mit der Personenfreizügigkeit künden, so würde ich dies zwar bedauern, stehe aber als Volksvertreter weiterhin hinter dem demokratisch gefällten Entscheid.»

Wutschnaubende Gabi Huber

Die EU-Gretchenfrage ist pikant. Seit wann müssen Nationalräte Papiere unterschreiben, um von Verbänden unterstützt zu werden? Portmann jedenfalls käme eine Zurückstufung von Thomas Matter in die politische Quarantänezone nicht ungelegen, denn die Chemie zwischen den beiden Bankiers im Nationalrat stimmt nicht mehr. Dazu trug Portmann diese Woche gehörig bei, indem er via *Tages-Anzeiger* an der von Matter gemeinsam mit Portmanns Parteikollegin Gabi Huber und CVP-Kombattant Gerhard Pfister lancierten «Ja zum Schutz der Privatsphäre» herummäkelte, die das Bankkundengeheimnis für Inländer in die Verfassung schreiben will. Gar einen Gegenvorschlag forderte der FDP-Politiker.

Parteikollegin Huber, die für die *Weltwoche* nicht erreichbar war, soll wutschnaubend von Portmanns Äusserungen im *Tages-Anzeiger* erfahren haben. Immerhin hatte ihr Parteikollege der Initiative in der Delegiertenversammlung der FDP zugestimmt. Jetzt sieht er aber mit der Konkretisierung des automatischen

Informationsaustauschs und mit der vom Parlament beschlossenen Verschärfung des Geldwäschereigesetzes Nachbesserungsbedarf. Laut eigenem Bekunden hat er Matter persönlich darum gebeten, sich auf einen Gegenvorschlag einzulassen, der die neue Entwicklung berücksichtige. Aus Sicht der Initianten ist dagegen klar: Wer sich, wie Matter, Huber und auch Portmann, im Parlament gegen die Kriminalisierung von Steuerhinterziehung als «Vortat zur Geldwäscherei» gestellt habe, müsse jetzt umso entschiedener für die Initiative kämpfen und den Fehler der Volksvertreter durch den Souverän korrigieren lassen.

Fernab von solchen Detailfragen erstaunt es, dass Portmann plötzlich Seite an Seite mit der nationalen Bankiervereinigung und mit Ständeratskandidat Ruedi Noser (FDP) in den Reihen der Initiativgegner auftaucht. Auch hier unterliegt der Beobachter aber offenbar einer Sinnestäuschung, denn FDP-Bankier Portmann beschwichtigt: Nicht er selber werde einen Gegenvorschlag herbeiführen, sondern er hoffe, dass Initiant Matter dies tue. Im Übrigen wolle auch er, «dass die Privatsphäre unserer Bürger geschützt bleibt und dass im Inland keine Daten zwischen Finanzinstituten und Steuerbehörden automatisch ausgetauscht werden». Thomas Matter entgegnet, er würde die Angelegenheit gerne in einem persönlichen Gespräch beilegen, «sobald Hans-Peter Portmann endlich weiss, ob er für oder gegen die Initiative ist». ○



Unterstützung klingt anders: Portmann (FDP).



«Ohne Wenn und Aber»: Matter (SVP).

Die Kostenwelle rollt an

Die Einführung von Negativzinsen durch die Nationalbank führt zu einer Welle von Gebührenerhöhungen bei Banken. Bezahlen tun am Schluss die Kunden.

Von Beat Gygi und Marina Lutz (Illustration)

«Kosten von 1500 bis 2000 Franken pro Tag sind ungefähr das, was uns die Negativzinsen an neuen Belastungen bringen.» Mit diesen Worten beschreibt ein Führungsmitglied einer relativ kleinen Vermögensverwaltungsbank, wie seine Firma im Geschäftsalltag die von der Schweizerischen Nationalbank seit kurzem erhobenen Negativzinsen zu spüren bekommt. Solche «Taggelder» führen plastisch vor Augen, wie rasch ein Vermögen heute schmelzen kann, wenn das Geld auf einem Konto der Nationalbank liegt. Da wird es zwar in maximaler Sicherheit vor äusseren Risiken bewahrt, aber es leidet quasi an Schwindsucht.

Das ist wohl ungefähr der Effekt, den die Nationalbank-Führung angestrebt hatte, als sie Mitte Januar begann, kurzfristige Geldanlagen von Geschäftsbanken auf Nationalbankkonten mit Negativzinsen zu belasten. Anlegern soll die Lust genommen werden, ihr Geld in sicheren liquiden Frankenanlagen zu «parkieren», diese Massnahme soll – so das Kalkül des Direktoriums – die Nachfrage nach der Schweizer Währung dämpfen und so den Aufwertungsdruck mildern. Es trifft nicht alle Banken uniform, denn gewisse Summen müssen Geschäftsbanken obligatorisch zur Erfüllung der Regulierungsvorgaben bei der Nationalbank halten; diese sind ausgenommen. Zurzeit dürften von den rund 450 Milliarden Franken Sichtguthaben der Banken bei der Nationalbank etwa 100 bis 150 Milliarden Negativzinsen unterliegen.

Dürfen die belasteten Banken diese Negativzinsen eigentlich an ihre Kunden weitergeben beziehungsweise weiterverrechnen? Im Prinzip, ja, denn die Geldpolitiker haben keinerlei Vorgaben formuliert zur Frage, wie sich die Lastenaufteilung zwischen Banken und Kunden dann entwickeln solle. Kritiker wenden ein, dass die Notenbank die Weitergabe verbieten sollte, da das geldpolitische Ziel ja sei, das Geld «in die normalen Märkte zu drücken», statt es im sicheren Depot ruhen zu lassen. Es sollen grosse Geldströme umgelenkt werden, aber eigentlich ohne eine Kostenwelle in die Wirtschaft zu bringen.

Modische Junk-Bonds

Die Umlenkwirkungen durch die Negativzinsen sind tatsächlich vielfältig. Institutionelle Anleger, also professionelle Investoren und Anlagefirmen, sind so fieberhaft wie noch nie auf der Jagd nach allem, was sich ins Portfeuille nehmen lässt. Liquidität wird regelrecht in alle Anlagen getrieben, die in einer Zeit der Null- und Negativzinsen wenigstens ansatzweise noch Renditen versprechen. Bonds von erstklassiger Bonität sind bereits teuer und haben jüngst eher an Wert verloren, dafür konzentrierte sich die Nachfrage stärker auf Obligationen von geringerer Qualität, also von Staaten mit höheren Schulden oder Unternehmen von mittelsolider Beschaffenheit. Besonders in Mode gekommen sind wieder einmal Papiere von weniger soliden Firmen,

sogenannte Junk-Bonds, die vergleichsweise hohe Erträge versprechen, aber auch entsprechende Risiken bergen.

Klar, man sollte nicht nur die nominellen Zinsen im Auge haben, denn die realen Zinsen sind wirtschaftlich die korrekteren Messgrössen, wenn man vor der Frage steht, ob man eine bestimmte Investition wagen soll oder nicht. Die Grafik zeigt, dass in Zeiten mit leichter Deflation – also nachgebenden Preisen – die realen Zinssätze auch dann noch über null liegen können, wenn die Sätze auf dem Papier ein Minuszeichen haben. Aber das ändert nichts daran, dass Guthaben auf Nationalbankkonten gegenwärtig schmelzen. Zudem deutet die Prognose in der Grafik darauf hin, dass man in zwei Jahren in jeder Hinsicht in der Minuszone sein könnte.

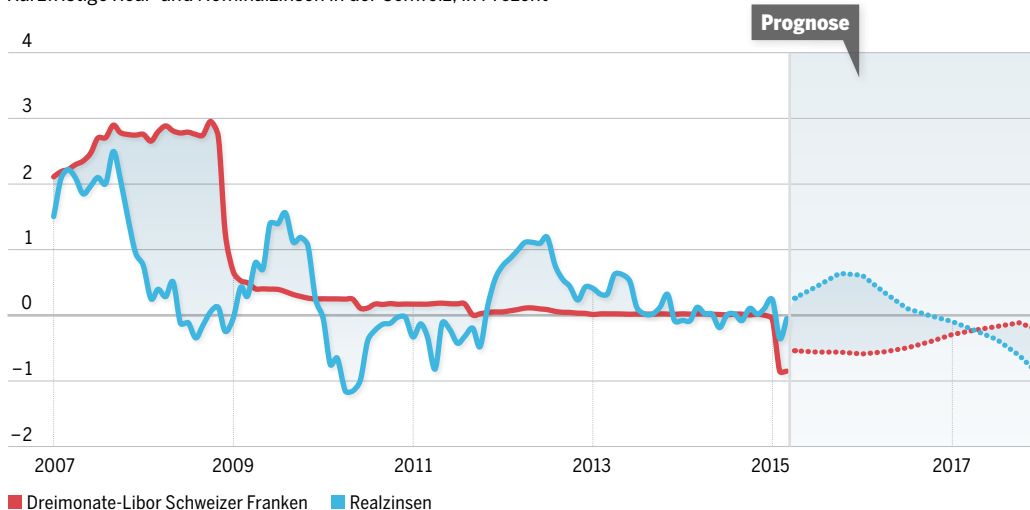
Die Frage ist deshalb brennend, ob sich die Negativzinsbelastung am Anfang der «Geldkette» schliesslich in das ganze Finanzsystem bis zu den kleinen Kunden fortpflanzen wird. Jedenfalls ist pikant, dass bereits eine relativ kleine Vermögensverwaltungsbank davon erfasst wird. Neben der Nationalbank bieten doch andere Banken ebenfalls Anlagemöglichkeiten, wenn man Geld kurzzeitig «parkieren» will. Offenbar ist das aber heikel. Manche Kunden mit namhaften Vermögen wollen angesichts der gegenwärtigen Lage an den Kapitalmärkten und Börsen zuwarten mit Investieren und deshalb grössere Geldsummen in bar bereithalten, bis Gelegenheiten auftauchen.

Vor allem ältere Kunden sind nicht darauf erpicht, beim Investieren grössere Risiken einzugehen, da ihr Zeithorizont nicht mehr sehr weit in die Zukunft reicht. Wenn solche Anlagekunden zu hohen Liquiditätsbeständen neigen, legt eine schweizerische Vermögensverwaltungsbank, die den Ruf der Sicherheit um keinen Preis gefährden will, diese Summen am liebsten im «total sicheren Zwischenlager» auf einem Nationalbankkonto an.

Man könnte zunächst vermuten, eine kleine Bank schlüpfte sozusagen unter dem Zaun durch, denn die Nationalbank will ja vor allem die grösseren Investoren abschrecken. Damals, Mitte Januar, hatte das Direktorium betont, dass es eine ziemlich hoch angesetzte Freigrenze für Einlagen auf ihren Konten gebe, die den Negativzinsen nicht unterlägen. «Uns nützt die Freigrenze praktisch nichts, wir müssen fast für alle Einlagen die Negativzinsen bezahlen», meint der betreffende Bankier. Die Freigrenze ist eben abhängig von den

Mit negativen Zinsen wirtschaften

Kurzfristige Real- und Nominalzinsen in der Schweiz, in Prozent



QUELLEN: BLOOMBERG, SNB, NOTENSTEIN

Ab in die Minus-Zone.



Das Geld leidet an Schwindsucht.

Notenbankeinlagen, die eine Bank aus regulatorischen Gründen halten muss, und ein kleines Institut ist auch in dieser Hinsicht klein.

«Getarnte Weitergabe»

Andere Vermögensverwaltungsbanken sind nicht derart strikt auf vollständig sichere Zwischenlager fixiert, aber damit ist das Problem nicht aus der Welt geschafft. Viele bringen ihre Liquidität statt zur Nationalbank zu anderen Banken, die sozusagen freie Lagerkapazitäten

Pikant ist, dass bereits eine relativ kleine Vermögensverwaltungsbank erfasst wird.

haben, also die Freigrenze bei der Nationalbank nicht ausgeschöpft haben.

Die bisherige Praxis mit solchen Angeboten sieht allerdings so aus, dass Geschäftsbanken rasch Offerten zum Aufbewahren von fremdem Geld zu einem Negativzins von beispielsweise 0,2 Prozent vorlegten, dass diese Sätze aber im Geschäftsalltag oft bald einmal auf die berühmten 0,75 Prozent stiegen. Einige Vermögensverwaltungsbanken haben nun begonnen, für alle Vermögen über 100 000 Franken die Belastung an die Kunden weiterzugeben.

Dies ist ein deutliches Signal dafür, dass sich die Negativzinsen durch die Bankenvertriebskanäle weiter in den Finanzsektor und in die Wirtschaft «durchfressen».

Es gibt weitere Signale. Dieser Tage hat eine in der Vermögens- und Anlageberatung unabhängige tätige Beratungsfirma von der Freizügigkeitsstiftung Liberty den Bescheid erhalten, dass die Stiftung von nun an ihren Privatkunden Negativzinsen belasten werde, da die Credit Suisse als ihre Depotbank solche Belastungen erhebe. Nach den Worten des Geschäftsleiters ist dies für ihn der erste Fall einer offen angekündigten Überwälzung von Negativzinsen auf seine Privatkunden. Die Kette der Geschäftsbeziehungen sieht also so aus, dass die Grossbank Credit Suisse, die direkter Kunde der Nationalbank ist und mit Negativzinsen belastet wird, diese Abzüge auf ihren institutionellen Kunden Liberty überwälzt, der die Belastung seinerseits an private Kunden mit einem sogenannten Unterkonto weitergibt.

Der Finanzintermediär weist aber auch darauf hin, dass das Überwälzen unterschwellig schon vorher begonnen habe, eine Weitergabe der Negativzinsbelastungen finde schon seit einiger Zeit im Verborgenen statt und werde zunehmend deutlicher spürbar als Gebühren-

erhöhungen und überhöhte Strafzinsen bei Nichteinhaltung von Rückzugslimiten. Praktisch durchs ganze Spektrum seien Gebühren und andere Kosten für Dienstleistungen der Banken im Steigen begriffen. Nach seiner Einschätzung wird diese «getarnte Weitergabe der Negativzinsen» nächstens hitzige branchenpolitische Diskussionen auslösen.

Auch die Gebührenerhöhungen sind freilich nicht ganz einfach beobachtbar, auch da läuft einiges unterschwellig. Die Credit Suisse beispielsweise hat auf Anfang April für einen grossen Teil der Kunden ein neues Gebührensystem in Kraft gesetzt, das kaum mehr vergleichbar ist mit den bisherigen Regelungen. Andere Banken passen ebenfalls die Tarife an, ohne freilich das Stichwort «Negativzinsen» zu erwähnen.

Etliche Branchenvertreter erwarten, dass die Summe der Gebührenerhöhungen und Weitergaben von Negativzinsen die am Anfang der «Geldkette» von der Nationalbank eingezogene Menge erheblich übertreffen wird. Stossend ist dabei vor allem auch die Tatsache, dass es für die Kunden einer Bank nicht möglich ist, zu überprüfen, ob ihr Vermögensanteil bei der Hausbank tatsächlich mit Negativzinsen der Nationalbank belastet wird. So weit reicht die Transparenz in den Gebührenmodellen der Banken nicht. ○



Freie Märkte für landwirtschaftliche Produkte führen nicht zu «befreiten Bauern», sondern zur Befreiung der Schweiz von ihren Bauern.

Feindbild Bauer

In kaum einer Sache sind sich hiesige Liberale so einig wie bei ihrem Hass auf die Bauern. Doch der Erhalt der produzierenden Landwirtschaft entspringt einem auf die Verfassung gestützten politischen und sinnvollen Entscheid. *Von Mathias Binswanger*

Bei der NZZ ging in letzter Zeit einiges drunter und drüber, man weiss manchmal nicht mehr genau, wofür das ehemalige Flaggschiff liberalen Gedankenguts eigentlich steht. Nur in einer Hinsicht blieb sich die Zeitung stets treu. Seit Jahren führt sie einen unerbittlichen Feldzug gegen die Schweizer Bauern. Das mit regelmässigen Artikeln gepflegte Feindbild des Schweizer Bauern steht nämlich für alles, was ein echter Liberaler à la NZZ hassen zu müssen glaubt: Subventionen, Markteingriffe, Strukturerehaltung, Ineffizienz und Protektionismus.

Sektiererische Verbissenheit

Jüngster Anlass, um zu einem weiteren Schlag gegen die Bauern auszuholen, war die Abstimmung zur Aufhebung des Cassis-de-Dijon-Prinzips im Nationalrat. So schrieb Nicole Rüttli

Ruzicic am 15. Mai in einem mit «Im Würgegriff der Bauernlobby» überschriebenen Artikel, dass sich hier einmal mehr und exemplarisch «der verheerende Lobbying-Einfluss einer stark subventionierten, abgeschotteten und unproduktiven Branche» zeige. Jan Flückiger meinte zwei Tage vorher als Reaktion auf die bauernfreundlichen Worte im *Weltwoche*-Editorial von Roger Köppel: «Jedem einigermaßen liberal denkenden Menschen müssten angesichts der Schweizer Agrarpolitik die Haare zu Berge stehen.» Da durfte auch der ehemalige Projektleiter Agrarpolitik bei Avenir Suisse und passionierte Kämpfer gegen den «Bauernprotektionismus» Hans Rentsch nicht hinten anstehen. In seiner Gegenrede bezeichnete er die Ausführungen Köppels in der letzten *Weltwoche* als «Agrarpropaganda» und «Lobhudelei».

Obwohl ich mich auch als «einigermaßen liberal denkenden Menschen» betrachte, bekenne ich ganz freimütig, dass mir die Haare nicht zu Berge stehen. Vielmehr erscheint mir die sektiererische Verbissenheit des von der NZZ und Avenir Suisse geführten Kampfes gegen die Bauern höchst seltsam. Zwar ist es konsequent, wenn man aus einer reinen Marktlogik heraus gegen jegliche Subventionen und jeglichen Protektionismus protestiert. Doch dann muss man auch die Folgen der Aufhebung solcher Massnahmen klar aussprechen. Einen «befreiten Bauern», wie ein von Avenir Suisse vor Jahren herausgegebenes und im NZZ-Verlag publiziertes Buch hiess, der ohne Subventionen und Grenzschutz unternehmerisch frei produziert, wird es hierzulande nie geben. Der einzige vernünftige Entscheid, den ein Schweizer

Bauer bei freien Märkten fallen kann, besteht darin, seine landwirtschaftliche Tätigkeit so schnell wie möglich an den Nagel zu hängen. Freie Märkte für landwirtschaftliche Produkte führen nicht zu «befreiten Bauern», sondern zur Befreiung der Schweiz von ihren Bauern.

Doch gerade diese Befreiung der Schweiz von ihren Bauern scheint letztlich sogar erwünscht zu sein. So übertitelte der damalige NZZ-Journalist Benjamin Tommer in der *NZZ am Sonntag* vom 7. August 2011 seinen Beitrag mit «Das Bauernsterben verläuft viel zu langsam». Viel zu langsam? Die noch verbliebenen Bauern sollen also möglichst schnell verschwinden. Dann könnte man alle Lebensmittel billig aus dem Ausland importieren und müsste auch keine teuren Subventionen mehr an die Bauern bezahlen. In dieser Deutlichkeit möchte aber selbst die NZZ die Konsequenzen nicht aussprechen. Viel lieber tut man dort so, also ob innovative Bauern auch unter Marktdruck weiterhin erfolgreich produzieren könnten, selbst wenn sie ihre Produkte zu Preisen unter den Produktionskosten verkaufen müssten. Unter solchen Bedingungen ist erfolgreiches Wirtschaften bis heute aber nicht möglich. Schweizer Bauern starten gegenüber ihren Konkurrenten aus der EU bereits mit einem Handicap, bevor sie nur einen Finger gerührt haben. Schuld daran sind die aufgrund der topografischen Bedingungen relativ kleinen und wenig produktiven Betriebe und die höheren Preise für Vorleistungen und Investitionen. Wie soll ein kleiner Schweizer Bergbauernhof mit fünfzehn Milchkühen erfolgreich mit Grossbauernbetrieben in der EU konkurrieren, die mehrere hundert Kühe im Flachland halten?

Wachsende Produktion, sinkende Preise

Schweizer Bauern haben unter Marktbedingungen nur dann eine Überlebenschance, wenn sie selbst qualitativ bessere, frischere, gesündere oder spezielle Produkte anbieten, die so aus dem Ausland nicht importiert werden können. Das funktioniert wiederum nur, wenn die Bauern in der Lage sind, selbstproduzierte Lebensmittel wie Jogurt, Käse oder Süssmost direkt an die Konsumenten zu verkaufen. In der Schweiz werden aber nur 5 Prozent der von den Bauern produzierten Lebensmittel auf diese Weise verkauft. Die anderen 95 Prozent gehen an Lebensmittelhersteller wie Migros, Coop oder Emmi, die keine von den Bauern bereits verarbeiteten Produkte wollen. Sie verlangen in erster Linie homogene Rohwaren (Commodities) wie Rohmilch oder Weizen, bei denen es nicht darauf ankommt, ob sie von Bauer A oder Bauer B stammen. Einzig Weinbauern sind in der Lage, differenzierte Produkte (unterschiedlichste Weinsorten) in grossem Stil direkt für den Verkauf an Konsumenten herzustellen.

Mit Commodities kann man sich aber kaum von billigeren Anbietern im Ausland abgrenzen, denn diese können auch Rohmilch oder

Weizen liefern. Und die mit der Produktion von Commodities verbundene Wertschöpfung ist äusserst gering. Alles, was Bauern A unter diesen Umständen bleibt, ist der Versuch, billiger zu produzieren als Bauer B. Er steigert seine Arbeitsproduktivität durch den Kauf mehr Maschinen, die Anpflanzung ertragreicherer Sorten oder die Anwendung besserer Düngemittel. Dies führt zu einem gewaltigen Verdrängungswettbewerb, bei dem immer weniger Bauern immer mehr Lebensmittel produzieren, aber gleichzeitig die Preise fallen und das gesamte bäuerliche Einkommen zurückgeht. Dieser Prozess wurde bereits im Jahr 1958 von dem amerikanischen Agrarökonom Willard Cochrane als «landwirtschaftliche Tretmühle» beschrieben, die erklärt, warum die Bauern trotz ständigen Produktivitätserhöhungen nie auf einen grünen Zweig kommen.

Wenn wir in der Schweiz nach wie vor hohe Lebensmittelpreise haben, dann liegt dies nicht an den Bauern.

Das kann man auch in der Schweiz beobachten. So ist die Produktivität in der Schweizer Landwirtschaft, gemessen am Produktionsvolumen pro Jahresarbeitseinheit, von 1990 bis 2010 um etwa 40 Prozent gestiegen. Gleichzeitig sind die Preise, welche die Bauern für ihre Erzeugnisse erhielten um etwa ein Viertel gesunken. Davon haben wir als Konsumenten nichts gemerkt. Gesunken sind nämlich nur die Preise, welche den Bauern für Rohmilch, Weizen oder ein Kalb bezahlt wurden. Die von den Konsumenten im Supermarkt bezahlten Preise für Lebensmittel sind um etwa 10 Prozent gestiegen und verzeichnen erst seit 2010 wieder einen leichten Rückgang. Wenn wir also in der Schweiz nach wie vor relativ hohe Lebensmittelpreise haben, dann liegt dies nicht an den Bauern, sondern bei den Verarbeitern und am Handel, welche diese Preissenkungen nicht an die Konsumenten weitergegeben haben.

Zudem spielen die Lebensmittelrohstoffe für die Wertschöpfung in der Nahrungsmittelherstellung und damit auch für die Lebensmittelpreise eine stets geringere Rolle. Bei vielen Lebensmittelprodukten ist der Anteil des Verkaufspreises, der an die Bauern für die von ihnen gelieferten Rohstoffe geht, deutlich unter 50 Prozent. Ein Erfolgsprodukt wie Caffè Latte von Emmi beschert den Milchbauern gerade etwa 5 Prozent des Verkaufserlöses – in der Verpackung dieses Modegetränks steckt ein höherer Wertschöpfungsanteil. Wenn also Hersteller wie Emmi erfolgreich Caffè Latte und andere hochverarbeitete Lebensmittel ins Ausland exportieren, dann ist dies zwar ein Erfolg für die Schweizer Lebensmittelindustrie. Der Schweizer Bauer hat davon aber kaum etwas, denn er partizipiert an der damit verbundenen Wertschöpfung nur noch marginal.

Dass die Bauern ihren selbst hergestellten Käse oder ihre Wurstspezialitäten selbst ins Ausland exportieren, bleibt bis heute ein frommer Wunschtraum.

Niemand wird Bauer wegen Subventionen

Doch warum wollen wir in der Schweiz überhaupt eine eigene Landwirtschaft, wenn diese unter Marktbedingungen gar nicht überlebensfähig ist? Die Argumente dafür sind allgemein bekannt und akzeptiert. Bauern garantieren die in der Verfassung festgeschriebene Versorgungssicherheit punkto Nahrungsmitteln sowie die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft. Dass wir eine produzierende Landwirtschaft erhalten, ist somit ein auf die Verfassung gestützter politischer Entscheid. Dieser lässt sich nur umsetzen, wenn die Bauern unter Bedingungen produzieren können, die ihnen längerfristiges Überleben ermöglicht. Es ist deshalb verfehlt, die Landwirtschaft als eine abgeschottete Branche zu kritisieren. Der «künstliche» Erhalt der Landwirtschaft entspricht dem in Artikel 104 der Verfassung verankerten Willen des Volkes, das diesem Artikel im Jahr 1996 mit grosser Mehrheit zugestimmt hat. Der darin formulierte Auftrag lässt sich aber nur mit einem gewissen Grenzschutz verwirklichen, sofern man die Direktzahlungen nicht nochmals massiv erhöhen will.

Würde man beim gegenwärtigen Stand der Direktzahlungen alle Schutzmassnahmen aufheben, wäre dies für einen Grossteil der Schweizer Bauern das Ende. Übrig blieben dann neben ein paar wenigen Grossbetrieben im Mittelland einige Schaulandwirtschaftsbetriebe im Berggebiet, die zusammen mit Alphornbläsern und Jodlerinnen für Touristen das Heidiland-Image der Schweiz zelebrierten. Daneben brauchte es eine beträchtliche Zahl vom Staat angestellter Landschaftsgärtner und Wiesenpfleger, welche die bisher als Subventionen an die Bauern bezahlten Gelder neu als ordentliches Gehalt kassierten. Der in der Verfassung formulierte Auftrag zur Garantie der Versorgungssicherheit hinsichtlich Lebensmitteln wäre Makulatur.

Doch so weit muss es nicht kommen. Es besteht kein Zwang, den Grenzschutz für landwirtschaftliche Produkte aufzuheben und damit die weitere Existenz einer produzierenden Landwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Niemand wird heute Bauer, weil er da leicht an Subventionen herankommt. Dazu ist der Bauernberuf viel zu hart und anstrengend. Wir sollten froh sein, dass sich trotzdem noch junge Menschen finden, die sich für diesen Beruf begeistern, statt sie im Kollektiv als Subventionsjäger und professionelle Lobbyisten zu diffamieren.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten und Privatdozent an der Universität St. Gallen.

Der Alpen-Traum

In den Schweizer Stauseen könne genug Energie gespeichert werden, um den Atomausstieg zu bewältigen, behaupten die Befürworter der Energiewende. Sie begehen fundamentale Denkfehler. Mit Wasserkraft lässt sich das Versorgungsproblem nicht lösen. *Von Alex Reichmuth*



«Batterien Europas»: Staumauer Grande Dixence.

Anton Gunzinger ist ein gefeierter Mann. Der Computerentwickler und Elektrotechniker plädiert in seinem Buch «Kraftwerk Schweiz» für die Energiewende. Gunzinger gilt zwar nicht als Energiespezialist, geniesst als Professor der ETH Zürich aber besondere Glaubwürdigkeit. Er behauptet, der Atomausstieg sei mit dem geschickten Einsatz erneuerbarer Energien machbar, sogar ohne den Bau von Gaskraftwerken. In Interviews betont Gunzinger, dass insbesondere das Problem der fehlenden Speicher für unregelmässig anfallenden Sonnen- und Windstrom inexistent sei. «Wie unsere Rechnungen zeigen», sagte er im *Tages-Anzeiger*, «verfügt die Schweiz bei geeigneter Dimensionierung von Fotovoltaik, Windenergie und Biomasse über genügend Speicherseen, um das System immer, auch bei extremen Wetterverhältnissen wie wochenlangem Hochnebel mit Windstille, mit genügend Strom zu versorgen.»

Gunzinger ist nicht allein. Es gibt vermehrt Stimmen, gemäss denen die Schweiz die Versorgung nach dem Abstellen der Kernkraftwerke aus eigener Kraft gewährleisten könne, dank Strom aus Stauseen. «Um die gefürchteten Produktionsschwankungen aus Wind und Sonne auszugleichen, reicht die Kapazität der Schweizer Speicherseen und Pumpspeicherkraftwerke aus», verkündete etwa die *Gratis-*

zeitung 20 Minuten, mit Verweis auf eine Studie der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW). Diese Speicherkraftwerke sorgten «für die nötige Flexibilität», wurde SATW-Direktor Rolf Hügli zitiert.

Flaute im Winter

Sind die Warnungen, nach einem Atomausstieg fehle der Strom, also falsch? Kann die Schweiz ohne Importe und fossile Kraftwerke auskommen – dank ihrer imposanten Staudämme? Laut der Energiestrategie 2050 des Bundes soll der wegfallende AKW-Strom, etwa 26 Terawattstunden (TWh), in erster Linie durch Solarstrom (11 TWh) sowie durch Windstrom (4 TWh), Strom aus Geothermie (4 TWh), Strom aus Biomasse (3 TWh) und zusätzlichen Wasserstrom (3 TWh) ersetzt werden. Die unregelmässigen Quellen Sonne und Wind decken in der Strategie des Bundes also weit über die Hälfte des wegfallenden Stroms ab. Dieser Anteil dürfte nach dem Misserfolg bei der Geothermie in St. Gallen eher noch grösser sein.

Tatsächlich ist schon heute der Winter der Engpass in der Schweizer Stromversorgung. Einerseits ist dann die Nachfrage nach Strom am grössten. Andererseits liefern die Lauf- und Speicherkraftwerke im Winter unterdurchschnittliche Beiträge, weil viel Wasser als Schnee gebunden ist. Selbst mit den AKW

kann sich die Schweiz im Winter nicht selber versorgen und ist auf Importe angewiesen.

Wenn die Atomkraft wie vorgesehen zum grossen Teil durch Fotovoltaik ersetzt wird, verschärft sich das Problem enorm. Denn im Winterhalbjahr fällt nur rund ein Drittel der Sonneneinstrahlung an. In Bern kann man im Dezember nur mit 2 Prozent der jährlichen Sonneneinstrahlung rechnen. In höheren Lagen ist diese ungleiche Verteilung zwar etwas weniger stark, aber immer noch sehr ausgeprägt. Installiert man also Solarpanels, produzieren diese dann, wenn sie am dringendsten gebraucht würden, nur wenig Strom.

Selbst wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien wie vom Bund angekündigt erfolgt und zudem so viel Energie gespart wird wie geplant, fehlt im Jahr 2050 im Winterhalbjahr immer noch viel Strom. Je nach Szenario beträgt das Loch zwischen 3 und 7,7 TWh Strom – also bis zu 13 Prozent des heutigen Jahresverbrauchs. So viel Strom müsste also durch Speicherkraftwerke zusätzlich geliefert werden. Entsprechend viel Wasser müsste im Sommer in Stauseen gespeichert werden, damit es im Winter die Turbinen antreiben kann.

Für solche Mengen an Wasser fehlt allerdings der Platz. Das Fassungsvermögen aller heute vorhandenen Speicherseen entspricht zwar 8,8 TWh Strom – rund 15 Prozent des Jahresverbrauchs der Schweiz. Die Seen sind aber jeweils Ende Sommer praktisch voll und Ende Winter praktisch leer. Es besteht kaum Spielraum. Selbst wenn man den Ausbau von Speicherkraftwerken wie Linth-Limmern und Nant de Drance berücksichtigt: Gemäss einer Berechnung von Michel Piot vom Stromverband Swisselectric steht für den jahreszeitlichen Ausgleich gerade mal Platz für zusätzliche 0,24 TWh Strom zur Verfügung. Das sind, je nach Szenario der Energiestrategie, nur 3 bis 8 Prozent der fehlenden Menge.

Werden die erneuerbaren Energien wie vom Bundesrat geplant ausgebaut, reicht der Platz in den Stauseen nicht einmal, um im Jahr 2050 den überschüssigen Wind- und Solarstrom einer einzigen sonnigen Juli-Woche zu speichern. Denn in einer solchen Woche fällt gemäss den Schätzungen von Michel Piot bis zu 0,37 TWh überschüssiger Strom an. Entsprechend viel Wasser müsste damit in Speicherseen hochgepumpt werden. Der Platz in den Pumpspeicherseen reicht aber nicht aus, um entsprechend viel Wasser aufzunehmen – selbst wenn diese Anfang Woche praktisch leer sind. Zudem ist die

Leistung der Pumpen nicht gross genug, um solche Wassermengen zu bewältigen. Selbst dann nicht, wenn man annimmt, dass auch derzeit existierende Pumpspeicherausbauten wie Grimsel 3 oder Lago Bianco bis 2050 realisiert werden.

Gutgläubiger Bundesrat

Die Behauptungen von Gunzinger und anderen Protagonisten der Energiewende sind von daher Makulatur. Um die Stromversorgung über Speicherseen zu sichern, wäre ein Grossausbau in den Alpen nötig. Anton Schleiss, Professor für Wasserbau der ETH Lausanne, hat vorgerechnet, dass 19 bestehende Talsperren um je 10 Prozent erhöht werden müssten, um ein Speichervolumen für 2 TWh Strom zu schaffen. Ein solcher Ausbau wäre sehr teuer und hätte grosse ökologische Auswirkungen. Die Stromlücke im Winter liesse sich damit nur teilweise schliessen.

Noch grösser wird die Lücke, wenn die Erwartungen des Bundesrats nicht eintreffen. Dieser nimmt an, dass der gesamte Stromverbrauch trotz Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum bis 2050 gleich bleibt oder sogar leicht sinkt. Die ETH Zürich und das Paul-Scherrer-Institut sind punkto Einsparpotenzial weit weniger optimistisch. Selbst Swisscleantech und Greenpeace gehen von einem höheren Stromverbrauch aus als der Bundesrat.

Doch die Wahrheit der Energiewende ist noch betrüblicher. Es genügt nicht, benötigte Strom-

mengen und Speicherkapazitäten in Stauseen gegeneinander aufzurechnen. Denn solche Vergleiche lassen entscheidende technische Faktoren ausser Acht. Konkret: In der Schweiz werden Solarpanels vorwiegend auf Dächern installiert. Sonnenkraftwerke auf Freiflächen, wie man sie zum Teil im Ausland sieht, sind in der engräumigen Schweiz kaum realisierbar. Es geht somit um eine dezentrale Produktion mit tiefer Netzspannung. Um Wasser in Speicherseen hochzupumpen, braucht es aber Hochspannung. Rein technisch kann dezentral anfallender Niederspannungsstrom zwar zu Hochspannungsstrom transformiert werden. Aber die Wirkungsverluste sind dabei so gross, dass dies ökonomisch keinen Sinn macht.

Solarpanels auf Dächern passen nicht zu Pumpspeicherkraftwerken. Ihr Strom ist bestenfalls für die Versorgung der Häuser geeignet, auf denen sie installiert sind. Die Selbstversorgung dank Solaranlage auf dem Dach bleibt eine Illusion. Denn eine Batterie, die ergänzend zu Solarpanels in ein Haus eingebaut wird, kann vernünftigerweise nicht so gross dimensioniert werden, dass sie genügend Sonnenstrom für den ganzen Winter speichert.

Es braucht Gaskraftwerke oder Importe

Geeigneter für das Hochpumpen von Wasser in Speicherseen sind Windkraftwerke, da diese Hochspannung erzeugen. Doch die Schweiz

ist kein Windland, und der Widerstand gegen den Bau von Windturbinen ist gross. Selbst der Bundesrat misst der Windenergie in seiner Energiestrategie mit jährlich 4 TWh eine vergleichsweise geringe Bedeutung zu. Mit dieser Menge lässt sich die absehbare Stromlücke im Winter nicht ansatzweise schliessen – auch wenn man überschüssigen Windstrom im Sommer für den Winter speichern könnte.

Pumpspeicherkraftwerke werden zwar auch in Zukunft wichtig bleiben. Im Wesentlichen müssen sie aber mit überschüssigem Hochspannungsstrom aus dem Ausland angetrieben werden, etwa durch Windstrom aus Deutschland. Pumpspeicherwerke sind somit eher die «Batterien Europas». Sie können einen Beitrag für eine zuverlässige europäische Stromversorgung leisten. Für den mengenmässigen Ausgleich zwischen Sommer und Winter fehlt aber der Platz in den Seen.

Fazit: Speicherseen können die Stromversorgung der Schweiz nach einem Atomausstieg nicht sichern. Will das Land keine Gaskraftwerke bauen, bleibt nur der Import von Strom, damit im Winter nicht die Lichter ausgehen. Allerdings werden die Nachbarländer, sollten sie ebenfalls auf unregelmässige Wind- und Sonnenkraft setzen, im Winter ebenfalls zu wenig Strom haben. Dass sie dann ihre Lücken mit Stromlieferungen in die Schweiz noch vergrössern wollen, ist unwahrscheinlich. ○



Zeit für neue
Anlagehorizonte.

Wenn Sie das Potenzial Ihrer Anlagen freisetzen wollen.

Nehmen Sie sich Zeit für eine umfassende Beratung: LGT Bank (Schweiz) AG, Telefon 044 250 81 81

LGT. Ihr Partner für Generationen.

In Basel, Bern, Genf, Lugano, Zürich und an mehr als 15 weiteren Standorten weltweit. www.lgt.ch



Private
Banking



Patient Schweiz

Die Briten oder Franzosen verdanken ihr ausgeprägtes Selbstbewusstsein der Glorifizierung ihrer Vergangenheit. Die Schweizer hingegen halten sich in ihrem verletzlichen Selbstverständnis minuziös an die geschichtlichen Fakten. Leider. *Von Allan Guggenbühl*

Nach vierzig sollte man einen Drittel seiner Arbeitszeit für die Allgemeinheit aufbringen!», erklärte sie und fügte hinzu, dass ihr Grossvater nach diesem Prinzip lebte und sich für das Wohl seiner Arbeiter im Betrieb einsetzte. Die zierliche Frau erinnert sich noch an etliche Episoden aus dem Leben ihrer Grosseltern, an den vergeblichen Versuch, der Enkelin die Pflanzenwelt näherzubringen, an die unterdrückte Liebesaffäre ihrer Grossmutter mit einem Mann aus Florenz und daran, dass ihr Grossvater immer das grösste Fleischstück bekam.

Die Frau, die wegen einer leichten Depression zu mir gekommen ist, erinnert sich an diverse andere Vorkommnisse aus ihrer persönlichen und familiären Vergangenheit. Von vielen Ereignissen sind nur fade Erinnerungsspuren geblieben, andere wurden aufgemotzt und wurden zu einem zentralen Drama der persönlichen Lebensgeschichte: eine Episode am Strand in Kampanien, als der Vater sich ostentativ von ihr abwandte, oder die Lehrerin, die sie ungerechtfertigterweise strafte. Diese Ereignisse wurden zu Leitgeschichten und dienen der Begründung eigener Stärken und Schwächen: Das Gefühl der Benachteiligung wird auf die Rivalität mit der Mutter zurückgeführt und Widerstandskraft auf schulische Traumata.

Karibische Piraten

Die erste und wichtigste Aufgabe als Psychotherapeut ist, hinzuhören, auch wenn einiges nicht stimmt. Es geht nicht um einen Faktencheck, sondern um das Erfassen des Narrativs. Aus dem immensen Schatz aus Erinnerungen, Gehörtem, Tradiertem und fantasierten Episoden wird eine Geschichte entwickelt, um die eigene Persönlichkeit abzustützen.

Schwächen werden auf Erziehungsfehler der Eltern zurückgeführt, Stärken von heroischen Erlebnissen oder regionalen Eigenarten abgeleitet. «In mir fliesst halt immer noch das Blut einer Urgrossmutter, die Zigeunerin war», begründet eine Frau ihre Rastlosigkeit, und ein Mann führt seine Festfreude auf seine sizilianischen Wurzeln zurück.

Solche persönlichen Geschichten dienen als Begründung eigener Werte und Haltungen. Schwächen werden eher akzeptiert und Stärken identifiziert, wenn man sie mit einer Ur-

sprungsgeschichte verbinden kann. Sie müssen nicht wahr sein, jedoch auch nicht abgehoben. Führt ein Mann aus einer Beamtenfamilie seinen Ursprung auf karibische Piraten zurück, ist dies so wenig wahrscheinlich, wie wenn eine Frau der Überzeugung ist, von der Zarenfamilie Romanow abzustammen. Die eigenen Geschichten müssen in einem losen Zusammenhang mit der Realität stehen.

Es geht darum, aus wirklichen oder gehörten Vorkommnissen ein Narrativ zu bilden, damit man sich der eigenen Persönlichkeit,



Entkopplung von den Mythen: Marignano, 1515.

seiner Stärken und Schwächen bewusst wird. Die Imagination bedient sich des persönlichen Erinnerungsarsenals und spinnt eine Erzählung, die zu einem passt und einem dabei hilft, sich zu verstehen.

Als Therapeut fühlt man in sich in die Geschichten hinein und versucht Haltungen und Herausforderungen zu identifizieren, die über sie transportiert werden. Handelt es sich um problematische Werte? Wenn eine Schlägerei damit begründet wird, dass man sich in seiner Familie halt immer schon gegen Beleidigungen gewehrt hat, muss das ebenso hinterfragt werden, wie wenn die eigene Gier auf

die grundsätzliche Überlegenheit des eigenen Stamms oder Landes zurückgeführt wird.

Länder wie Grossbritannien schwärmen von der «glorious revolution», ehren den Attentäter Guy Fawkes und die Helden des Krieges, Frankreich fühlt sich immer noch als Grande Nation mit bourbonischem Hintergrund, und die USA zelebrieren an Thanksgiving Eintracht zwischen den Indianern und den Pilgrim Fathers, obwohl die Realität anders aussah.

Grossartige Erzählungen

Hätte man diese Länder als Patienten vor sich, dann müsste man wahrscheinlich an ihrem leicht überrissenen Selbstbild arbeiten. Und die Schweiz? Auffallend ist, dass sie Mühe hat, zur eigenen Geschichte oder Mythologie zu stehen. Statt aus dem Arsenal aus realen und fiktiven Ereignissen eine probate Geschichte zu entwickeln, konzentriert man sich auf rechtliche Aspekte und Tatsachen.

Gemäss diesem Denken gäbe es die japanische Nation erst seit Übernahme einer demokratischen Verfassung, 1947, Frankreich erst seit der V. Republik, und Deutschland ist ein Produkt seiner ehemaligen Besatzer.

Die grossartigen Erzählungen der Alpenregion über wehrhafte Bergler, anarchische Bündnisse und Alpgenossenschaften fallen einem Faktencheck zum Opfer, der keinen Platz für Imagination übriglässt. Man entkoppelt sich von den Mythen, indem man sie für irrelevant erklärt. Als Therapeut würde das bedeuten, dass man sich die Erklärungen eines Patienten nicht anhört, sondern sich nur für den rechtlichen Kontext interessiert. Die Praxis wäre ziemlich rasch leer.

Dabei ist das Grossartige der Schweizer Geschichte, dass sie nicht nur Siege zelebriert, sondern einer Niederlage wie Marignano einen Sinn abringen konnte. Dies hat sie vielen Ländern voraus, die im Prahmodus verharren.

Die Schweiz sollte sich eine solche Geschichte nicht gleich amputieren lassen, sondern ihren speziellen Wert schätzen.

Allan Guggenbühl ist Psychologe, Psychotherapeut und Experte für Jugendgewalt.

Beim eingangs erwähnten Fall handelt es sich um ein fiktives Beispiel.

Krieg unter den Füßen

Teppiche sind Spiegel der Geschichte. Zwischen Widerstand und Markt hat die Knüpfkunst Afghanistans verblüffende Blüten getrieben. Mit dem Abzug der Amerikaner steht dem Gewerbe eine neue Revolution bevor. *Von Urs Gehrig*

Seit der Mensch seiner Seele künstlerisch Ausdruck verleiht, prägen Sujets des unmittelbaren (Über-)Lebens das Werk. Höhlenmalereien der Steinzeit zeigen Jagdwild, Pferd und Mammut, auf ägyptischen Grabreliefs rasen Pharaonen auf Streitwagen ihren Feinden nach und in Jeff Koons Spielzeugwelt regiert der polierte Ballonhund. So scheint es nur natürlich, dass auf afghanischen Teppichen nach der Sowjetinvasion 1979 inmitten lieblicher Blumen und Vögel plötzlich russisches Kriegsgerät auftaucht. Detailtreue und Diversität der Wafenschau allerdings lassen Betrachter verblüfft die Augen reiben.

Es waren Frauen Belutschistans, der kargen Grenzregion zu Pakistan und Iran, welche zuerst begannen, die tägliche Gewalt der Sowjetinvasoren in ihre Teppiche einzuknüpfen. Auf ersten Exemplaren war das kriegerische Element noch eher versteckt. Händler schienen zu zweifeln, dass Teppiche mit offenkundigem Aggressionspotenzial Abnehmer finden würden. Doch bald gewannen die sogenannten *qualin-e dschihad* (Kriegsteppiche) an Popularität. Kalaschnikows, Handgranaten, Panzerfäuste schlichen sich in die jahrhundertealten Ornamente ein. Panzer, Helikopter machten sich in der Knüpfkunst unter den Füßen breit.

«Hass auf die Invasoren»

Als sich die Sowjets 1989 nach einem Jahrzehnt sieglos aus Afghanistan zurückzogen, war der Kriegsteppich so etabliert, dass der militärische Triumph der Afghanen in den Teppichen ungezügelt Ausdruck fand. Grossflächige Karten Afghanistans mit sowjetischen Panzern,



«Löwe vom Pandschirtal»: Achmed Massud.

die Richtung Norden das Weite suchten, waren beliebte Sujets. Andere Exemplare waren übersät mit Waffen aller Art, militärischen Fahrzeugen sowie englischen Ausdrücken wie «Hand Bom [Bomb]», «Rooket [Rocket]» und «Made in Afghanistan».

Die Schriftsprache legt nahe, dass die Teppichknüpfer eine bestimmte Klientel im Auge hatten: Westler, Amerikaner im Besonderen,

welche den afghanischen Widerstand gegen die Sowjets – die Mudschaheddin – finanziert und ausgerüstet hatten. «Die Teppiche waren für den Touristenmarkt bestimmt», sagt Margaret Mills, Volkskundlerin an der Ohio State University, welche in Afghanistan seit 1974 Feldstudien durchführt.

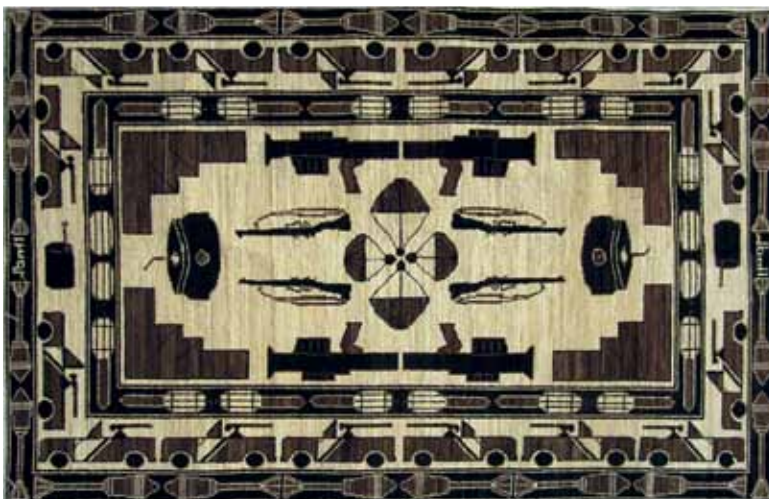
Diese Wahrheit ist allerdings nur eine halbe. Offensichtlich hatten diverse Exemplare einen subversiven Charakter. «Teppiche mit Kriegssujets waren Ausdruck des Hasses auf die Invasoren», sagt Hanifa Tokhi, die nach der Sowjetinvasion nach Nordkalifornien gezogen ist. «Ich kenne die Afghanen, dies war eine Art ihres Widerstandes.» Und in dieser Form richtete sich der Markt auch an Millionen Exilafghanen, die in den frühen achtziger Jahren vor den Kriegswirren geflüchtet waren.

Anschlag auf die Twin Towers

Bald stürzte Afghanistan in einen Bürgerkrieg rivalisierender Warlords. Nun waren es die Kriegsherren, die in den Teppichen Einzug hielten, allen voran Achmed Schah Massud, der legendäre «Löwe vom Pandschirtal». Der Absatz von Massud-Teppichen nahm sprunghaft zu, nachdem er am 9. September 2001 ermordet worden war, zwei Tage bloss vor den Terroranschlägen auf Amerika.

9/11, so vermuteten Händler, würde dem Geschäft mit afghanischen Kriegsteppichen ein jähes Ende bereiten. Schliesslich waren die Attentate von Al-Qaida-Kadern am Hindu-kusch geplant worden. Das Gegenteil war der Fall. Mit der von Amerika angeführten Invasion «begannen sich die Menschen erst recht für Afghanistan und die Teppichkunst zu interessieren», so Kevin Sudeith, der ein Teppichgeschäft in New York führt.

Bald tauchten Teppiche auf, welche den Anschlag auf die Twin Towers in beklemmender Detailtreue abbildeten. Passagierflugzeuge sind zu sehen, die die Türme rammen, sogar kleine Steckenfigurchen wurden integriert, Menschen, die aus den Hochhäusern in den Tod stürzten.



Eine Art Widerstand: Gewehre und Panzerfäuste statt Blumenornamente.



Lieblingswaffe Obamas: Drohnen.



Beklemmende Detailtreue: 9/11-Teppich.

Die Amerikaner waren anfänglich irritiert. Auf einer Version war der Schriftzug «The terrorists were nhe American» zu lesen, was in den USA eine Kontroverse darüber auslöste, ob hier ein Lob der Anschläge propagiert werde oder jemand etwas unbedarft formuliert habe. Mit treffsicherem Instinkt fürs Geschäft räumten afghanische Produzenten jeglichen Zweifel aus, indem sie in einer Art historiografischer Bildergeschichte die 9/11-Attentate mit der amerikanischen Reaktion auf den Anschlag kombinierten. Flugzeugträger mit F-16-Kampffjets, Chinook-Helikopter und Cruise-Missiles drängen sich unter den attackierten Türmen bis an den Teppichrand. Auch Amerikas Erzfeind, Osama Bin Laden, wurde eingearbeitet, meist symbolisch durch seinen Fluchtort, den Höhlenkomplex von Tora Bora, wo sich schliesslich seine Spur verlor.

Sehr beliebt bei Sammlern

Als der internationale Tross aus Soldaten, Diplomaten und Hilfswerklern am Horizont aufmarschierte, witterten die afghanischen Teppichknüpfer rasch das grosse Geschäft. Die



Schritt halten mit der Waffentechnologie: Kriegsteppich von 2001.



Militärischer Triumph: Kriegsggerät der Sowjets.

Produktion wurde angekurbelt. Die beliebtesten Sujets wurden vervielfältigt. In einer Mischung aus direkter Betroffenheit und Marktüchtigkeit hielten die Knüpfer in den Dörfern Schritt mit der neusten Waffentechnologie. So tauchte nach der Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten 2008 plötzlich eine Art Raubvogel auf den Teppichen auf. Es war die Predator-Drohne, die «Lieblingswaffe» Obamas, mit der er die ferngesteuerte Jagd auf Terroristen befohl. «Die jüngsten Drohnen-Teppiche sind sehr beliebt bei Sammlern», sagt Sudeith, der die Kriegsteppiche in den USA für 60 bis 25 000 Dollar pro Stück umsetzt.

Was kommt als Nächstes? Das Gros der US-Truppen ist abgezogen und mit ihnen die westliche Klientel. Es zeichnet sich eine Rückkehr in den Bürgerkrieg ab. «Die alten Warlords werden um Hilfe angefleht», berichtete die *New York Times* am Montag. In einem riskanten Manöver versuche die Regierung in Kabul die eigensinnigen Kriegsherren für den Kampf gegen die erstarkten Taliban zu gewinnen.

Die Geschichte am Hindukusch scheint noch nicht zu Ende geknüpft. ○

«Mad Max» – der Frauenfilm

Es ist das Action-Movie des Sommers: rabiat, atemlos, grossartig unterhaltend. Obwohl sein wahrer Held nicht Max heisst.

Von Beatrice Schlag



«Das macht die Geschichte noch besser»: Schauspielerinnen Theron.

Aaron Clarey schöpfte schon beim Betrachten der Trailer Verdacht. «In den meisten Trailern war Charlize Theron prominent vertreten. Sie redete unendlich viel, während ich kein Wort von Tom Hardy hörte, der Mad Max spielt. Und dann bellte sie ihm auch noch Befehle zu. Niemand befiehlt Mad Max etwas!» Aaron Clarey, Mitglied einer Gruppe für die Rechte des Mannes, rief deswegen im Internet schon Tage vor der Premiere von «Mad Max: Fury Road» zum Boykott des Films auf, «weil es kein Männerfilm ist, sondern ein feministisches Propaganda-Machwerk, das sich als Männerfilm tarnt».

Kaum jemand weiss, wer Aaron Clarey ist, und niemand schenkt seinem Boykottaufruf Gehör. Die Kinokassen klingeln weltweit, denn die Fortsetzung der seit dreissig Jahren vermissten «Mad Max»-Serie übertrifft alle Erwartungen. Was dem unbekanntem Männerrechtler in den Medien zu beträchtlicher Beachtung verhalf, war die Tatsache, dass sich seine Empörung mit der Überraschung unzähliger Kritiker und Zuschauer deckte: «Mad Max» ist Charlize Theron's Film. Wenn der Zuschauer seinen Blick von den unfassbaren Vehikeln lösen kann, konzentriert sich sein Augenmerk nicht auf den Titelhelden, sondern auf seine behinderte Verbündete Imperator Furiosa. Die fast kahlrasierte Rebellin mit der hässlichen Armprothese kann genauso gut, was Max kann: vorausdenken, schießen, kämpfen, nie klein begeben. «Man stelle sich vor», scherzte das Internetportal *The Daily Beast*, «wie der Film aussähe, wenn Furiosa zwei gesunde Arme hätte.» Max hat mit der rabiaten Kämpferin keinerlei Problem: Er händigt ihr, als er vor Erschöpfung danebenschießt, ohne Zögern das Gewehr und die letzte Kugel aus. Sie stützt den Gewehrlauf auf seiner Schulter auf und trifft.

Geschlechtliches Nichts

Ein Konkurrenzkampf zwischen den beiden findet nicht statt. Eine Liebesgeschichte auch nicht. Denn «Mad Max» ist kein in Hollywood erdachtes Produkt, sondern der postapokalyptische, in Namibia gedrehte Wüstenritt des australischen Regisseurs George Miller. «Mad Max»-Darsteller Tom Hardy ist Brite, seine Filmpartnerin Charlize Theron Südafrikanerin. Millers Heldenpaar ist zu abgewrackt für Mann-Frau-Geschichten. Das Gefühl der beiden füreinander ist Erleichterung darüber, jemandem begegnet zu sein, der sich einen Hauch von Anstand bewahrt hat in einer Welt, für die Moral ein törichter Luxus ist, den sich niemand mehr leisten kann. Die Warlords, die im neuen «Mad Max» mit ihren Sklaven überleben wollen, brauchen Wasser, fruchtbare Frauen und Benzin, sonst nichts.

Imperator Furiosa, Charlize Theron, ist Chauffeurin eines Kriegstanks. Sie wurde als Mädchen von einem Warlord zur Nachwuchszüchtung gekidnappt und stellte sich als un-

fruchtbar heraus; als Mutter kann man sie nicht brauchen. Also hat sie sich den Schädel rasiert und alles abgelegt, was daran erinnern könnte, dass sie eine Frau ist. Sie ist ein geschlechtliches Nichts, das sich vor kriegerischen Einsätzen dunkle Wagenschmiere auf die Stirn reibt, um bedrohlicher auszusehen. Denn die heimliche Rebellin hat es im Dienst ihres Kidnappers immerhin zur Fahrerin gebracht.

Als sie am Steuer ihres martialischen Gefährts zum ersten Mal auf der Leinwand zu sehen ist, hält Furiosa eine kostbare Fracht in ihrem Tank versteckt: Sie hat fünf Frauen aus dem Harem ihres Warlords befreit und versucht, sich mit ihnen an den Ort ihrer Kindheit zu retten. Auf der Flucht trifft sie Mad Max, der als Gefangener des gleichen Warlords entkommen ist und sich ihr anschliesst. Furiosa ist die unangefochtene Wortführerin unter den beiden. Schon deswegen, weil es Max im ersten Teil des Films nicht schafft, die stählerne Gesichtsmaske aufzusagen, die der Warlord ihm während der Gefangenschaft um den Kopf geschmiedet hat. Er kann nur unverständliche Laute ausstossen.

Sie kann, was Mad Max kann: vorausdenken, schießen, kämpfen, nie klein begeben.

«Als die Leute erstmals über den Film zu reden begannen», sagt Charlize Theron, «kursierte dieses laute Wispern, dass George Miller eine weibliche Figur schaffen wolle, die es mit Max aufnehmen kann und mit ihm auf die Reise geht. Für eine Schauspielerin klingt das immer verlockend. Aber wir hören solche Gerüchte die ganze Zeit. Und nur sehr wenige Filmemacher setzen das Ansinnen dann auch um.»

Das ist nicht ganz gerecht. Zutreffend ist, dass Sigourney Weaver mit ihrer Rolle als Ripley in «Alien» (1979) jahrelang die einzige furchtlose Frauenfigur in einem Film blieb, den man mit Fug als Action-Movie bezeichnen kann. Aber seit dem französischen Film «Nikita» und vor allem seit dem Welterfolg von «Thelma and Louise» gibt es immer häufiger Actionfilme, in denen Frauen mehr spielen dürfen als Beiwerk mit Lipgloss und hohen Absätzen.

Mit ihren «Tomb Raider»-Filmen fällt Angelina Jolie zweifellos das Verdienst zu, die Chancen für weibliche Actionhelden in Hollywood erheblich verbessert zu haben. 2003 spielte Uma Thurman als Rächlerin in «Kill Bill» die bis dahin beste Actionrolle der Filmgeschichte. Und Jolie baute ihr Image als kampfstärke Heldin in «Mr. & Mrs. Smith», «Wanted» und «Salt» weiter aus. 2009 spielte Noomi Rapace als Lisbeth Salander in der «Millennium»-Trilogie eine Kämpferin, die



Theron in «Mad Max».

auftritt wie ein geprägelter Punk und Menschen anblickt wie Spinnen, bei denen man sehr schnell begreifen muss, ob sie giftig sind oder nicht. Wie Charlize Theron in «Mad Max» oder Jennifer Lawrence in «The Hunger Games» gönnte Noomi Rapace ihrer Figur auf der Leinwand kaum ein Lächeln und wirkte dennoch nicht hart, sondern wie eine Frau, die einem trotz oder wegen ihrer Geheimnisse völlig vertraut er-

scheint. Nicht zu vergessen Scarlett Johansson, die etwa im letzten Jahr in «Lucy» und 2015 in «Avengers: Age of Ultron» als tödliche Actionheldin zu sehen war.

Feministin als Beraterin

Was Charlize Theron von anderen Actiondarstellerinnen unterscheidet, ist ihre Unerschrockenheit, das Wort Feminismus in den Mund zu nehmen, vor dem jeder PR-Berater und jedes Studio warnen. Kaum kam «Mad Max: Fury Road» in die Kinos, war Aaron Clarey plötzlich nicht mehr der Einzige, dem zu dem Film das Attribut «feministisch» – freudig oder entsetzt gemeint – in den Sinn kam. Als dann auch noch bekannt wurde, dass Regisseur Miller bei den Dreharbeiten die Schriftstellerin Eve Ensler angeheuert hatte, um mit den Darstellerinnen der entflohenen Haremsfrauen die realen Nöte von Vergewaltigungsopfern zu diskutieren, waren viele platt: Eve Ensler bei «Mad Max»! Ensler ist die Autorin des Theaterstücks «Die Vagina-Monologe». Über Millers erstaunliche Wahl, sie als Beraterin zu holen, sagte Ensler dem *Time Magazine*: «Ich glaube, George hat einen feministischen Actionfilm gemacht. Er hat die Frauen genial in einen Film eingewoben, den viele aus ganz anderen Gründen sehen wollen.»

Charlize Theron sieht das anders. Bei der Pressekonferenz nach der Filmpremiere in Cannes antwortete die Südafrikanerin auf die Frage, ob «Mad Max» eine Art feministischer Film sei: «Ich glaube nicht, dass George feministische Absichten im Hinterkopf hatte. Das macht die Geschichte noch besser. Denn wenn wir das Wort feministisch brauchen, flippen die Leute ja leicht aus, weil sie denken, Frauen würden auf einen Sockel gestellt. Es gehört einfach zu George, dass er Frauen genauso komplex und interessant findet wie Männer. Er will glaubwürdige Figuren zeigen. Ich glaube, es war nur sein Bedürfnis nach Wahrheit, das ihn einen unglaublich feministischen Film machen liess.» Sie wandte sich zu dem neben ihr sitzenden Regisseur um und lächelte ihn etwas spöttisch an, als wolle sie sagen: «Da, ich hab das gefürchtete Wort benutzt. Aber ich hab's in ein so grosses Kompliment gewickelt, dass du mir nicht böse sein kannst.» ○

«Der Krieg öffnet den Menschen»

Sie kämpfen als Freiwillige in der Ostukraine, um ihr Vaterland zu verteidigen. Ein Besuch beim Rechten Sektor, der im Westen ebenso verpönt ist wie in Russland. Was wollen die Vorkämpfer des ukrainischen Nationalismus wirklich? Von Philipp Gut und Yurko Dyachnyshyn (Bild)

Die Büros liegen im vierten Stock eines Altstadthauses am Adam-Mickiewicz-Platz in Lemberg, ukrainisch Lwiw. Mickiewicz, der polnische Nationaldichter der Romantik, und die ukrainischen Nationalisten von heute: Es ist dies einer jener spannungsvollen Gegensätze, wie sie einem in Lemberg auf Schritt und Tritt begegnen. Die Stadt in der Westukraine war jahrhundertlang unter polnischer Herrschaft, dann folgten die Habsburger, schliesslich die Nazis und die Sowjets. Heute gilt die ehemals blühende Handelsstadt, deren Plätze und Prachtpaläste eine norditalienisch anmutende Eleganz verströmen, als Hochburg des ukrainischen Nationalismus. Polen und die Aussengrenze der EU sind nur wenige Autostunden entfernt. Der Krieg im Osten des Landes ist weit weg – und doch überall spürbar. Am deutlichsten hier, in dieser einfach eingerichteten Schaltzentrale des Rechten Sektors, einer Kampforganisation, die zugleich Partei ist.

Die heisseste Stelle der Hölle

Vor dem Eingang zu den Räumlichkeiten im vierten Stock sitzen drei Männer in Tarnanzügen. Im engen Flur mit dem abgeschabten Fischgrat-Parkett eine Fotowand mit Bildern vom Protest auf dem Kiewer Maidan-Platz im vorletzten Winter: brennende Autoreifen, Strassenschlachten. Im Aufstand gegen das Regime Präsident Wiktor Janukowitschs ist der Rechte Sektor entstanden: «Vom Maidan geboren, vom Krieg gehärtet», lautet ein Wahlspruch auf einem Plakat. Dann Aufnahmen von der Front im Osten: der Kampf um Mariupol im Donezk-Gebiet, Militärromantik (gitarrespielende Männer in Uniformen), Trainingsszenen (Kämpfer unter Tarnlaubzweigen, die über einen Fluss schwimmen). In einem der Räume, wo die Administration beheimatet ist, sieht es ziviler aus: Junge Mitarbeiter, darunter mehrere Frauen, geben sich locker und urban. Neben den Computern liegen Velohelme auf den Tischen. Man trägt Turnschuhe.

Wir müssen warten. Ich bin mit Artjom Luzak verabredet, dem Kommandanten des Rechten Sektors in der Region Lemberg. Luzak ist auch der Führer einer selbständigen, von ihm geschaffenen Kampfabteilung, die sich «Aratta» nennt. Luzak ist öfter an der Front als hier im äusserlich friedlichen Westteil des Landes. Endlich ruft der Chauffeur. Wir zwängen uns in einen alten Lada – die Marke des

erklärten Feinds Russland – und fahren etwa zwanzig Minuten durch die Stadt. Stopp in einer Seitengasse. Luzak fällt sofort auf: grossgewachsen, dunkle Sonnenbrille, graumeliertes Bart, Tarnanzug. Er hängt an seinem Mobiltelefon, tigert die Strasse auf und ab. Ein starker Händedruck. Im Strassencafé um die Ecke hat es zu viele Leute. Der Kommandant bevorzugt einen ungestörteren Gesprächsort: einen wunderschönen zweihundertjährigen Park in der Nähe, gebaut von den Habsburgern. Während wir über den Krieg sprechen, spielen Kinder vor uns im Gras. Liebespaare wandeln vorbei. Auf der Parkbank neben uns sitzt eine schöne Ukrainerin im Blumenkleid.

Luzak, *nom de guerre* «Freund Doktor», hat Medizin studiert, ist verheiratet, hat zwei Kinder (ein drittes ist gestorben). Er würde lieber ein normales Leben führen, sagt er. Etwas «Konstruktives» machen. Aber das gehe nicht: «Krieg ist eigentlich nicht mein Ding. Ich mache es, weil ich muss.» Man könne nicht untätig zuschauen, wenn das Land angegriffen werde. Dann schiebt er ein Zitat irgendeines Dichters nach, dessen Namen ihm entfallen ist: «Für die, die gleichgültig bleiben in der Krise, wartet die heisseste Stelle der Hölle.»

Luzak spricht ruhig, regelmässig, überlegt. Aber bei allem, was er sagt und tut, geht es um Existenzielles. Um Leben und Tod. Hier spricht einer, der seine Existenz einer Sache geweiht hat, die er für wichtiger hält als das eigene Leben.

Westliche Demokratie als «kleineres Übel»

Der Rechte Sektor war zu Beginn – im Herbst 2013, als die Proteste gegen Janukowitsch anfangen – ein loses Gebilde. Der Begriff «rechts» im Namen der Organisation, die eher eine militärisch-politische Bewegung als eine Partei geblieben ist, bedeute im Kontext der modernen ukrainischen Geschichte nichts anderes als «patriotisch», erklärt der Kommandant. Auch nach der formellen Unabhängigkeit 1991 im Zuge des Zerfalls der Sowjetunion sei die Ukraine kein nationaler Staat gewesen. Luzak spricht von einer «inneren Okkupation» durch korrupte, mehr oder weniger russlandhörige Eliten. Bei diesen «kriminellen Clans» habe die Macht gelegen, nicht beim Volk.

Luzak spricht von «demokratischen Werten», die für jeden normalen Bürger erreichbar werden müssten. Als wir über die Schweiz sprechen, wo der Einzelne möglichst viel Freiheit geniessen soll, sagt er: «Sehen Sie, wie

viel Gemeinsamkeiten wir haben.» Doch konkrete Vorstellungen über die Demokratie, die sich an verfassungsmässigen Rechten festmachen liessen, entwickelt er nicht. Irgendwann fällt der Satz, die moderne Demokratie westlichen Vorbilds sei «das kleinere Übel», gemessen am oligarchischen System des Ostens. Später, als wir uns noch einmal in einem Café des Rechten Sektors in der Innenstadt treffen, das mit Autoreifen – Symbol des Maidan-Protests – und Erinnerungsstücken von der Front ausgestattet ist, sagt Luzak auf Ukrainisch zu einem seiner jüngeren Mitstreiter: «Nicht sagen, dass wir keine Demokraten sind.» Lächeln in der Runde.



«Innere Okkupation»: Kommandant Luzak.

Das Ziel bleibt einfach: die Verteidigung und der Aufbau eines ukrainischen Staats «auf dem von Gott gegebenen Boden». Etwas, was man ihnen vor Jahrhunderten genommen habe. Die Geschichte der Ukraine ist eine Geschichte der Fremdherrschaft. Sie erklärt die Vehemenz, mit der die ukrainischen Nationalisten auf die separatistischen Bestrebungen im Osten und die Einflussnahme von Putins Russland reagieren.

Putin führe einen Hybridkrieg

Die Familie lieben, die Tradition pflegen, christliche Werte nach der Konfession der unierten griechisch-katholischen Kirche: Das sind die Grundpfeiler einer Weltanschauung, die «völlig normal» sei, sagt Artjom Luzak. «Daran ist nichts Unnatürliches.»

Am liebsten aber spricht er vom Krieg, vom Leben an der Front. Dort, wo sich entscheidet, ob jemand in der Hölle der Gleichgültigkeit schmoren oder sich für das Notwendige und das Richtige einsetzen wird. Rund 8000 freiwillige Kämpfer umfasst der Rechte Sektor.

Besonders zu Beginn der Auseinandersetzung waren sie den schlechtausbildeten regulären Soldaten der ukrainischen Armee oft voraus. Sie seien zwar eine Minderheit, aber eine sehr aktive. Der Rechte Sektor sieht sich als eine Art Elitetruppe, deren Vorteil auch darin besteht, dass sie freiwillig in den Kampf zieht.

«Die Vorbereitung des Kriegs beginnt im Herzen», sagt Wolodymyr (russisch: Wladimir), den ich im erwähnten Café mit den Sesseln aus Autoreifen und den ausgestellten Panzerfäusten treffe. Auch er ist studiert. Der

Wir zwingen uns in einen alten Lada – die Marke des erklärten Feinds Russland.

Historiker hat vor der Revolution im Sicherheitsdienst einer IT-Firma gearbeitet und sich als Menschenrechtler und Journalist einen Namen gemacht. Indem er öffentlichen Druck erzeugte, gelang es ihm, die zuvor unantastbaren Sprösslinge von hohen Tieren und Oli-

garchen für kriminelle Taten vor Gericht zu ziehen. Am Handgelenk trägt Wolodymyr, dessen ungarischstämmiger Urgrossvater zu k.u.k. Zeiten Pferde für die österreichische Garde züchtete und dessen anderer Familienzweig dem ukrainischen Adel entstammt, einen Rosenkranz aus Holz. Am Oberarm seines Tarnanzugs prangt der Union Jack, die britische Flagge. Er habe das Emblem noch nicht abmontiert, erklärt Wolodymyr.

Die Ukrainer seien immer schon sehr freiheitsliebend gewesen, sagt der Historiker. «Wir wählten unsere Fürsten.» Auch die Kosaken stehen für ihn für den «Willen zur Freiheit des Volks». Woher jemand komme oder wo er geboren worden sei, spiele keine Rolle. Sein ungarischer Nachname hindere ihn nicht daran, sich für die Rechte der Ukrainer einzusetzen. Letztmals war Wolodymyr vor vier Wochen an der Front. Es sei eine Tatsache, dass auch viele russische Soldaten im Einsatz stünden, sagt er. Putin führe einen Hybridkrieg: Vormarsch durch die Russen, dann Nachrücken der Separatisten. Diese übernahmen eher polizeiliche Funktionen. Aber da die russischen Einsatzkräfte offiziell nicht da seien, würden sie auch nicht wie Menschen begraben.

Wolodymyr glaubt nicht an ein schnelles Ende des Konflikts. Die Lage werde sich noch verschärfen: «Es sind zu viele Soldaten dort.» Artjom Luzak, sein Chef, ergänzt: Der Krieg sei mit einem Geschäft vergleichbar. Solange eine Nachfrage und ein Angebot bestünden, werde er weiterdauern.

Lachen im Kugelhagel

Diese Männer haben sich im Kampfmodus eingerichtet. Es stimme nicht, dass der Krieg den Menschen verändere, sagt Luzak. «Der Krieg öffnet den Menschen.» Will heissen: Die Charakterzüge, im Positiven wie im Negativen, werden offensichtlicher. Furcht vor dem Tod? Nein, daran könne er sich nicht erinnern. Eher habe er Angst um seine Untergebenen: «Man muss halt Entscheidungen treffen, von denen Leben oder Tod abhängen.» Viele Freiwillige sind gefallen, darunter «Freund Faust», einer der Mitgründer des Rechten Sektors.

Dennoch: Das Leben im Krieg bleibe das «normale Leben, einfach in etwas extremerer Form». Artjom Luzak zeigt mir auf seinem Mobiltelefon ein Video: Sie sind unter Beschuss, die Separatisten nur hundert Meter entfernt. Sandsäcke sowie eine Mauer dienen als Schutz. Sniper-Schüsse. Trotzdem spassen sie. Einer kurvt mit einem alten Velo herum. Ein junger, etwa zwanzigjähriger Kamerad sagt, ihm seien drei Kugeln so nahe um die Ohren geflogen, dass er ihr Pfeifen gehört habe. «Soll ich dir dafür einen Orden verleihen?», scherzt Artjom. «Ja», sagt der Junge. Und lacht. ○





«Macht im Niedergang»: Obdachloser in Moskau.

Russland schafft sich ab

Grossmacht-Gesten und globaler Machtanspruch – Russland will ernst genommen werden. Doch die Russen sterben aus. Der amerikanische Demograf Nicholas Eberstadt macht eine Mischung aus Alkoholmissbrauch, Geburtenschwäche und Überalterung dafür verantwortlich. *Von Christine Brinck*

Herr Eberstadt, Sie haben vor fünf Jahren in der Studie «Betrunkene Nation: Russlands Entvölkerungsbombe» den langsamen Tod Russlands analysiert. Ganz knapp: zu viel Wodka, zu wenige Geburten. Ist die Bombe mittlerweile entschärft?

Ja und nein. Die gute Nachricht ist, dass Russlands postsowjetischer Bevölkerungsschwund um fast sieben Millionen Menschen zwischen 1992 und 2009 gestoppt worden ist. Dafür sorgt hauptsächlich die Einwanderung aus den früheren Sowjetrepubliken. Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion 1991 verzeichnet Russland mehr Geburten als Tote.

Und die schlechte Nachricht?

Das leicht verbesserte Verhältnis von Geburten und Verstorbenen ist komplett den muslimischen Gebieten wie Tschetschenien und Dagestan geschuldet. Zieht man den Nordkaukasus ab, bleibt Russland eine

Gesellschaft, in der mehr gestorben als geboren wird.

Diese leicht verbesserte Geburtenrate ...

... hat Russlands Fertilität knapp über den europäischen Durchschnitt gehievt, und doch sind die 1,7 Geburten pro russischer Frau im Jahre 2012 immer noch 20 Prozent unter der Ersetzungsrate von 2,1. Die russische Bevölkerung wird bei ausbleibender Einwanderung um 20 Prozent von einer Generation zur nächsten schrumpfen.

Aber auch Deutschland und die meisten EU-Länder schaffen die 2,1-Rate nicht.

Richtig, Russlands Babys-pro-Frau-Verhältnis sieht ganz europäisch aus, aber die Sterblichkeit ist schlimmer als in der Dritten Welt. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation WHO liegt die Lebenserwartung eines 15-jährigen Russen drei Jahre tiefer als in Haiti. Er hat schlechtere Überlebenschancen als ein Teenager in 33 von 48 Ländern, welche die Uno als «am geringsten entwickel-

te Staaten» bezeichnet – etwa Jemen, Mali oder Afghanistan.

Sind nur die jungen Männer gefährdet?

Jungen Frauen ergeht es nicht viel besser. Die Lebenserwartung von 61 Jahren für ein 15-jähriges Mädchen liegt laut WHO drei Jahre unter der von Kambodscha oder Bangladesch. Die Entvölkerungsbombe tickt also weiter, obwohl der Bevölkerungsschwund gebremst zu sein scheint.

Was sind die politischen Gründe?

Ausser in Russland gibt es eine ähnliche Schrumpfung auch in der Ukraine und in Weissrussland. Die Frage muss lauten: Was ist das Besondere an Russlands Geschichte, Kultur und Mentalität? In Lettland, Litauen und Estland hat sich die Gesundheit insgesamt verbessert. Trotzdem haben die grossen russischen Minderheiten in diesen Ländern nicht entsprechend aufgeholt. Es ist, als beobachteten wir ein Experiment am

>>> Fortsetzung nach der Werbestrecke auf Seite 49

lebenden Objekt. Russen ausserhalb Russlands geht es gesundheitlich besser als in Russland, aber schlechter als der Mehrheitsbevölkerung. Die russische Sterblichkeit ist ein Rätsel.

Was müsste Putin tun, um das Sterben zu stoppen?

Putin hat sich in der demografischen Krise bislang so verhalten, als wäre er der Rancher und die russische Bevölkerung seine Herde. Er hat sich auf die Geburtenrate konzentriert und die Gesundheit der Herde vernachlässigt. Ein Herrscher, dem das Leben der Menschen etwas bedeutet, würde sofort Gesundheitspolitik betreiben.

Wie?

Durch einfache Massnahmen wie täglich ein Aspirin für jeden Erwachsenen. Oder den Umbau alter Autos und Taxis in Ambulanzen, damit die Verletzten ins Krankenhaus kommen, bevor sie sterben. Das kostet fast nichts und könnte bis zu 200 000 Leben pro Jahr retten. Langfristig müsste der Kreml eine gross angelegte Bildungsoffensive starten, um die Leute vom tödlichen Trinken und Rauchen abzubringen. Freilich herrscht eine enge Beziehung zwischen Korruption und Gesundheitskrise. Das ist recht offensichtlich, aber der Kreml scheint es nicht wahrzunehmen. Wenn es ein rechtliches Umfeld gäbe, in dem die Leute, vor allem die Kopfarbeiter, von ihren Einfällen und Ideen profitieren könnten, hätten sie einen Anreiz zur Produktivität, zum gesunden Leben. Eine westliche Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre die beste Waffe gegen die Gesundheitskrise. Offensichtlich kann ein korruptes autoritäres System das nicht leisten.

Putin sieht nur die leicht erhöhte Geburtenrate, nicht die kranke Herde?

Es bleibt bei der Tendenz: weniger Babys, mehr Tote. Die Auswirkungen sind zeitlich verzögert. In den Neunzigern und den frühen Nullern entstand ein Babydefizit. Folglich gibt es heute weniger Frauen im gebärfähigen Alter und logischerweise dann weniger Geburten. Zählen wir eins und eins zusammen: Überalterung und die geringe Zahl an jungen Müttern bedeutet einen Überhang von Todesfällen im Verhältnis zu Geburten.

Sind das nur westliche Zahlen?

Nein, selbst Goskomstat, die dem Kreml nahestehende Statistikbehörde, sagt für die kommenden Jahre eine weiterhin hohe Sterblichkeit voraus. Ethnische Russen haben mit Ausnahme der Juden die niedrigste Geburtenrate von allen Volksgruppen.

Deutschland und andere EU-Länder sind auch nicht gerade gebärfreudig.

Deutschland ist eine schrumpfende, aber blühende Gesellschaft. Es funktioniert mit den richtigen sozialen und rechtlichen Systemen. Russland aber geht mit seinem Humankapital viel schlechter um.

Also ist das der Grund für die geringe Lebenserwartung?

Laut WHO werden die Russen vor allem von Herz-Kreislauf-Krankheiten, tödlichen Unfällen und Mord und Selbstmord bedroht.

Herzkrankheiten sind zu erwarten bei fetthaltiger Ernährung und hohem Alkohol- und Tabakkonsum.

«Putin setzt auf immer grössere Risiken; seine Politik wird gefährlicher.»

Nein. Die Griechen rauchen mehr. Die Tschechen trinken mehr. Russen essen weniger Fett als Westeuropäer. Trotzdem weist Russland seit 1980 höhere Todesraten bei Herz-Kreislauf-Krankheiten aus als irgendein anderes Land in der Geschichte. Bei den Todesfällen durch äussere Einflüsse – also durch Unfälle – zeigt sich ein ähnliches Bild. Schon immer war dieser Anteil höher als in Westeuropa, 2006 war er sogar fünfmal so hoch. Die Herz-Kreislauf-Katastrophe ist unerklärlich, erst recht in einer gebildeten Gesellschaft. Russen haben fast genauso viele Schuljahre hinter sich wie Deutsche, mehr als Franzosen oder Italiener. Doch haben sie nicht das deutsche Gesundheitsniveau, sondern eher das von Haiti.

Woher das Paradox «hohe Bildung, niedriges Humankapital»?

Russland produziert einen höheren Prozentsatz an akademischen Abschlüssen als Deutschland oder Frankreich. Aber Russland ist fast das Schlusslicht bei der Wissensproduktion. Russland stellt sechs Prozent der Hochschulabsolventen in der Welt, produziert aber weniger als ein halbes Prozent der



«Nordkorea verhält sich ähnlich»: Autor Eberstadt.

Patente. Es steht hinter Österreich auf Platz 21, ist aber fünfzehn Mal grösser. Im Verhältnis kaum besser als Gabun. Es ist wie in einer Sowjetfabrik, wo alles reingesteckt wird und nichts rauskommt.

Was heisst das für Russland als Grossmacht?

Wirtschaftswachstum hängt von Wissen ab, doch Russlands Wissensproduktion ist defizitär. Ausserdem wird die arbeitende Bevölkerung in den nächsten fünfzehn Jahren schrumpfen. Nicht einmal die Hälfte der heute zwanzigjährigen Arbeiter wird das 65. Lebensjahr erleben. Schliesslich die politischen Defizite wie Umweltzerstörung, Rechtlosigkeit und Korruption. Die Mechanismen, die Begabung in Wohlstand verwandeln, funktionieren in Russland nicht sehr gut.

Russland ist reich an Rohstoffen, an Öl und Gas.

Der Reichtum moderner Nationen liegt in den Köpfen ihrer Menschen, nicht im Boden. Russlands Warenexporte sind kaum grösser als die Belgiens. Energie erzeugt keine Supermacht.

Der Unterschied zum Westen?

Die hochentwickelten OECD-Länder sind Service-Wirtschaften. Dienstleistungen gedeihen nicht in einem korrupten und verunsichernden Umfeld. Bei den weltweiten Dienstleistungsexporten schafft Russland gerade mal ein Prozent.

Kennt Präsident Putin diese beunruhigenden Statistiken?

Es gibt eine Menge sehr guter Demografen und Statistiker in Russland, sowie ungehörte Zahlen. Doch die Leute, auf die der Kreml hört, sind nicht die besten Experten. Diese sind ausgeschlossen, weil der Kreml nur das hören will, was er hören will. Nämlich, dass mehr Babys die demografische Situation fundamental verändern. Die guten Demografen haben stets gesagt, dass man mit Politik allein keine Babys zaubern kann, und schon gar nicht schnell. Auch, dass Baby-Bonus und Muttergeld nicht funktionieren und materielle Anreize erfahrungsgemäss eher in Tschetschenien als in St. Petersburg greifen.

Wie passt Putins Nationalismus zu den deprimierenden Zahlen?

Aus demografischer Sicht sehe ich Russland als Macht im Niedergang, mit geringerem Wirtschaftspotenzial in fünf Jahren und noch geringerem in zehn Jahren. Putin setzt auf immer grössere Risiken; seine Politik wird gefährlicher. Das ist die Strategie eines absteigenden Landes. Nordkorea verhält sich ähnlich. Wenn ich richtig liege mit meiner Einschätzung, dass Aggressivität den Abstieg maskieren muss, darf man künftig mehr davon erwarten.

Nicholas Eberstadt ist politischer Ökonom und Demograf am American Enterprise Institute. Sein wichtigstes Werk ist «Russia's Peacetime Demographic Crisis» (National Bureau of Asian Research, 2010).

«Unser kleiner Triumph»

Martin Greenfield gilt als der beste Schneider der Welt. Seit mehr als sechzig Jahren kleidet er Amerikas Stars und Präsidenten ein. Die Macht von Kleidung erkannte er bereits in seiner Jugend – als KZ-Häftling in Auschwitz. *Von Claas Relotius*

Das Atelier des Meisters liegt in New York City, in einer der verlassensten Strassen Brooklyns, in einem in die Jahre gekommenen Fabrikgebäude ohne Türschild oder Klingel. Martin Greenfield, 86, ist ein weisshaariger Herr mit gewinnendem Lächeln und tailliertem Anzug. Er hat zarte, feingliedrige Hände und das Gesicht eines Menschen, der in seinem Leben sowohl grösstes Leid als auch Glück erfahren hat. Seine Werkstatt ist ein weitläufiger Raum im vierten Stock, voll mit Büsten und Nähmaschinen, gelbes Licht fällt von der Decke. Greenfield sitzt während des Interviews an einem breiten Holztisch, seinem täglichen Arbeitsplatz seit nunmehr 67 Jahren. Mit wachen Augen erzählt er von einem Leben, das ein ebenso historischer wie filmreifer Stoff geworden ist.

Herr Greenfield, Sie kleiden seit fast siebzig Jahren die prägendsten Männer der USA ein, von John F. Kennedy bis Barack Obama, von Muhammad Ali bis Frank Sinatra. Die grössten Hollywoodstars rühmen sich heute Ihrer Bekanntschaft, und Bill Clinton, mit dem Sie eng befreundet sind, bezeichnet Sie als lebende Legende. Im April 1944 waren Sie ein fünfzehnjähriger Junge aus den tschechischen Karpaten, der in den Vernichtungslagern der Nazis hätte sterben sollen.

Die Nummer, die sie mir damals eintätowiert haben, steht noch immer auf meinem Unterarm. *(Er krempelt den linken Hemdsärmel hoch.)* Ich habe ein paar Mal versucht, sie entfernen zu lassen, aber ich kriege sie nicht weg: A4406. Das A steht für Auschwitz. Ich finde meinen jüdischen Namen im Etikett zwar deutlich eleganter, aber die Wirkung ist die gleiche: Ich wache noch mit 86 auf und weiss jeden Morgen, woher ich komme.

Sie haben jahrzehntelang über Ihre Vergangenheit geschwiegen und erst jetzt, mit 86, Ihre Autobiografie geschrieben. Nimmt das Verlangen, vom eigenen Schicksal zu berichten, gegen Ende des Lebens zu?

Wahrscheinlich. Der Gedanke, morgen nicht mehr aufzuwachen und nie über Auschwitz gesprochen zu haben, hat mich beschämt.

In Auschwitz sind Sie dem Lagerarzt Josef Mengele begegnet. In Ihrem Buch schrei-

ben Sie: «Er trug einen feinen Anzug, der selbst beim Sitzen keine Falten warf. Sein elegantes, besonnenes Gesicht umrahmte das glänzende Monokel vor seinem Auge.» Hat Ihnen Mengeles Erscheinung imponiert?

Sie hat mich sogar fasziniert. Es war gleich bei unserer Ankunft: Ich stand mit meinen Eltern und meinen Geschwistern auf einem der Viehwaggons, mein Vater hielt meine Hand, und ich hielt die Hand meines vierjährigen Bruders. Dann ging langsam die

«Der Mann, der an den Gleisen von Auschwitz diese feinen Schuhe trug, war Mengele.»

Ladetür herunter, und die SS-Leute fing an zu brüllen. Ich weiss noch, dass ich kein Wort verstanden habe, nicht weil ich Angst hatte, sondern weil mein Blick auf den funkelnden Lederschuh eines Mannes verharrte, der ein paar Meter entfernt stand. Ich hatte so etwas Schönes wie diese Schuhe nie zuvor gesehen. In dem Dorf, in dem ich aufgewachsen war, trugen die Männer ja bloss einfache Stiefel. Der Mann, der an den Gleisen von Auschwitz diese feinen Schuhe trug, war Mengele. Er sprach kein Wort, hielt nur den Daumen nach rechts oder nach links.

War Ihnen klar, was das bedeutete?

Ich wusste nur, dass wir weit weg von zu Hause und in Schwierigkeiten waren. Mein Vater und ich sollten arbeiten, wir gingen in die eine Richtung. Meine Mutter, meine beiden Schwestern und mein kleiner Bruder gingen in die andere. Alle vier winkten dabei und sagten: «Bis später!» Es war ein sonniger Frühlingstag, und die Vögel zwitscherten. Ich hatte keine Ahnung, dass ich keinen von ihnen wiedersehen würde.

Mengele war einer der schlimmsten Verbrecher des NS-Regimes, berüchtigt für seine Experimente an Lagerinsassen. Kann ein ordentlicher Anzug jedem Menschen den Anschein von Würde verleihen?

Der Philosoph Henry David Thoreau hat mal gesagt: «Ziehe einer Vogelscheuche deinen neuesten Anzug an und stelle dich unbekleidet daneben – wer würde nicht zuerst die Vogelscheuche grüssen?» Würde ist ein grosses Wort, aber ich fürchte, ein guter Anzug verleiht auch Verbrechern einen Anschein von Rechtmässigkeit.



«Ich fürchte, ein guter Anzug verleiht auch

Es gibt Studien, die nahelegen, dass Bankräuber umso erfolgreicher sind, je besser sie sich bei ihren Überfällen kleiden.

Die Magie eines Anzugs besteht darin, dass er einen Mann in etwas verwandeln kann, was dieser gar nicht ist. Jedes Mal, wenn ich Mengele sah, imponierte mir sein stolzer Gang in dieser fabelhaften, passgenauen Kleidung. Er wirkte darin wie ein vorbildlicher Mensch, dem ich ohne zu zögern mein Leben anvertraut hätte. Nicht wie ein Mann, der Babys bei lebendigem Leib verbrannte, Kindern Gift in die Augen träufelte oder behinderten Frauen Stromschläge



Verbrechern einen Anschein von Rechtmässigkeit»: Martin Greenfield.

verpasste, um herauszufinden, wann sie sterben.

Ihre gesamte Familie wurde bald nach Ihrer Ankunft ermordet. Ihre Mutter, Ihre zwei Schwestern, Ihr kleiner Bruder und Ihre Grosseltern wurden in die Gaskammer geschickt. Ihr Vater wurde erschossen. Sie waren damals fünfzehn, und die Nazis teilten Sie und andere Jungen zur Zwangsarbeit ein. Dazu zählte auch, die Leichen anderer Juden zu vergraben.

Ich habe diese Arbeit so stoisch wie möglich erledigt. Dabei habe ich häufig in den Himmel gesehen und darauf gewartet,

dass die Sonne unterging. Sobald es dunkel wurde, durften wir in der Wäscherei arbeiten, was mich zu dem Beruf brachte, den ich heute habe. Beim Waschen der Nazi-Uniformen habe ich einmal so kräftig geschrubbt, dass der Stoff eines SS-Hemds durchriss. Ich wurde dafür heftig verdroschen, aber später liess ich mir von einem Mithäftling zeigen, wie man die Fetzen wieder zusammennäht.

Das erste Kleidungsstück, das Sie genäht haben, war ein SS-Hemd?

Ich habe in meinem späteren Leben Anzüge geschneidert, die bis zu 60 000 Dollar koste-

ten, für Elvis Presley, Clint Eastwood, Paul Newman und Sammy Davis Jr., für all diese schillernden Leute, aber von allen Kleidungsstücken war dieses SS-Hemd immer das wertvollste. Es gab mir Wärme, um die Todesmärsche nach Buchenwald zu überstehen. Und es verschaffte mir Respekt.

Man hat Sie darin anders behandelt?

Die Wärter traten mir deshalb nicht mit Menschlichkeit gegenüber, aber jedenfalls stand ich nie mehr in der ersten Reihe, wenn Häftlinge zum Spass der Aufseher erschossen wurden. Mir wurde da zum ersten Mal bewusst, welche Macht Kleidung hat. >>>

In Ihrer Autobiografie schreiben Sie, dass Sie nach der Befreiung Buchenwalds auf Rache sannen. Dabei hatten Sie es vor allem auf den damaligen Bürgermeister von Weimar abgesehen.

Das hatte eine Vorgeschichte: Während der Inhaftierung in Buchenwald musste ich in einer Munitionsfabrik bei Weimar arbeiten. Dabei entdeckte ich eines Tages einen Kaninchenstall, der zum Anwesen des reichen Bürgermeisters gehörte. Ich war so ausgehungert, dass ich die Tiere beiseiteschob und ihr Futter in mich hineinstopfte. Die junge Ehefrau erwischte mich dabei. Es war bloss Abfall, aber sie und ihr Mann hetzten die Hunde auf mich und liessen mich dafür halbtot prügeln. Damals sind in mir alle Hemmungen gefallen. Ich schwor mir: «Wenn ich überlebe, kehre ich zurück und bringe diese Menschen um.» Tatsächlich bin ich eine Woche nach der Befreiung nach Weimar gefahren, zwei junge Freunde aus dem Lager haben mich begleitet. Auch an Maschinengewehre zu kommen, war nicht besonders schwer.

Der Bürgermeister und seine Frau waren noch nicht geflohen?

Nein. Ich hielt das Gewehr im Anschlag und klopfte an die Tür. Die Frau öffnete, sie hielt ein Kleinkind auf dem Arm und beschimpfte mich als Drecksjuden. Ich war wie versteinert, weil ich merkte, dass ihr Hass noch stärker war als ihre Angst. Mein Finger strich ein paarmal über den Abzug, aber ich konnte nicht abdrücken.

Was hinderte Sie?

Vielleicht ein kleiner Rest von Menschlichkeit. Ich sagte zu der Frau: «Ich bin nicht Mengele. Ich töte keine Mutter mit einem Kind auf dem Arm.» Um unser Gesicht zu wahren, klauten wir ihnen wenigstens den funkelnden, schwarzen Mercedes, der hinter dem Haus stand, und kurvten damit durch die Stadt. Jahre später habe ich erfahren, dass der Bürgermeister und seine Frau sich nur kurz nach dem Krieg die Pulsadern aufschnitten. Was ich nicht

übers Herz gebracht hatte, haben sie dann also selbst erledigt.

Es muss eine unwirkliche Szene gewesen sein: drei minderjährige Juden, die Maschinengewehre und KZ-Kleidung tragen und die im Mercedes eines deutschen Bürgermeisters durch Weimar fahren.

Das war unser kleiner Triumph. Am Strassenrand sind wir zwei hübschen blonden Mädchen begegnet, die zu uns ins Auto stiegen. Ich glaube, sie waren so beeindruckt von unserem Wagen, dass ihnen gar nicht auffiel, wie wir gestunken haben. Es war das erste Mal seit sehr langer Zeit, dass ich mir wieder attraktiv vorkam. Wir sind dann zurück nach Buchenwald gefahren, in diesem teuren Mercedes, mit zwei arischen Schönheiten auf dem Rücksitz. Auf dem Schild am Lagerzaun stand der Schriftzug: «Jedem das Seine». Manchmal hat Gott einen sehr jüdischen Sinn für Humor.

Sie glauben noch an Gott?

Ich versuche es jeden Tag.

Was ist aus dem Mercedes geworden?

Die Amerikaner haben ihn beschlagnahmt. Man drückte uns dafür ein Bündel Ohrringe in die Hand. Ich habe diese gegen Geld getauscht und bin nach Prag gereist. Das Erste, was ich dort gemacht habe, war, mir einen Anzug zu kaufen. Ich fand schon damals, dass ein Mann einen Anzug tragen sollte, wenn er ein neues Kapitel in seinem Leben aufschlägt.

Von dem schottischen Philosophen Thomas Carlyle stammt der Satz: «Die Menschen verkommen, wenn sie kein Feierkleid anziehen.»

Darin steckt mehr Wahrheit, als man denkt. Die Zeit im KZ hatte bei mir ein Verlangen nach Schönheit geschürt, das ich vorher gar nicht kannte. Ich war sogar kurz davor, in die tschechoslowakische Armee einzutreten, nur weil ich die Uniformen der Soldaten so bewunderte. Als die Spannungen mit den Sowjets zunahmen, entschied ich, dass dies vielleicht doch keine gute Idee war.

Stattdessen sind Sie in die USA ausgewandert. Sie waren damals achtzehn, besaßen

kaum Geld und kannten dort niemanden. Hatten Sie keine Angst vor dem, was Sie in dem fremden Land erwarten würde? Ich hatte Auschwitz überlebt, ich fühlte mich unverwundbar.

Es war diese Fabrik, die heute Ihnen gehört, in der Sie damals gelandet sind und eine Lehre als Schneider begonnen haben. Ich hatte keinen Penny auf mir und musste irgendwie zu Geld kommen. Überleben und Nähen war das Einzige, was ich in den Konzentrationslagern gelernt hatte.

Der damalige Eigentümer der Fabrik war der berühmte Schneider William P. Goldman, zu dessen Kundenstamm schon damals einige Hollywoodstars zählten.

Ich hätte keinen besseren Lehrmeister haben können. Die ersten Jahre habe ich nicht mal Geld bekommen, nur kostenloses Essen und einen Schlafplatz unter dem Dach. Aber das war mir die Ausbildung wert.

Ihr Lehrmeister muss Ihr Talent früh erkannt haben. Keine sechs Jahre nach Ihrem ersten Arbeitstag durften Sie einen Anzug für den damaligen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower schneidern.

Die anderen Schneider waren erkrankt, nur deshalb durfte ich einspringen. Mein Gott, ich weiss noch, wie meine Hände zitterten! Ich war mir sicher, ich würde mit diesen Händen nie ein sauberes Mass hinbekommen. Die Tatsache, dass ich den Präsidenten treffen sollte, war nur das eine. Auf dem Weg ins Weisse Haus befahl mich zudem der Gedanke, wie tief ich in dessen Schuld stand.

Eisenhower hatte noch im Krieg als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte gedient und mit den amerikanischen Truppen das Konzentrationslager Buchenwald befreit.

Das war nicht mal zehn Jahre her. Damals in Buchenwald musste ich mich am Lagerzaun festhalten, um dem General die Hand zu schütteln. Ich hatte ihm und den Amerikanern mein Leben zu verdanken. Das Einzige, was mir dann als Schneider durch den Kopf ging, war: «Ich muss meinen Befreiern etwas zurückgeben.»

«Wer wollte wen umbringen?» – «Brando mich und ich Brando.»

Haben Sie Eisenhower wissen lassen, dass Sie sich schon einmal begegnet waren?

Nein, er hätte sich sowieso nicht erinnert. Aber die Anzüge waren makellos, er hat sich bei nächster Gelegenheit bei mir bedankt. Ich habe ihm erneut die Hand gedrückt, diesmal kräftiger als noch in Buchenwald, und ebenfalls danke gesagt.

Stimmt es, dass Sie dem Präsidenten in den Jahren darauf ungefragt Ratschläge in Sachen Aussenpolitik gaben?

Ich dachte, ich muss die Chance nutzen, dem mächtigsten Mann der Welt so nah zu sein. Ihn anzusprechen, gehörte sich nicht für einen jungen Mann wie mich, also habe ich bei jedem neuen Anzug kleine Botschaften in den Innentaschen hinterlassen. Einmal habe ich ihm sogar einen Zettel in seine Golfhose genäht.

Was stand darauf?

Es war die Zeit der Suezkrise. Grossbritannien, Frankreich und Israel waren plötzlich



«Ich fühlte mich unverwundbar»: Lager Gabersee, 1946/47.



«Das Geheimnis, reichen Männern Kleidung zu verkaufen, besteht darin, ihre Frauen glücklich zu machen.»

wieder im Krieg, dabei ging es vor allem um wirtschaftliche Interessen. Eisenhower war damals kurz davor, amerikanische Truppen in den Nahen Osten zu schicken. Ich hielt das für keinen guten Plan, also schrieb ich auf den Zettel: «Warum schicken Sie keine Dollars?»

Haben Sie je eine Antwort bekommen?

Der Präsident muss mich für verrückt gehalten haben. Er hat natürlich nie geantwortet, aber offenbar hat er die Geschichte im Weissen Haus weiter erzählt. Vier Jahrzehnte später nahm mich Bill Clinton auf den Stufen des Capitols zur Seite und sagte: «Wenn Sie einen guten Rat für mich haben, schicken Sie mir bitte einfach ein Fax!» Auf den Innenseiten seiner Anzüge, sagte er, würde er zu selten nachsehen.

1977, dreissig Jahre nach Ihrem ersten Arbeitstag, haben Sie diese Fabrik für 100 000 Dollar gekauft. Damals arbeiteten hier sechs Angestellte, heute sind es 129. Sie müssen nicht nur ein begnadeter Schneider, sondern auch ein guter Geschäftsmann sein.

Ich habe kein Geschäftsgeheimnis. Das ganze Geheimnis, wohlhabenden Männern Kleidung zu verkaufen, besteht darin, ihre Frauen glücklich zu machen. Solange diese zufrieden sind, werden die Männer immer wieder kommen.

Ihre namhaften Kunden dürften die beste Werbung sein und Ihren Ruf befeuern.

Ich habe mir diesen Ruf hart erarbeitet. Und die Arbeit mit Showstars ist nicht immer einfach. Mit Marlon Brando stand ich schon in diesem Zimmer, Faust gegen Faust, und meine Sekretärin musste die Polizei rufen, um einen Mord zu verhindern.

Wer wollte wen umbringen?

Brando mich und ich Brando. Das war Anfang der Neunziger, er hatte einen teuren Blazer bei mir bestellt, italienische Seide, feinsten Stoff. Marlon hatte einen ausgezeichneten Geschmack, aber er ass und trank so viel, dass er jede Woche ein paar Pfund zunahm. Das grösste Problem war, dass er sich das Übergewicht nicht eingestehen wollte. Er beharrte auf Massen, die ganz und gar nicht seine waren, und wenn ich ihn darauf hinwies, rastete er aus und begann, mein Atelier zu verwüsten.

Brando galt als Hitzkopf, der keiner Schlägerei aus dem Weg ging. Sie haben sich trotzdem mit ihm angelegt?

Grosse Namen haben mich nie eingeschüchtert. Ich glaube, Marlon Brando ärgerte vor allem, dass es überhaupt jemand wagte, ihm zu widersprechen. Er führte ständig diese Entourage aus Leuten mit sich, die ihm den Hintern puderten, etwas anderes war er gar nicht mehr gewohnt. Wir sind uns damals an die Gurgel gegangen, am Ende hatte er eine blutige Nase und ich ein aufgeschlagenes Kinn, aber ich gewann seinen Respekt. Von diesem Tag an wurden wir eng Freunde. Er nannte mich

noch am Sterbebett seinen «jüdischen Berater».

Brando, Presley, Sinatra – sie alle sind wie Pilger hier rausgefahren, um sich von Ihnen einkleiden zu lassen. Es heisst, Sie wären noch heute nicht bereit, Ihren Kunden hinterherzureisen.

Es gab Zeiten, da war dieses Geschäft so klein, dass wir dankbar waren für jeden Arbeiter aus der Nachbarschaft, der durch diese Tür kam, um sein Sonntagsjackett flicken zu lassen. Mittlerweile zählen zu den Kunden eben berühmte Stars und Politiker, aber sollte ich diese nun hofieren, nur, weil sie mehr bezahlen? Allein bei Präsidenten mache ich Ausnahmen, da betrachte ich es als patriotischen Dienst.

So wie bei George W. Bush? Es heisst, Sie seien am 11. September 2001, als Flugzeuge in das World Trade Center flogen, mit dem Präsidenten verabredet gewesen.

Ich habe an diesem Tag in Washington auf ihn gewartet, wir hatten einen Termin. Der Präsident sollte am Nachmittag aus Florida zurückkehren, und ich sollte noch am Abend neue Anzüge für ihn ausmessen. Dann kam der Lauf der Geschichte dazwischen. Ich habe im Fernsehen gesehen, wie der zweite Twin Tower einstürzte. Genau eine Stunde später rief mich eine Dame aus Bushs Büro an und sagte, man werde unseren Termin verschieben müssen.

Viele Amerikaner haben sich nach den Anschlägen in einen trotzigem Konsumrausch gestürzt, um sich mehr denn je an schönen Dingen zu erfreuen. Haben Sie davon etwas gemerkt?

Man konnte es schon am nächsten Morgen spüren. Ich hatte am 12. September eine Filialeröffnung in Washington, die wir nicht absagten, obwohl kaum damit zu rechnen war, dass an diesem Tag irgendjemand kommen und einen Anzug kaufen würde. Tatsächlich standen die Leute Schlange wie nie zuvor. Es war ihre Art, mit dem Grauen umzugehen. Nach dem Krieg hatte ich in den Strassen von Prag ganz Ähnliches erlebt. Ich glaube, je schlimmer die Erlebnisse der Menschen sind, desto grösser wird ihr Bedürfnis, die schönen Seiten des Lebens zu feiern.

Wenn Sie heute auf Ihr Leben zurückblicken – überwiegt dann das Leid oder das Glück, das Sie erfahren haben?

An manchen Tagen kommt mir die tätowierte Nummer auf meinem Arm schon etwas verblasst vor. Ich habe viel Gutes erlebt. Ich liebe eine Frau, mit der ich seit fast 57 Jahren verheiratet bin. Ich bin Vater und Grossvater geworden. Meine Söhne werden eines Tages dieses Geschäft weiterführen. Man kann ein Jahr in Auschwitz nicht aufwiegen, aber in meinem Leben gab es viel mehr Sonne als Finsternis. ○



Fotografie «Aminata Faye» von Omar Victor Diop aus Senegal.



Stil & Kultur

Suchbild Afrika

Von *Daniele Muscionico*

Alles so schön bunt hier. Exuberant und exzessiv. Frisuren sind Termitenhügel. Tanzen findet im Freien statt, mit blossen Füßen. Männer tragen tierisch viel Muster und brüllende Farben, die im Land der Dichter und Denker umgehend Verdacht erregten. Keine Frage: Diese Bilder zeigen kein Bild des sklerotischen Europa, dieses angstbesessenen Vorgartens zur Welt. Diese Bilder zeigen Welt tatsächlich. Sie sind Welt-Bilder aus Afrika.

Afrika? Wie kann man ein Konstrukt aus Staaten, die von Europäern ausradiert, verschoben, neu erfunden und ersetzt worden sind, in einen einzigen Namen fassen? Allein der Name «Africa» entstammt dem Einfall eines Europäers, eines Feldherrn der römischen Republik. «Afrika», wenn nicht in Bodenschätzen, Wirtschaftsinteressen gemessen, steht noch immer für unsere Sehnsucht nach dem anderen. Dem Echten.

Eine Zusammenarbeit zwischen dem Vitra-Design-Museum, Weil am Rhein, und dem Guggenheim-Museum, Bilbao, wagt einen neuen Schritt auf die mentale Terra incognita zu. «Making Africa – A Continent of Contemporary Design» heisst die Ausstellung, die alles ein bisschen anders und vieles ein bisschen besser macht. Nicht nur, aber auch, indem man als beratenden Kurator Okwui Enwezor, den in Nigeria geborenen Direktor des Hauses der Kunst in München und der diesjährigen Biennale in Venedig, verpflichtet hat. Während zweier Jahre wurden in Think-Tanks und Interviews Designer, Künstler, Wissenschaftler, Architekten, Galeristen und Kuratoren in afrikanischen Metropolen befragt, um an Quellenmaterial zu gelangen.

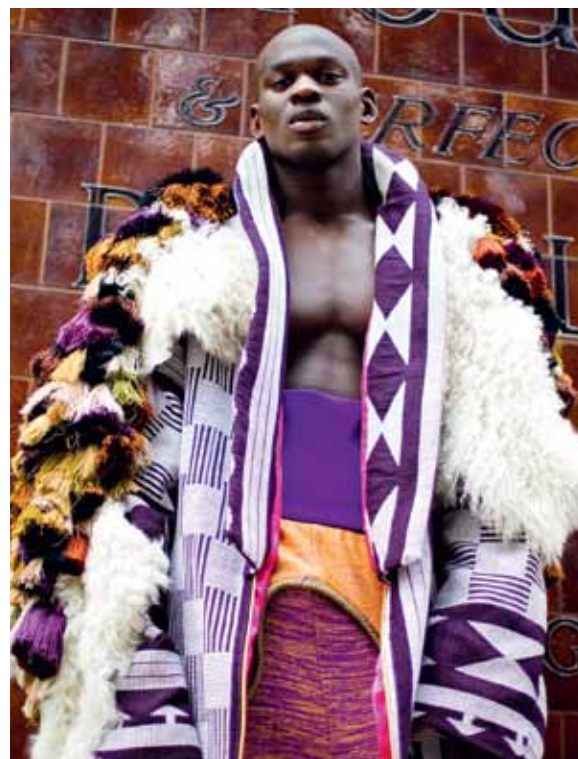
Zusammengekommen sind Fotografie, Grafik, Möbel, Zeitschriften, Filme und Videos, Modeentwürfe afrikanischer Zeitgenossen – und eine These, die zugespitzt so lauten könnte: Afrikanisches Design der Gegenwart ist eine globale Grösse. Es ist Trendsetter auf Laufstegen von New York bis Schanghai, in Grafikateliers von London bis Lahore sowie in Concept-Stores an der Zürcher Bahnhofstrasse.

Das Material der Ausstellung ist riesig und die Kritik an der Mission enorm. Doch ob postkolonialistisch oder avantgardistisch, politisch korrekt, überkorrekt oder ein Rückfall ins Vorkorrekte: Hier und endlich reden afrikanische Menschen über ihre Heimat, in Bild, Schrift und Ton. Allein deshalb ist Weil diesen Sommer eine Reise wert, niemals floss der Kongo direkt hinter dem Rhein.

Making Africa – A Continent of Contemporary Design:
Vitra-Design-Museum, Weil am Rhein. Bis 13. September.



Bild des nigerianischen Fotografen J.D. 'Okhai Ojeikere.



Mode des Designers Buki Akib aus Nigeria.



«Nuit de Noël» des malischen Fotokünstlers Malick Sidibé.

Bestseller

Belletristik

- 1 (4) **Donna Leon:** Tod zwischen den Zeilen (*Diogenes*)
- 2 (-) **Lori Nelson Spielman:** Nur einen Horizont entfernt (*Fischer Krüger*)
- 3 (-) **Ruth Schweikert:** Wie wir älter werden (*S. Fischer*)
- 4 (1) **Martin Suter:** Montecristo (*Diogenes*)
- 5 (2) **Martin Walker:** Provokateure (*Diogenes*)
- 6 (3) **Andrea Camilleri:** Das Spiel des Poeten (*Bastei Lübbe*)
- 7 (5) **Viveca Sten:** Tod in stiller Nacht (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 8 (7) **Blanca Imboden:** Matterhörner (*Wörterseh*)
- 9 (-) **Lukas Hartmann:** Auf beiden Seiten (*Diogenes*)
- 10 (6) **Jussi Adler-Olsen:** Verheissung – Der Grenzenlose (*DTV*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders:** Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (6) **Thomas Gottschalk:** Herbstblond (*Heyne*)
- 3 (3) **Per J. Andersson:** Vom Inder, der auf dem Fahrrad ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 4 (4) **Thomas Maissen:** Schweizer Heldengeschichten ... (*Hier und Jetzt*)
- 5 (-) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 6 (-) **Mahtob Mahmoody:** Endlich frei (*Ehrenwirth*)
- 7 (2) **Joachim Bauer:** Selbststeuerung (*Blessing*)
- 8 (-) **Eben Alexander, Ptolemy Tompkins:** Vermessung der Ewigkeit (*Ansata*)
- 9 (5) **Wilhelm Schmid:** Gelassenheit (*Insel*)
- 10 (7) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Richard Prince

An der Biennale Venedig 2003 sah der Schweizer Fotograf Hannes Schmid plötzlich eine seiner Marlboro-Man-Fotografien an der Wand hängen. Als Urheber war der gefeierte US-Künstler Richard Prince vermerkt, der Schmid's Bilder abfotografiert hatte und unter seinem Namen für Hunderttausende von Dollars verkaufte. «Appropriation Art» nennt sich das im Fachjargon, juristisch lässt sich dagegen nicht vorgehen. Prince nahm mit seiner geklauten Kunst die Kopiermentalität des Internetzeitalters vorweg. Nun beschwerten sich Nutzer der Internet-Fotoplattform Instagram, wo sich Prince neuerdings bedient. Der Klauvorgang ist heute nichts mehr Aufsehenerregendes – doch die wundersame Wertvermehrung durch seine Aneignung, daran wird man sich wohl nie gewöhnen. (rb)

Literatur

Kampfzone Heidiland

Hartnäckig verklärt der Begriff «Heidiland» die Schweiz als geheucheltes Idyll. Entspricht diese Vorstellung wirklich jener Welt, welche Johanna Spyri zur Darstellung brachte? Von Maurus Federspiel

Im Facebook-Zeitalter ist das Image *key*, wie der Amerikaner sagt – also essenziell, zentral; die ehemaligen Gegenpole Schein und Sein lassen sich darum nicht mehr für jeden so klar auseinanderhalten, das ist verständlich. Wenn also heute manch einer besorgt ist um den Schein der Schweiz, meint er vielleicht sogar tatsächlich ihr Sein. Dieser Schein aber sei besonders gefährdet – nämlich durch das Heidiland-Image, bewirtschaftet von Tourismusverbänden, TV-Vereinfachern und natürlich von der unbeliebtesten und wählerstärksten Schweizer Partei.

Der Schriftsteller Pedro Lenz meint etwa: «Wir wollten etwas verkaufen, das es vermutlich auch nie gab!» Nämlich «das Heidiland Schweiz, die Schweiz von Wilhelm Tell, diese Morgarten-Schweiz». Die zuverlässig langweilige Basler *Tageswoche* ringt sich den Witz ab, «Heidiland – vielleicht wäre das auch gleich ein passender Landesname, er liesse sich besser vermarkten als das umständliche «Switzerland»». Der ehemalige Germanistikprofessor Peter von Matt konstatiert: «Zum Heidi-Land macht sich die Schweiz vor allem selbst.» Und unbeeindruckt davon, dass neue Gemeinplätze am abgedroschensten sind, ist der Heidiland-Kampfbegriff in politischen Leserbriefscharmützeln und Internetkommentaren ein Dauerbrenner.

Reine Bergwelt

Aber was ist dieses Heidiland eigentlich? Wer sich an die japanische Trickfilmserie «Heidi» erinnert, dürfte tatsächlich Eindrücke einer porentief reinen Landschaft, ewiger alpiner Heiterkeit und unbedingter Charaktersüsse zurückbehalten haben. Das stimmt mit dem polemisch gebrauchten Schlagwort überein. Doch entspricht diese Fernseh Erinnerung auch jener Welt, welche die Autorin Johanna Spyri (1827–1901) literarisch zur Darstellung brachte?

«Heidis Lehr- und Wanderjahre» erschien 1880 und gehört seitdem zum Kanon der Jugendliteratur. Die Hälfte der Erzählung trägt sich zu in einem Bergdorf in der Bündner Herrschaft oberhalb von Maienfeld: «Ein Fussweg führt durch grüne baumreiche Fluren bis zum Fusse der Höhen, die von dieser Seite gross und ernst auf das Tal herniederschauen. Wo der Fussweg zu steigen anfängt, beginnt bald Heidiland mit dem kurzen Gras und den kräftigen Bergkräutern dem Kommenden entgegenzudriften, denn der Fussweg geht steil und direkt zu den Alpen hinauf.» Es ist jene keusche Ge-

birgslandschaft, in der sich die Seele plötzlich geklärt und frei fühlt und wo jeder Wanderer für ein paar Stunden unwillkürlich zum Pantheisten wird, bevor er wieder ins urbane Mittelland zurückkehrt.

Aber die Würdigung einer von Industrie und Autobahnen verschonten Natur durch den romantischen Jugendroman kann es nicht sein, die so viel Widerwillen hervorruft, dass man aus seinem Titel eine Spottparole macht – zumal wir diese Natur ja, empört über Urwaldabholzung und Gletscherschrumpfen, wieder mehr denn je hochzuschätzen wissen. Worin hat also dieses Schmähwort seinen Anlass? Vielleicht ist es der Verdacht auf ein geheucheltes Idyll, auf eine bäuerliche Beschaulichkeit, die man als kalkulierte Beschönigung ansieht, auf die rustikale Reinheit, die als unehrlich empfunden wird und dem «Heidiland Schweiz» als Selbstverklärung vorgeworfen wird. Überprüfen wir diesen Verdacht.

Der drastische Einstieg halt nach

Die Erzählung beginnt damit, dass Heidi an der Hand ihrer Tante Dete zu einem Weiler «auf halber Höhe der Alp» und weiter zum zurückgezogen in einer abgeschiedenen Hütte lebenden Alpöhi geführt wird. Wir erfahren die Vorgeschichte: Der Alpöhi war als älterer Bruder der Erbe «eines der schönsten Bauerngüter im Domleschg». Doch er «wollte nichts tun, als den Herrn spielen und im Land herumfahren und mit bösem Volk zu tun haben, das niemand kannte. Den ganzen Hof hat er verspielt und verzecht, und wie es herauskam,

Nicht genug: Der Alpöhi landet im Militär in Neapel, wo er im Handel jemanden totschießt.

sind sein Vater und seine Mutter hintereinander gestorben vor lauter Gram, und der Bruder, der nun auch am Bettelstab war, ist vor Verdruss in die Welt hinaus», erzählt Dete. Nicht genug: Der Alpöhi selber landet irgendwie im Militär in Neapel, wo er im Handel jemanden totschießt und flüchten muss. Nach zehn oder zwölf Jahren taucht er in der Heimat wieder auf mit einem halberwachsenen Buben, Mutter unbekannt. Dem Sohn vermag er immerhin eine Ausbildung zum Zimmermann zu finanzieren, aber kurz nachdem dieser mit einem Dorfmadchen – der Schwester Detes – ein Kind bekommt, wird er beim Haus-



Gesten tiefer menschlicher Schönheit: spielende Kinder in Visperterminen im Jahr 1938.

bau von einem Balken erschlagen. Darauf stirbt auch die Kindsmutter, und zurück bleibt also die kleine Heidi. Der Alpöhi zieht sich verbittert zurück, das kleine Kind bleibt bei Dete. Jetzt aber wird Dete als Dienstmädchen zur Familie Sesemann nach Frankfurt fahren und übergibt die fünfjährige Heidi deshalb in die Obhut des bärtigen Einsiedlers.

Wenngleich der dunkle Hintergrund des alten Mannes im weiteren Verlauf der Erzählung nicht mehr thematisiert wird, bleibt er in dessen menschenfeindlicher, wortkarger Haltung doch ständig gegenwärtig, und der drastische Einstieg hallt leise nach. Zum Ende des Romans hin wird dann deutlich, dass die entzückende Heidi zwar im Zentrum der Darstellung steht, der Alpöhi aber in Wahrheit die narrative Mitte bildet: «Heidis Lehr- und Wanderjahre» sind nichts anderes als eine bukolisch-helvetische Variante der biblischen Erzählung vom verlorenen Sohn: Heidi verbringt einige Zeit beim Alpöhi, der sich von Gott und aus dem Kreis der Menschen verstossen fühlt und sich darum trotz guter Zureden durch den Pfarrer weigert, das Kind im Dorf zur Schule zu schicken. Und gerade, als sich sein Herz et-

von zu Hause auszieht, sein Erbe verprasst, in der Gosse landet, sich von Abfällen ernährt, sich endlich auf seinen Vater besinnt und daheim wider alle Erwartung wieder warm aufgenommen wird: der verlorene Sohn also. Der Alpöhi erkennt plötzlich, dass seine Isolierung selbstverschuldet ist, und kehrt an der Hand Heidis in die Dorfgemeinschaft zurück, wo er nach anfänglicher Verblüffung bald freudig willkommen geheissen wird – ja die Dorfleute waren ihm eigentlich immer zugetan, nur er hatte sie immer zurückgewiesen.

«Heidi» heute

«Heidi» nimmt ein Happy End. Als Jugendbuch hat es ein solches verdient. Von einem falschen Idyll kann dabei aber nicht die Rede sein. Im Gegenteil. Bei der Lektüre müssten sich dem modernen Leser, der an unsere wohlverwaltete Fürsorgegesellschaft gewöhnt ist, eigentlich die Haare sträuben.

Da bringt ein Zehnjähriger, Heidis Freund Geissenpeter, den ganzen Tag mit einer kleinen Herde Ziegen allein auf einer Alp zu, ein sozial verwaarloster Analphabet. Ist es nicht bestürzend, dass Base Dete keine andere wirtschaftli-

Teil der Wirklichkeit akzeptiert und bejaht werden, sind hier Gesten tiefer menschlicher Schönheit möglich.

Um diesen Gedanken zu verdeutlichen, darf man sich einmal eine zeitgenössische «Heidi»-Erzählung vorstellen: Die Kesb vernimmt von dem Fall, verfügt eine Fremdplatzierung, worauf Heidi in einer Pflegefamilie untergebracht wird. Dem Alpöhi wird zwar ein Besuchsrecht eingeräumt, aber wegen seines Jähzorns kommt es zu dauernden Schwierigkeiten; die Behörden sind überfordert, man ordnet eine achttellige Psychotherapie an für den renitenten Alten. Aber die Sache ist noch komplizierter: Auch Heidis Vater Tobias schaltet sich in den Streit ein – er ist ja nicht gestorben, weil er bei der Arbeit einen Helm trug. Schäden hat er schon davongetragen, auch mentale, aber dafür bezieht er jetzt eine IV-Rente. Er will das Mädchen bei sich, weil er sich davon Zusatzleistungen erhoffen kann. Klara wurde frühzeitig behandelt und ist kerngesund, spricht: eine grossbürgerliche Zicke, gewöhnt daran, dass sie alles kriegt, was sie will; ihr Ziel: Modelkarriere. Die Ziegen werden artgerecht gehalten, die Erfüllung der Tierschutznormen im Stall wird re-

Lindt
CONNAISSEURS

„Die Königliche...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.

was aufzuweichen anfängt, taucht Dete wieder auf und nimmt das Mädchen mit nach Frankfurt: Die Tochter des Hauses Sesemann, Klara, schwächelnd, halb gelähmt und allein, sehnt sich nach einer Kameradin.

In Frankfurt nun wird Heidi von fürchterlichem Heimweh geplagt. Sie fängt an zu beten, fühlt sich aber nicht erhört, bricht ab, resigniert, wird selber schwach und sterbensmatt. Doch die mitfühlende alte Frau Sesemann rät ihr zu, weiter an eine gute Lösung zu glauben, und endlich wird die Kleine wieder heim in die Berge geschickt, wo sie sich sogleich erholt. Jetzt aber vollzieht sich auch die bestimmende Wandlung am Alpöhi: Heidi gibt ihren Glauben ans Gute an ihn weiter und vermittelt ihm, man müsse eben selber die Hand ausstrecken, wenn man aus einem Abgrund befreit werden wolle, sonst «hat kein Mensch Mitleid mit ihm, sondern alle sagen nur, er ist ja zuerst vom lieben Gott wegelaufen, nun lässt ihn der liebe Gott auch gehen, der ihm helfen könnte». Ausserdem hat sie in Frankfurt endlich doch noch lesen gelernt und liest dem Alten jetzt als Erzählung in der Erzählung die Geschichte eines Hirten vor, der

che Aufstiegsmöglichkeit sieht, als sich im fernen Frankfurt als Hausmädchen zu verdingen, in einem Haushalt, in dem die Bediensteten in der dritten Person angesprochen werden («Komm Er her, Bursche»)? Was ist das für eine Baustelle, auf der Alpöhis Sohn Tobias so mir

Bei der Lektüre müssten sich dem modernen Leser eigentlich die Haare sträuben.

nichts dir nichts den Tod findet? Warum kummert sich keiner um die (namenlose) Grossmutter, die blind in der Ecke sitzt und offenbar kurz davor ist, hungers zu sterben? Gibt es keine Behandlung für die gelähmte Klara?

Es ist eine Welt, die Tragik kennt; das ist ein Wissen, das uns beinahe abhandengekommen ist. Man weiss um die Gebrechlichkeit des Daseins. Zwar unterstützt man sich gegenseitig – etwa innerhalb der Dorfgemeinschaft –, so gut es geht, doch ohne jede Sentimentalität und ohne aufdringliches Mitgefühl. Aber gerade weil Schrecken, Endlichkeit und Tod als

gelmässig von einem ETH-Studenten überprüft, damit die Landwirtschaftssubventionen fliessen. Geissenpeter ist Fotograf geworden in Zürich; beim Fotoshooting auf der Alp lässt er sich mit der hübschen Klara auf ein unverbindliches Abenteuer ein. Die Grossmutter ist im Tertianum, man besucht sie mindestens einmal im Monat. Familie Sesemann beschäftigt eine Thailänderin, zuerst illegal, dann offiziell, also in Übereinstimmung mit den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Heidi hat Hautausschläge, aber die werden mit Kortison niedergehalten ... Ja, es ist eine gute Welt, sie ist sozial und nachhaltig, und die Gründe sind vernünftig. Aber haftet ihr nicht auch bisweilen etwas ernüchternd Flaches an?

Ins Heidiland der echten fiktiven Heidi führt kein Weg zurück; dass man sich aber gelegentlich an seinen Geist zurückerinnert, sollte nicht mit so viel verächtlichem Naserümpfen quittiert werden.

Maurus Federspiel studierte Creative Writing in New York und war journalistisch tätig. Zuletzt erschien von ihm der Roman «Feind» (Van Eck Verlag).

Bitterer, schärfer, selbstironischer

Meine Mutter hat 1960 das Standardwerk «Der jüdische Witz» herausgegeben. Eine Würdigung anlässlich des Kabarettfestivals Spektakuli. Von Valentin Landmann

Salcia Landmann, meine Mutter, wurde 1911 im Osten der Donaumonarchie geboren. 1914 – zu Beginn des Ersten Weltkriegs – zogen ihre Eltern mit ihr nach St. Gallen in die Schweiz, um dem kriegerischen Geschehen auszuweichen. Zur Schweiz pflegten sie bereits geschäftliche Beziehungen. Man meinte, nach ein paar Monaten zurückkehren zu können, doch aus den paar Monaten wurde ein ganzes Leben.

Salcia studierte im Hauptfach Philosophie, zunächst in Paris und Berlin – in Zeiten des politischen und geistigen Umsturzes vor dem Zweiten Weltkrieg –, und führte ihre Studien in Basel zu Ende. Bereits im Laufe des Studiums erkannte sie, dass der jüdische Witz, wie sie ihm damals begegnete, in wenigen Worten klar und profund oft mehr sagte, als der philosophische Fachmann in dicken Wälzern ermüdend darlegen konnte. Der jüdische Witz ist bitterer, schärfer, selbstironischer und oft dichterischer als der Witz anderer Völker. Jüdische Witze weisen andere Dimensionen und Variationen auf: Sie verspotten nur selten einzelne Eigenschaften des Menschen, sondern stellen oft die gesamte menschliche Situation mit Schmerz und Bitterkeit in Frage. Dazu kommt die Selbstkritik. Gerade Selbstkritik ist eine Eigenschaft, die man bei den «Herrschenden» und fundamentalistisch Gesinnten nie findet. Oder sie enthalten auf den Punkt gebracht menschliche und ökonomische Weisheiten auf engstem Raum.

Ein Grossteil der wirklich guten Witze, die wir kennen, lässt sich leicht auf den jüdischen Ursprung zurückverfolgen. Gemäss Salcia Landmann zwang die besondere neuzeitliche Situation der Juden in Mitteleuropa, die nicht mehr die mittelalterliche Gläubigkeit und Gottergebenheit besaßen, in der Tat entweder zur Flucht aus dem Judentum, zur Verzweiflung oder aber zum Witz.

Salcia Landmann sammelte bereits in der Basler Studienzeit vor allem bei Emigranten aus dem gesamten europäischen Raum jüdische Witze und durchforschte alle zugänglichen Publikationen. Die Jahre der Nationalsozialisten, in denen der grösste Teil ihrer in verschiedenen Ländern Europas lebenden Familie vernichtet wurde, bestärkte sie in ihrer Ansicht, dass Sigmund Freuds Aussage «der Witz ist die letzte Waffe des Wehrlosen» auf den jüdischen Witz in besonderem Masse zutraf. Aber sie sah auch, dass Wehrlosigkeit allein noch keinen Witz hervorbringt. Beim jüdischen Witz, dem Witz eines zerstreuten Volkes, kamen andere Elemente hinzu, vor allem die über Jahrhunderte bewahr-



Grosser Erfolg: Philosophin Landmann.

te und immer weiter vertiefte talmudische Bildung des Volkes, das seine Tradition und Eigenständigkeit durch Bildung im biblischen und nachbiblischen Schrifttum bewahrt hatte.

Sie schrieb bis zum Tod

Während ihr Ehemann Michael Landmann Professor für Philosophie an der Freien Universität Berlin wurde, blieb Salcia Landmann dem ostschweizerischen St. Gallen treu. Sie lebte ihn ihren vier Wänden, mit ihren Büchern, immer an ihrer alten Triumph-Schreibmaschine sitzend, auf der sie bis zum Tode ihre Werke schrieb.

Als 1960 die erste Auflage ihres Buches «Der jüdische Witz» als Sammlung und soziologische Deutung erschien, war ich gerade zehn Jahre alt. Mit ihrem Buch setzte sie einer zerstörten Kultur ein Denkmal. Ein lebendiges Denkmal zu einer Zeit, in welcher vor dem Hintergrund der Vernichtung kaum jemand mehr gerade an den Witz als kulturelles Erbe der Juden dachte. Das Buch wurde ein grosser Erfolg, bis heute hat es sich über eine Million Mal verkauft. Die weiteren Auflagen waren mehr und mehr geprägt und angereichert durch mündliche und schriftliche Überlieferungen von Lesern, die meiner Mutter ihre jüdischen Witze zur Publikation zukommen liessen. In unserem Haus in St. Gallen trafen sich Literaten, ehemalige Emigranten und Überlebende, die

von ihrem Leben erzählten. Viele mit einem Schicksal, das sie gelehrt hatte, den Witz als Waffe der Wehrlosen schätzen zu lernen.

Jede Auflage mehrte die Sammlung, half die Züge der Selbstkritik, der Schärfe, mitunter des Zynismus stärker hervorzuheben. In den Publikationen von Salcia Landmann blieb eine Welt lebendig, die sie selber letztlich als unwiederbringlich verloren ansah: «Der jüdische Witz setzt eine grosse religiöse Bildung voraus, wie sie heute nur noch Fundamentalisten mitbringen – und die haben keinen Humor.» Das war einer ihrer Schlüsse. Über Vergangenes zu schreiben, erzeugte bei Salcia Landmann auch in anderen Gebieten den Wunsch, kulturelle Werte zu bewahren und Personen zu verteidigen, die ungerechtfertigt angegriffen wurden.

Die Grundwerte der schweizerischen und generell der westlichen Demokratien lagen ihr am Herzen und sie nahm kein Blatt vor den Mund, wenn sie in scharfer und witziger Form davor warnte, diese zu opfern. Als es in Westeuropa noch Mode war, dem Marxismus zu huldigen, schrieb sie couragiert gegen diese Tendenzen – quasi als Cassandra mit Humor –, zum Beispiel in ihrem Buch «Marxismus und Sauerkirschen». Sie war Repräsentantin einer raren Spezies: eine Konservative mit Witz. Und ich bin ihr dankbar dafür, dass sie auch mich darin bestärkt hat, Werte nicht nur zu erhalten, sondern mich auch dafür einzusetzen, Freiheiten zu bewahren und für diejenigen einzutreten, die sich alleine nicht verteidigen können.

Drei Beispiele des jüdischen Witzes:

«Abi ist gestorben. Gehst du zu seinem Begräbnis?» – «Warum sollte ich? Wird er zu meinem Begräbnis kommen?»

Mosche geht zum Rabbi und fragt: «Warum geht es meinem Geschäft so viel schlechter als dem von Jonathan? Ich arbeite Tag und Nacht, ich habe ein genauso gutes Sortiment. Ich habe gute Mitarbeiter. Alles stimmt, und doch geht es seinem Geschäft viel besser.» Und der Rabbi antwortet: «Schau her: Jonathan kümmert sich um sein Geschäft. Dafür reichen sein Verstand, seine Kraft und seine Fähigkeiten aus. Du jedoch kümmerst dich um dein Geschäft und zusätzlich um das Geschäft von Jonathan. Und dafür reichen weder dein Verstand noch deine Kraft noch deine Fähigkeiten.»

«Warum hat Kain Abel erschlagen?» – «Weil Abel ihm alte jüdische Witze erzählte.»

Valentin Landmann ist Anwalt in Zürich.

Salcia Landmann: Der jüdische Witz. Mit einem Vorwort von Valentin Landmann, Patmos, 17. Auflage 2013. 880 S., Fr. 28.90. Als Taschenbuch: Jüdische Witze. DTV. 384 S., Fr. 14.90

Kabarettfestival Spektakuli: «Alle meschuggel» Miller's Studio, Zürich, 28. Mai bis 6. Juni. www.spektakuli.ch

Top 10

Knorr's Liste

1	Mad Max: Fury Road	★★★★☆
	Regie: George Miller	
2	Chef	★★★★☆
	Regie: Jon Favreau	
3	Les combattants	★★★★☆
	Regie: Thomas Cailley	
4	Shaun the Sheep Movie	★★★★☆
	Regie: M. Burton / R. Starzak	
5	A World Beyond	★★★★☆
	Regie: Brad Bird	
6	The Water Diviner	★★★☆☆
	Regie: Russell Crowe	
7	A Little Chaos	★★★☆☆
	Regie: Alan Rickman	
8	Ex Machina	★★★☆☆
	Regie: Alex Garland	
9	Big Eyes	★★★☆☆
	Regie: Tim Burton	
10	Avengers: Age of Ultron	★★★☆☆
	Regie: Joss Whedon	

Kinozuschauer

1 (1)	Pitch Perfect 2	22 801
	Regie: Elizabeth Banks	
2 (2)	Mad Max: Fury Road (3-D)	20 725
	Regie: George Miller	
3 (-)	Tomorrowland	11 427
	Regie: Brad Bird	
4 (4)	The Longest Ride	6 783
	Regie: Nicholas Sparks	
5 (3)	Avengers: Age of Ultron	5 918
	Regie: Joss Whedon	
6 (6)	Get Hard	5 245
	Regie: Etan Cohen	
7 (5)	Ostwind 2	3 984
	Regie: Katja von Garnier	
8 (7)	Fast & Furious 7	3 688
	Regie: James Wan	
9 (8)	Tinker Bell and the Legend of the ...	2 692
	Regie: Steve Loter	
10 (-)	Abschussfahrt	2 542
	Tim Trachte	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Herz aus Stahl (Sony)
2 (2)	Der Hobbit – Die Schlacht ... (Warner)
3 (3)	The Best of Me (Ascot Elite)
4 (4)	Der grosse Trip – Wild (Fox)
5 (6)	Let's Be Cops – Die Partybullen (Fox)
6 (8)	Interstellar (Warner)
7 (7)	Der Hobbit – Trilogie (Warner)
8 (5)	Die Entdeckung der ... (Universal)
9 (9)	Exodus: Götter und Könige (Fox)
10 (-)	Die Tribute von Panem (Impuls)

Quelle: Media Control



Austriakischer Sonderfall: Privatdetektiv Brenner (Josef Hader) im Film «Das ewige Leben».

Kino

Zyankali-Mehlspeis

«Das ewige Leben» mit dem charismatischen Josef Hader als austriakischem, marodem Schnüffler ist schönster Schmä. Von Wolfram Knorr

Er ist am toten Ende seines Lebens angekommen, ein Wrack von einem Mann, der da, wo er gelandet ist, keinerlei Trost findet, schon gar nicht von jener Beamtin in Wien, vor der er am Schalter steht und von der er bestätigt bekommt, dass er nur noch ein Pronomen ist, schlimmer: eine Nicht-Existenz. So beginnt «Das ewige Leben», der vierte Fall des Privatdetektivs Brenner (Josef Hader) nach dem gleichnamigen Roman von Wolf Haas. Das Krimi-Gewerbe ist voll von *spinnerten* Uhus, aber Brenner ist der irrste. A *bisserrl* Schwejk, a *bisserrl* Don Quichotte, a *bisserrl* wie a Mehlwurm. Man braucht für diesen austriakischen «Sonderfall» eine feuerfeste Humorantenne. Hat man sie, erweisen sich Brenners Fälle («Komm, süsser Tod», «Silentium», «Der Knochenmann») als wienerische Zyankali-Mehlspeis voller Schmä, makabrer Groteskscherze – mit einem durch und durch charismatischen Josef Hader.

Im Film «Das ewige Leben» ist der Bastel-Chaote unter den Schnüfflern so weit unten angekommen, dass ihm nichts anderes übrig bleibt, als in seine verhasste Geburtsstadt Graz zurückzukehren. Dort hat er, im Kleinbürger-Stadtbezirk Puntigam, wenigstens das Haus der Eltern, auch wenn es völlig heruntergekommen ist und nix mehr funktioniert, nicht mal das Dach überm Kopf, dafür seine alte Walther PPK.

Denn Brenner war mal auf der Polizeischule und hat mit Kumpeln damals ziemlichen Mist gebaut. Einer von denen war Aschenbrenner (Tobias Moretti), der im Gegensatz zu ihm eine steile Karriere gemacht hat und Polizeichef von Graz wurde. Brenner, der abgehalfterte Frührentner ohne Rente, fummelt mit der PPK rum, bis er schliesslich nicht mehr weiss, ob er sich *in die Birn geschossen* hat oder – verdammt noch mal – ob es einer von den Ex-Kumpeln gewesen ist. Die Vergangenheit ist auf einmal wieder präsent, und der Rückkehrer überlebt nur knapp und gerät als eine Art Flatterbold bald in üble Situationen und morbide Morde.

Die Krimi-Grotesken Haas' tunken mit Vergnügen die Spiesser und Grossmannssüchtigen in Salzsäure und vernachlässigen dabei ganz bewusst die Handlung. Sie sind mehr Sozialsatire als Thriller. Wenn immer wieder behauptet wird, die Brenner-Fälle seien Kultfilme, so ist das zwar richtig, bezieht sich aber nur auf eine verschworene Minderheit. Der Wiener Schmä ist nun mal nicht jedermanns Sache. Und wenn das brennersche Endspiel nicht so recht in Fahrt kommt (wie die Vorgänger), liegt es an den Rückblenden, die den Erzählfluss und den satirischen Furor bremsen. Dass «Das ewige Leben», bewährt inszeniert von Wolfgang Murnberger, trotzdem vergnüglich bleibt, ist einzig und allein der umwer-

fenden Besetzung zu danken, allen voran natürlich Josef Hader als abgelumptem Grübelheini. Der Kabarettist Hader, der am Drehbuch mitschrieb, will demnächst selber inszenieren. Man darf gespannt sein. ★★★★★☆

Weitere Premieren

Woman in Gold — Persönlicher und emotional engagierter als George Clooneys Nazi-Raubkunst-Film «The Monuments Men» (2014) ist die David-gegen-Goliath-Story einer Jüdin gegen den Staat Österreich. Und sie ist auch noch wahr. 1938 floh Maria Altmann aus Wien und liess sich in Los Angeles nieder. Im Besitz ihrer Familie waren fünf Gemälde von Gustav Klimt, die sie in den neunziger Jahren zurückforderte. Das Problem dabei: Sie sind millionenschwer, und vor allem eines, das mit Blattgold belegte Porträt «Adele Bloch-Bauer I», wird längst als «Mona Lisa» der österreichischen Kultur verehrt und geschätzt. Das Land wollte es folglich nicht herausgeben. Doch genau das gelang Maria Altmann, gemeinsam mit dem Anwalt E. Randol Schoenberg, dessen Familie ebenfalls aus Wien stammte, nach langwierigen Prozessen. Im Jahre 1998, lange vor der Sammlung Cornelius Gurlitt, sorgte der Fall für Schlagzeilen. Simon Curtis («My Week with Marilyn») verfilmte mit Helen Mirren und Ryan Reynolds den ungewöhnlichen Fall. Mirren als Maria Altmann gibt dem ver-



Vergangenheits-Qualen: «Woman in Gold».

queren Konflikt von Vergangenheitsqualen und den Verdrängungsversuchen Österreichs ein faszinierendes Gesicht. Wenn sie sich störrisch weigert, in ihre Geburtsstadt zurückzukehren, von Erinnerungen geplagt wird und dann doch den Schritt wagt, gelingen Curtis bewegende Szenen. ★★★★★☆



Mit Turban und Weisheit: «Learning to Drive».

Learning to Drive — Gandhi ist Fahrlehrer in New York; nein, natürlich Ben Kingsley. Weil Wendy (Patricia Clarkson), ihres Zeichens Schriftstellerin, nach 21 Jahren Ehe von ihrem Gatten verlassen wird und auf einmal alleine ist, will sie endlich selbständig werden; dazu gehört ein Führerschein. Beim indischen Taxifahrer Darwan (Ben Kingsley) nimmt sie Unterricht. Und der, mit Turban, Bart und Lebensweisheit, bringt ihr eben beim Fahren auch allerhand anderes bei. Das ist flott und witzig und prima besetzt, aber das Beste bleibt nun mal Ben Kingsley mit seinem unausrottbaren Gandhi-Gewese. ★★★★★☆

A World Beyond — Wer würde nicht gern mal in eine Parallelwelt verduften? Casey (Britt Robertson) bekommt die Chance und trifft dabei auf den desillusionierten Erfinder Walker (George Clooney), der aber aus dem schönen anderen «Tomorrowland» gejagt wurde. Ähnlich wie «Pirates of the Caribbean» beruht die Story auf einem Disney-Park-Konzept, ist aber nicht annähernd so spannend. ★★★★★☆

Fragen Sie Knorr

Immer wieder wird Kritik an der Academy geübt. Ist der Oscar überhaupt noch eine qualitativ zuverlässige Auszeichnung? Gibt es Alternativen? T. von A., Dietlikon



In seiner fast neunzigjährigen Geschichte hat sich der Oscar zum begehrtesten Filmpreis gemendelt. Völlig zu Recht. Begehrenswert an ihm war nie die Stürmerei zu Kunstgipfeln, sondern das rundum gelungene künstlerische Handwerk. Der Oscar ist die Quadratur des Kreises: Er will ambitiös und kom-

merziell zugleich sein. Das führt immer wieder zu Meckereien. Bezeichnenderweise ist ihm im eigenen Land Konkurrenz durch den Golden Globe erwachsen. Dieser ist flexibel und berücksichtigt auch die neue Kunst der TV-Serien. Das bewirkt seinen Sex-Appeal, den bisher die Oscar-Shows unangefochten für sich beanspruchten. Vor diesem Hintergrund ist wohl der Imageverlust des Oscars zu sehen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Archipel zwischen zwei Welten

Von Peter Rüedi

Der Kult mit den *roots*, den Wurzeln, der Herkunft, der ethnisch-kulturellen Identität, hat eine lange Geschichte im Jazz (und über den hinaus). Unter Afroamerikanern hat er sich seit Beginn des letzten Jahrhunderts in verschiedenen Wellen als *back to Africa*-Sehnsucht geäussert. Immer aber war der Trend zu den *roots* die Kehrseite zum gegenteiligen Hang zur Weltmusik. Die hatte zuweilen einen modischen Beigeschmack, war aber oft auch die ernsthafte Suche nach dem gemeinsamen interkulturellen Nenner, dem Zusammenklang von allem mit allem. Die kubanische Sängerin und Geigerin Yilian Cañizares bewohnt seit ihrem Umzug nach Lausanne im Jahr 2002 auch geografisch zwei Welten. Sie ist mit ihrem explosiven Temperament und ihrem Hang zu sehr bewegender, poetischer Melodiosität in einer Musik zwischen kubanischen volksmusikalischen Traditionen, Jazz und klassisch abendländischen Anregungen so etwas wie der leibhaftige Beweis dafür, dass beides sich nicht ausschliesst, sondern ergänzt: die Suche nach der Herkunft und die Offenheit für einen weltweiten stilistischen Pluralismus (dem der Jazz schliesslich ebenso seine Entstehung verdankt wie der Tango). Die hinreissende junge Vielfachbegabung, als klassische Violinistin in die Schweiz gekommen, hat hier den Jazz (Stéphane Grappelli) ebenso entdeckt wie, aus der Distanz, ihre *roots* im kubanischen Synkretismus, der Mischreligion der Santería mit ihrer Verschmelzung katholischer Glaubensinhalte mit Yoruba-Kulten. Cañizares verfügt mit dem Pianisten Daniel Stawinski, dem Bassisten David Brito und dem Drummer Cyril Regamey über eine flexible, sensible und dynamische Rhythmusgruppe, aber der kongenialste Partner ist sie sich selbst. In den Passagen, wo sie in Personalunion gleichzeitig singt und geigt, reisst sie gewissermassen den Graben zwischen den Kontinenten auf, und die aufschliessende Lava lässt ganz neue Archipele entstehen. Das endet gelegentlich auch mal etwas harmloser (wie in der Cha-Cha-Cha-Version von Piafs «Je ne regrette rien»), ist aber selbst dann ein grosses Vergnügen jenseits allen kommerziellen Kalküls.



Yilian Cañizares: Invocación. Naïve NJ625071

Konkurrenz von der Cousine

Glamourgirl der Zahnheilkunde; Benefiz-Abend zugunsten der Kinder-Spitem. Von *Hildegard Schwaninger*



Sprung in die Selbständigkeit: Zahnpflege-Expertin Eram.

Ein Zentrum für Zahnhygiene mitten im Zürcher Business District – eine gute Idee! Wie man heute über Mittag auf ein paar Botox-Spritzen geht statt zum Lunch, so lässt man sich zwischendurch die Zähne professionell reinigen. Am Bleicherweg 33 öffnet heute Eram Dental Health, das luxuriöse Zahnpflege-Zentrum von **Zahra Eram**.

Zahra Eram arbeitete zwölf Jahre in der Zahnklinik Swiss Smile bei den Abivardi-Schwestern. Dort sieht jede Dentalhygienikerin aus wie ein Topmodel. Die Gründerinnen **Haleh** und **Golnar Abivardi** haben es – trotz zwischenzeitlicher Turbulenzen – zu Berühmtheit und Wohlstand gebracht. Haleh Abivardi residiert seit 2009 mit Ehemann **Maximilian Brönner** und den vier Kindern in der Villa Mooser in Wollishofen direkt am Zürichsee, wo einst der glücklose Schauspielhaus-Direktor **Matthias Hartmann** (nach Zürich scheiterte er als Direktor des Wiener Burgtheaters – wie Insider meinen, an seinem eigenen Grössenwahnsinn – und steht jetzt wegen Misswirtschaft, auch finanzieller, vor Gericht) wohnte.

Zahra Eram ist Iranerin, superattraktiv, wie einem Hochglanzmagazin entsprungen. Sie ist eine Cousine der Abivardis. Dieses Glamourgirl der Zahnheilkunde wagt jetzt den Sprung in die Selbständigkeit. Die Cousinen werden keine Freude haben an der neuen Konkurrenz. Unterstützt wird Zahra Eram von ih-

rem Mann, Ex-Fussball-Profi **Riccardo Meili** (FC Vaduz), der die letzten acht Jahre im Private Banking bei der Credit Suisse war. Er übernimmt das Management des Familienunternehmens. Zahra Eram kann sich voll auf die Praxis konzentrieren, sie beschäftigt sechs Mitarbeiter (bald sollen es acht bis zehn sein) in vorläufig drei Behandlungsräumen (im Herbst soll auch da aufgestockt werden). Das Project Management für die Mundhygiene-Oase hat der im Luxus-Gastro-Consulting tätige **Wolf Wagschal**; seine Freundin **Monica**



Gast: Scheich Hamad bin Khalifa al-Thani.

Babilon, die Sängerin, macht bei der Eröffnung Djane. Zur Eröffnungsparty haben sich angesagt: **Scheich Hamad bin Khalifa al-Thani**, ehemaliger Emir von Katar, **Scheich**

Hussein Al-Banawi, CEO Banawi Industrial Group in Saudi-Arabien und Autor des Buches «The Unknown Leader», der russische Oligarch **Stav Jacobi** (Volero) sowie das Ehepaar **Irina** und **Walter Beller**. Wenn die alle (jedenfalls die ersten drei) kommen, steht dem Gelingen dieses Projekts nichts mehr im Wege.

Heute Abend findet in der Tonhalle Zürich ein Benefiz-Abend zugunsten der Kinder-Spitem statt. Die Kinder-Spitem geniesst grosse Sympathien. So treten beim von **Sandra Studer** initiierten Konzert alle Mitwirkenden ohne Gage auf. Mit dem Tonhalle-Orchester spielt der österreichische Perkussionist **Martin Grubinger**, es dirigiert der neue Orchesterchef **Lionel Bringuier**. Die Karten (bis zu 250 Franken) sind fast restlos ausverkauft. Unter den angekündigten Gästen: Stadtrat **Filippo Leutenegger**, Regierungsrat **Thomas Heiniger**, Circus-Knie-Direktor **Franco Knie** mit **Claudia**.

Der aus Luzern stammende Filmemacher **Iwan Schumacher** ist Spezialist für Künstlerporträts. Er drehte Filme über **Urs Fischer** und **Markus Raetz**; jetzt nimmt er sich den Künstler und Fotografen **Walter Pfeiffer** vor. Noch ist Schumacher am Sammeln von Material und am Vorbereiten des Projekts. Der Film soll in zwei Jahren fertig sein. Gleichzeitig mit einem Buch über Walter Pfeiffer, das **Patrick Frey** herausbringt.



Neues Porträt: Filmer Schumacher.

Der in der Zürcher Society fest verankerte Internist **Victor (Vicky) Hofmann** (war mal mit **Andrea**, der jetzigen Frau von Anwalt **Thomas [Thomi] Rinderknecht**, verheiratet) hat eine Schwäche für schöne Frauen. Gerade erst hat er die blutjunge **Irina** geheiratet, eine Beauty aus Russland. Und nun wurde er auch noch Grossvater. Seine Tochter **Laurence von Erlach Hofmann** (ihre Mutter ist die Kunstfreundin und -mäzenin **Fabienne Hofmann**), verheiratet mit Rechtsanwalt **Andreas von Erlach**, brachte einen Sohn – **Nicolas Lazar Rudolf** – zur Welt.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Ein Hund, keine Katze

Nachdem der Finanzspezialist Gavin Bentley, 48, die Diagnose Asperger-Syndrom erhielt, wurde das Leben für seine Frau, die Lehrerin Katrin Bentley-Widmer, 55, leichter. (Teil 2)



«Neue Wege»: Ehepaar Bentley-Widmer.

Katrin: Als die Kinder kamen, wurde es nicht einfacher. Einmal war mein Sohn sehr krank. Gavin verstand es einfach nicht. Er trat an das Krankenbett und sagte zum Kind: «Ich gebe dir tausend Dollar, wenn du sofort gesund wirst.» Mein Sohn blickte ihn mit grossen Augen an. Ich haderte damit, dass Gavins Leben aus Logik, Strukturen und Routinen besteht und es für ihn nie ein Wir, sondern immer nur einen Gavin und eine Katrin zu geben schien. Sein Wesen blieb ein Mysterium. Solche Menschen sind nie langweilig. Sie verstehen zu wollen, bleibt allerdings auch für andere Betroffene eine Herausforderung, die zu persönlichen Problemen führen kann.

Gavin: Vor zehn Jahren hatten wir einen Verkehrsunfall. Sie nahmen Messungen an meinem Hirn vor, weil sie eine Verletzung befürchteten. Es gab Unregelmässigkeiten. Per Zufall wurde später festgestellt, dass ich unter dem Asperger-Syndrom leide. Für mich war es keine Erleichterung, weil ich nicht nach Lösungen suchte. Ich war und bin immer noch zufrieden mit mir selbst. Auch bin ich ein Mann, der nach vorne blickt, darüber, was gestern geschehen ist, denke ich nicht oft nach. Und doch ist es nun gut zu wissen, dass ich nicht verrückt oder gefühllos bin, sondern einfach anders.

Katrin: Für mich war die Asperger-Diagnose eine grosse Erleichterung, und zwar in vielerlei Hinsicht. Mein Umfeld war in der Zwischenzeit etwas müde, sich die jahrelangen Klagen über die Unzulänglichkeiten von Gavin anzuhören, und zur völligen Einsamkeit in der Beziehung kam das Gefühl dazu, dass mich die übrige Welt nicht verstehen will. Seit der Diagnose herrscht vor allem für mich selbst Klarheit, und ich bin ruhiger geworden. Ansprüche wurden revidiert, gleichzeitig fanden Gavin und ich neue Wege, um miteinander umzugehen.

Gavin: Katrin wollte eine Katze und hat einen Hund bekommen. Jetzt will sie nicht mehr, dass ich miaue, weil das ein Hund gar nicht kann. Alles, was ich sagen kann, ist: Ich liebe meine Frau, wir haben viele gemeinsame Interessen, guten Sex, ich finde sie schön und kann mir ein Leben ohne sie nicht vorstellen.

Katrin: Gavin konnte sich nicht ändern, mich aber schon: Seit der Diagnose kann ich seine Sprache besser lesen und seine Gefühle auch. Das hatte zur Folge, dass er sehr viel entspannter wurde. Ich zwingen ihn nicht mehr, mich moralisch zu unterstützen, und da er sich von meinen Erwartungen nun weniger bedroht fühlt, kann er manchmal sogar seine Zuneigung zeigen. Nach einer psychologischen Zusatzausbildung gebe ich meine Erkenntnisse heute auch an andere weiter.

Gavin: Meine Liebe zu meiner Frau drücke ich in einer eigenen Liebessprache aus. Lange Zeit verstand Katrin diese Sprache nicht. Heute möchte ich auch ihre Liebessprache verstehen, aber es ist schwierig, immer wieder neue Kniffe zu lernen. Trotzdem möchte ich, dass meine Frau ein erfülltes Leben hat und glücklich ist, dass sie sich geschätzt und verstanden fühlt. Ratschläge an andere Asperger-Männer habe ich nicht. Vielleicht: Man sollte einfach mehr zusammen lachen.

Katrin Bentley-Widmer: Allein zu zweit – Mein Mann, das Asperger-Syndrom und ich. Wörterseh. 224 S., Fr. 36.90

Protokoll: Franziska K. Müller

Erbschaftssteuer

Von *Andreas Thiel* — Profitieren mit Nationalrätin Regula Rytz.



Rytz: Den Menschen hier geht es irgendwie zu gut.

Thiel: Wieso?

Rytz: Ich weiss auch nicht, aber sie scheinen mir verdächtig glücklich zu sein. Ich glaube, man muss sie einfach noch höher besteuern.

Thiel: Fühlt sich das Erhöhen von Steuern eigentlich an wie ein Behördenblutausch oder eher wie eine fiskale Fressattacke?

Rytz: Wir besteuern nur jene, die etwas haben.

Thiel: Das macht man so unter Dieben; man stiehlt dort, wo es etwas zu holen gibt.

Rytz: Aber die Erbschaftssteuer träfe doch die Richtigen.

Thiel: Die Erbschaftssteuer ist bloss ein weiterer Versuch von euch, ohne Arbeit zu Geld zu kommen.

Rytz: Wir wollen das Geld doch nicht für uns.

Thiel: So? Aber du lebst doch zu hundert Prozent von Steuergeldern.

Rytz: Und? Ist es nicht ungerecht, wenn die einen etwas erben und die anderen nicht?

Thiel: Diese Haltung nennt man Neid. Im Buddhismus ist Neid das Gegenteil von Toleranz. Ihr seid einfach nur intolerant, das ist alles.

Rytz: Es geht hier um eine schädliche Vermögenskonzentration, die grotesk ist.

Thiel: Das Erben eines Familienbetriebs nennst du schädlich und grotesk? Ihr Linken seid die Erben des Kommunismus und somit die Erben eines Verbrechens an der Menschlichkeit. Das ist schädlich und grotesk.

Rytz: Aber euch Kapitalisten geht es nur um den Profit.

Thiel: Und für diesen muss man arbeiten. Euch Linken geht es nur ums Profitieren. Das ist das Gleiche, bloss ohne zu arbeiten.

Rytz: Es gibt nun mal Birnen, die für viele zu hoch hängen.

Thiel: Aber daran, dass Melonen nicht auf Bäumen wachsen, erkennt man, dass die Früchte besser verteilt sind, als ihr denkt.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Grosser kleiner Bruder

Von Peter Rüedi



Brüderlichkeit assoziieren wir gemeinhin mit den Maximen der Französischen Revolution (Freiheit, Gleichheit etc.). Dabei ist die Beziehung namentlich des jüngeren zum älteren Bruder öfter mal die des Kain zum Abel. Bis zum Brudermord geht's in diesem Fall zwar nicht, aber noch heute ärgert die Winzer im piemontesischen Barbaresco das Klischee, ihr Wein, auf fast gleichen, jedenfalls eng verwandten Böden der Langhe gezogen und aus der gleichen Traubensorte gepresst, der noblen Nebbiolo, sei der «kleine Bruder des grossen Barolo». Das gilt zwar tatsächlich im ökonomischen Sinn (im Barbaresco-Gebiet erzielen die Winzer markant niedrigere Preise als ihre Kollegen von nebenan); aber zwischen den beiden Appellationen besteht kein Klassenunterschied, allerdings einer von Nuancen bezüglich Zugänglichkeit und Haltbarkeit. Es ist was dran am Schmäher der Barbaresco-Produzenten, die meisten Barolos seien zum Aufbewahren und Darüberreden gemacht, ihre Weine dagegen zum Trinken. Dementsprechend ist das Preisgefälle – zum Glück jener Trinker, die eher auf Genuss aus sind als auf Prestige und die in ihrem Keller keine Sammlung von Ikonen für ihre Nachkommen anlegen wollen. Für die kommt der Barbaresco aus dem Haus Oddero in La Morra gerade recht. Luigi Oddero, jetzt massgeblich von der Enkelin des Patriarchen, Mariacristina, geführt, ist ein Schwergewicht unter den Produzenten des Barolo. Aber man besitzt neben Anteilen an dessen prestigösesten Lagen eben auch Reben im Barbaresco, namentlich an der Hängen um Neive. Da kommt der Lagen-Barbaresco Gallina her, aber auch um den geht's hier nicht, sondern um den ganz normalen Barbaresco aus dem gesegneten Jahr 2011, eine Flasche, deren Preis uns keine Achtungstellung abverlangt. Wohl aber die Qualität. Ein herrlicher, duftiger und nuancierter Barbaresco, viel reife rote Frucht und Würze, solide Tannine: ein komplexer Wein, aber einer, der sich nicht wichtiger nimmt als die, denen er Vergnügen bereiten will. Ein möglichst lang andauerndes.

Luigi Oddero & Figli: Barbaresco 2011. 14,5%. Weibel Weine, Thun. Fr. 29.90. www.weibelweine.ch

Im grünen Bereich

Der 34-jährige Paul Stradner pendelt zwischen Klassik und Moderne im «Brenners Park-Restaurant» Baden-Baden. Von David Schnapp



Höchste Handwerkskunst: Chefkoch Stradner.

Baden-Baden im Schwarzwald ist ein sehr schöner Kurort, es gibt hier heisse Quellen, in denen schon die Römer gerne badeten, viel Wald sowie ein hervorragendes Grandhotel alter Schule: Besucht man «Brenners Park-Hotel», macht man eine kleine Zeitreise an einen Ort von barockem, schwelgerischem Luxus. Dasselbe gilt für das «Brenners Park-Restaurant», wo die Wände mit rotem Stoff bespannt sind und man, mit wunderbarem Blick ins Grüne, ausgezeichnet isst (2 Michelin-Sterne, 17 Gault-Millau-Punkte).

Verantwortlich für das leibliche Wohl ist Paul Stradner, ein gebürtiger Österreicher, der mit Harald Wohlfahrt und Jean-Georges Klein zwei höchst gegensätzliche Lehrer hatte. Ein grosser deutscher Klassiker der eine und ein französischer Autodidakt mit avantgardistischen Vorstellungen vom Kochen der andere. Immer den (Stamm-)Gast im Auge, hat Stradner einen Mittelweg gefunden, kulinarische Klassik mit der Technik der Avantgardisten zu verbinden.

Klassisch ist weitgehend die Auswahl der Produkte: eine Langustinenvariation zum Start, dann ein Spiel mit Foie gras, welche gebraten, als Eis mit dezenter Portweinnote, als Terrine und als Creme serviert wird und in Kombination mit frischem Apfel und Feigen wohl keine Überraschung, aber höchste Handwerkskunst darstellt.



Luxuriös wie das Hotel ist Stradners Essen. Der Taschenkrebs wird zusätzlich mit Jakobsmuschel serviert, das von Hand geschnittene Tatar vom Ochsen ist mit Kaviar bedeckt und wird mit Blumenkohl-Blinis ergänzt. Nur beim saftigen, glasigen Kabeljau, auf dem noch Calamares liegen, ist nicht ganz klar, was das Zusatzprodukt obendrauf zum Gesamterlebnis beitragen soll.

Obst und Gemüse

Sonst aber kombiniert sich der junge Österreicher mit erstaunlicher Geschmackssicherheit durch das Menü. Eines der Highlights besteht aus Obst und Gemüse: knackiger weisser und grüner Spargel, Erdbeeren, Sauce hollandaise und ein Basilikumsud, dessen ätherische Frische dem Gericht eine neue Richtung verleiht.

Der Spargel begegnet mir nochmals im ersten Dessert, wo er aus Frischkäse geformt ist und mit Pfefferminzperlen, einem Kerbeleis und Karotten die schöne, frische Variante einer Gemüsesüssspeise hergibt. So findet Stradner bis zum Ende einen guten Weg, Klassik und Moderne in der Küche interessant zu verbinden.

Brenners Park-Restaurant: Schillerstrasse 4/6, 76530 Baden-Baden. Tel. +49 7221 900 890; Montags und dienstags geschlossen.



Auto

Das Leben der anderen

In einem Rolls-Royce Wraith zu reisen, macht einen entspannter und beantwortet die Frage, ob Fliegen schöner sei: Nein. Von David Schnapp

Vor einiger Zeit traf ich Giles Taylor, den Designchef der britischen Luxusmarke Rolls-Royce, zu einem kurzen Gespräch. Ich unterstellte Taylor – Vorsicht, Ironie! –, er habe den einfachsten Designerjob in der Automobilbranche, schliesslich müsse er nur alle paar Jahre ein neues Modell verantworten, das den bereits bestehenden Modellen ziemlich ähnlich sehe. Der Designer antwortete: «Der einfachste Job? Well, es ist eine ziemliche Herausforderung, für eine Marke mit einer so langen Geschichte zu arbeiten. Wir können nicht einfach ein neues Auto zeichnen. Jeder Rolls-Royce muss jene

Magie ausstrahlen, die Kunden aus aller Welt veranlasst, zu sagen: «Ja, meine Frau nimmt den in Weiss, mit schwarzem Leder.»»

Grund unseres Treffens war der Rolls-Royce Wraith (Gespenst), das zweitürige Coupé auf Basis des Ghost und das letzte Modell, das die Marke auf die Strasse gebracht hat. Demnächst folgt dann wohl die offene Version unter dem stimmungsvollen Titel «Dawn» (Morgendämmerung). Der Wraith ist wie jeder Rolls-Royce ein mächtiges Automobil, das aber trotz seiner schieren Grösse, der luxuriösen Ausstattung und der hochwertigen Verarbeitung einen fast schon protestantischen Purismus oberster Hubraumklasse ausstrahlt.

Wenn man in einem Wraith sitzt, gibt es dieses Leben, und es gibt das Leben der anderen. Denn wenig an diesem Auto ist vergleichbar mit anderen Autos. Das fängt bei dem Mechanismus an, der die Kühlerfigur «Spirit of Ecstasy» beim Öffnen des Wagens aus der Versenkung holt und hört bei der königlichen Kraftentfaltung des Zwölfzylindermotors auf, der meist nur geisterhaft flüsternd zu hören ist. Wenn ich bei Rolls-Royce einen Wunsch offen

hätte, wären es bloss Sitze, die etwas präziser auf die individuelle Anatomie des Fahrers angepasst werden könnten.

Strahlender Brite

Während ich darüber nachdachte, was Gilles zu mir gesagt hatte und was das Auto für eine Wirkung auf mich ausübte (eine sehr beruhigende), glitt ich über mittelmässige französische Autobahnen. Via das Saarland wollte ich nach Baden-Baden, den legendären Kurort im Schwarzwald von literarischer Bedeutung. Mein Rolls war in Blau und Weiss, einer *two-tone*-Lackierung, wie der Brite sagt, gehalten. Ein solches Auto fährt man nicht, wenn man unerkannt ankommen will. Andere Fahrzeuge beschleunigten, bremsen, fuhren neben mir her, bloss um etwas mehr von der in zwei Farben strahlenden britischen Rarität zu sehen (und vielleicht von deren Fahrer).

Mit einem Rolls-Royce sucht man natürlich keinen Parkplatz, man fährt vor. Im «Brenners Park-Hotel» (s. Seite 64) freute sich der Portier beim Anblick des Wraith. Selbst in der gehobenen Hotellerie sind solche Autos selten. Ich gab dem *voiturier* meinen Schlüssel, gross wie eine Kinderfaust, und es kam mir ein beruhigender Satz von Designer Taylor in den Sinn: «Wir werden keine kleinen Autos bauen. Wenn wir das tun würden, wäre es, um mehr zu verkaufen. Und das ist nicht unser Geschäftsmodell.»

Rolls-Royce Wraith

Leistung: 632 PS, Hubraum: 6592 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: Fr. 313 400.–; Testwagen Fr. 369 850.–





«Schönes Karma»: Mantra-Sängerin Shak-Dagsay.

MvH trifft

Dechen Shak-Dagsay

Von Mark van Huisseling — Antworten der Schweizer Mantra-Sängerin tibetischer Herkunft auf ziemlich grosse Fragen.

Wie sieht der Tag einer Mantra-Sängerin aus?» – «Recht spannend: Ich stehe um sechs Uhr und mache mein Morgenritual, ich opfere dem Altar frisches Wasser. Das hat eine schöne Bedeutung, weil Wasser etwas Reines ist und kostbar, man bietet es den erleuchteten Wesen zum Dank dar. Danach ist meine geistige Ausrichtung schön vorbereitet auf den Tag – und ich mache meine Büroarbeit. Ich bin Künstlerin mit vielen Engagements; ich finde's schön, wie meine Musik sich in den vergangenen Jahren um die Welt herum verbreitet und so viele Menschen berührt hat, in allen Schichten und jeder Altersgruppe.» (Nächstes Konzert: 29. Mai, Hotel «Hofmatt», Münchenstein BL, 19.30 Uhr.)

Dechen Shak-Dagsay ist eine Schweizer Mantra-Sängerin tibetischer Herkunft; ihre Eltern flüchteten 1959 aus Tibet, sie kamen über Nepal, wo Dechen geboren wurde, und Indien in die Schweiz. Bisher hat sie elf Alben veröffent-

licht. Bekannt oder berühmt wurde sie 2009 mit ihrem Album «Beyond», das sie mit Tina Turner und Regula Curti aufnahm (Platz 7 der Schweizer Album-Charts). Ihr jüngstes, von Helge van Dyk produziertes Album «Day Tomorrow» bezeichnet sie als «Experiment; moderner, fast im Popbereich angesiedelt, aber tief und mit Authentizität», während ihre früheren Platten Meditationsmusik waren. Dechen Shak-Dagsay, die Schweizer Mundart spricht, lebt mit ihrem Mann, einem tibetischen Naturheilpraktiker, in Samstagern, sie haben zwei erwachsene Töchter.

«Wie waren die Reaktionen Ihrer Fans auf das neue, zeitgemässe oder poppige Album?» – «Ich hab natürlich schon ein, zwei Leute, die sagen: «Ach, Dechen, ich bin enttäuscht, du verlässt jetzt deinen traditionellen Pfad.» Und: «Hast du deine Musik austesten lassen, ist sie noch heilsam?» Aber ich muss das in Kauf nehmen, dass ein paar abspringen, und sie haben

ja immer noch meine schöne Musik [die früheren Alben]. Aber die meisten sagen: «Dechen, es ist super, was du machst.» Und ich habe Freude, denn jetzt erreiche ich auch Leute, die früher sagten, es sei so mit Esoterik behaftet. Und es hat ja ganz schöne Lieder auf dem neuen Album – das erste Mal, dass ich ein Liebeslied singe. Eines, das vom sechsten Dalai Lama geschrieben wurde, im 17. Jahrhundert. Er war ein rebellischer Dalai Lama, zog es vor, in Lhasa in den Spelunken rumzuziehen, mit schönen Frauen Wein zu trinken, sehr ungewöhnlich ... Aber er blieb in positiver Erinnerung, er war ein wunderbarer Mensch, ein hochstehendes Wesen. Er zeigte: Man kann Menschen nicht nach dem Äusseren beurteilen.»

«Sie kennen einige reiche Leute, was erleben Sie bei denen – Geld und Geist oder nur Geld?» – «Ich denke, beides muss möglich sein. Buddha hat auch gesagt, der mittlere Weg sei der richtige, jenseits von Askese, jenseits von Völlerei; ich glaube, den kann jeder Mensch für sich leben. Geld ist immer eine relative Sache. Aber es gibt etwas, was für alle, egal ob reich oder arm, gleichermassen gilt: Die Schönheit von Personen, Dingen, von der Natur. Dass wir sie geniessen können, aber nicht halten und haben wollen, uns nicht daran klammern: Probleme entstehen in dem Moment, in dem wir etwas besitzen wollen. Ich glaube, die Reichen haben eine schöne Chance im Leben, wenn sie ihren Reichtum richtig einsetzen und trotzdem frei bleiben können. Das gibt ein schönes Karma.»

«Sie sind vor fünfzig Jahren mit Ihrer Familie als Flüchtling in die Schweiz gekommen und haben sich willkommen gefühlt, haben Sie gesagt. Heute sind Flüchtlinge weniger willkommen – sind wir schlechtere Menschen geworden?» – «Ich glaube, es ist die Angst vor dem Unbekannten. Damals gab es die Problematik mit dem Massenflüchtlingsstrom noch nicht, die Leute dachten vielleicht: «Wo wir helfen können, helfen wir.» Ich finde, die Schweizer sind sehr fair, sie werten nicht in Bezug darauf, wo einer herkommt, sie werten in Bezug darauf, wie sich einer aufführt. Das ist fair. Viele neue Flüchtlinge haben vielleicht eine Erwartungshaltung; bei den Tibetern hat es ein bisschen mit der buddhistischen Haltung zu tun gehabt, dass man versucht, mit dem, was man hat, zufrieden zu sein. Aber ich glaube, man wird den Rank finden, denn man kann das Rad nicht zurückdrehen – es wird nie mehr so sein, dass in Tibet nur Tibeter leben und in der Schweiz nur Schweizer.» – «Was ist das Wichtigste, das Sie von Tina Turner gelernt haben?» – «Kraftvoll zu singen und als starke Frau durchs Leben zu gehen.»

Ihr liebstes Restaurant: «Das «Shangrila», ein tibetisches Restaurant, Tsomo la Tersey macht die besten Momos.» «Shangrila», Birmensdorferstrasse 297, Zürich, Tel. 044 462 04 12